

Ostland-Berichte

Auszüge aus polnischen Büchern, Zeitschriften und Zeitungen

Herausgegeben vom Ostland-Institut in Danzig

Bei Rückfragen ist auf die am Schlusse jedes Artikels stehende Nummer Bezug zu nehmen.

Inhaltsverzeichnis.

Propaganda

Die katholische Kirche in Polen und die politische Propaganda 261

Forschungsergebnisse.

Ehrenkreutz, St. Das Obergericht deutschen Rechts im Grod Sandomir : 267

Bieszk, K. Der Kampf des Kreuzritterordens mit Polen um die kirchliche Zugehörigkeit des pommerellischen Archidiaconats 268

Tync, St. Geschichte des Thorner Gymnasiums (1568—1793) I. 271

Skalkowski, A. M. Worte Napoleons I. über Polen 274

Politische Fragen.

Janicki, St. Ost-Oberschlesien im Verbands des polnischen Staates 276

Wirtschaftliche Fragen.

Ringman, A. Polnisch-deutsche Wirtschaftsbeziehungen auf Grund des Zollkrieges 309

Fraktur = Bericht.

Antiqua = wörtliche Übersetzung des polnischen Textes.

Die katholische Kirche in Polen und die politische Propaganda.

Daß die katholische Kirche in Polen immer im Dienst der nationalen Idee gestanden hat, ist allgemein bekannt. In diesem Jahre ist aber eine Schrift erschienen, die ein geradezu erschreckendes Beispiel dafür liefert, zu welchem nationalen Fanatismus und zu welcher nationalen Unduldsamkeit Diener der Kirche fähig sind. Und diese Schrift ist um so bedenklicher, als sie von einem Manne stammt, der in einem Gebiete mit starker deutscher Minderheit (in Pommerellen) tätig ist. Geradezu unglaublich aber erscheint die Tatsache, daß diese Schrift die Billigung des Bischofs von Kulm gefunden hat, gerade des Bischofs, dessen Diözese einen starken Prozentsatz alteingesessener katholischer Deutscher aufweist¹⁾. Doch um jeden Zweifel zu beheben, seien die Vermerke auf der Rückseite des Titelblattes abgedruckt:

(Polnisch:) Erlaubnis der Kirchenbehörde Nr. 557/28.

Lateinisch: Nihil obstat. Pelplini die 20. Aprilis 1928 R. Dr. Biesik.

¹⁾ Nach der Lektüre dieser durch den Bischof von Kulm gebilligten Schrift versteht man, daß es für junge katholische Kleriker deutscher Nationalität unmöglich ist, das Priesterseminar zu Pelplin, der Residenz des Bischofs von Kulm, zu besuchen. Vor kurzem hat der letzte deutschstämmige Kleriker das Studium in Pelplin aufgegeben. Ein ähnlicher nationaler Fanatismus soll am Priesterseminar in Posen herrschen. Wenn so dem deutschstämmigen katholischen Kleriker, der sich müßig zu seinem Volkstum bekennt, das Studium in Polen subjektiv unmöglich gemacht wird, so ist in absehbarer Zeit damit zu rechnen, daß die deutschen Katholiken in Polen ohne deutsche Seelsorge sein werden.

Pelplini die 28. Aprilis 1928.

† Stanislaus Wojtechus

Episcopus Culmensis.

Der in Pelplin residierende Bischof von Kulm, Dr. Stanislaus Okoniewski, trägt mithin die volle Verantwortung für diese Publikation. Verfasser dieser Schrift, die den Titel trägt: „Legende und Geschichte von der Weichsel, von dem großen König Chrobry und dem heiligen Adalbert“, ist der in Graudenz augenscheinlich auch als Lehrer tätige Pfarrer Professor J. A. Lukaszkiewicz.

Die vorliegende Schrift ist ein geradezu unmögliches Gemisch von Legende und Geschichte, von Poesie sein sollender Prosa und einfacher erzählender Prosa. Der Stil ist derart schwülstig, zugleich aber auch im höchsten Maße geschmacklos, daß es große Überwindung kostet, dieses Elaborat bis zu Ende zu lesen. Als seine besondere Aufgabe scheint sich der Verfasser gestellt zu haben, die nach seiner Meinung allgemein verkannte Bedeutung, die Graudenz für die Geschichte Polens gehabt hat, in das rechte Licht zu stellen. Der Verfasser weiß es ganz genau und wiederholt es mehrmals, daß Graudenz schon mehrere tausend Jahre vor Christi Geburt bestanden hat und von Polen bewohnt gewesen ist; und so erklärt er geradeheraus: „Graudenz ist die älteste Stadt in Polen“ (S. 6). Graudenz ist nach der Behauptung des Verfassers nicht erst durch den Deutschen Orden zur Stadt erhoben worden, sondern schon durch den polnischen König Boleslaw Chrobry vor dem Jahre 1000.

Die hierüber ausgestellten Urkunden hat nach der Behauptung unseres Verfassers der Landmeister des Deutschen Ordens, Konrad von Quersfurt, als er im Jahre 1291 in Graudenz war, von dem ahnungslosen Rat der Stadt sich aushändigen lassen und dann vernichtet! Und an deren Stelle habe dann der Landmeister die Urkunde vom 18. Juni 1291 ausgestellt.

Der Hauptinhalt der Schrift ist aber der Verherrlichung des polnischen Königs Boleslaw Chrobry gewidmet. Denn er sei es, der den Polen zu gleicher Zeit den Weg zur Ostsee und zum Schwarzen Meere gewiesen habe. Zu dieser Behauptung des Verfassers paßt aber eigentlich nicht eine andere von ihm in der Schrift mehrmals wiederholte, daß die Polanen, die Vorfahren der Polen, schon seit 3000 Jahren vor dem Erscheinen Chrobrys sowohl in dem ganzen Gebiet östlich der Elbe und südlich der Ostsee gewohnt hätten, als auch in Südrußland! (S. 28). Von der Südküste der Ostsee bis zur Weichsel seien sie durch Germanen und Dänen vertrieben worden.

Mitten in der „historischen“ Darstellung findet sich folgender „poetischer“ Erguß: „Tränenüberströmt war die Weichsel und trüben Schaum wälzte sie beim Morgen- und Abendrot, weil das edle Volk der Polanen, das sich an ihren Ufern und Nebenflüssen von dem Quellgebiet bis zur Mündung niedergelassen hatte, an der Ostsee wilder Übermacht und satanischer Schlaueit erlegen war. Die Satane hatten es verstanden zu teilen, zu schmeicheln und zu versprechen, aber als man ihnen glaubte, da ermordeten sie die Arglosen und rissen ihnen ihr Mutterland weg“ (S. 8).

Wie im Norden die Germanen und Dänen so haben im Südosten, am Schwarzen Meer, nach der Lehre unseres Verfassers die Warägo-Russen den Polanen diese Gebiete abgenommen, „drängten den Polanen den Namen Russen auf, und jetzt auch den griechischen Ritus, damit sie sich durch den griechischen Ritus von den Polen unterscheiden sollten“ (S. 40).

Das Verdienst des Königs Boleslaw Chrobry ist es nach der Behauptung des Verfassers, daß er die Gebiete an der Ostsee für die Polanen wieder zurückerobert habe. Chrobry habe auf dem rechten Ufer der Weichsel das Herrschaftsgebiet der Polen wieder bis zur Ostsee ausgedehnt und hier bei dem Orte Stupa einen eisernen Grenzpfahl in die Ostsee einrammen lassen, auf dem die Inschrift stand: „Limes Poloniae“. Einen ebensolchen eisernen Grenzpfahl habe er an der Ostsee einrammen lassen und zwar bei dem Orte Stupsk²⁾. Dieses angebliche Sehen eines Grenzpfahls in der Ostsee

²⁾ Gemeint ist die heutige Stadt Stolp in Pommern!

(Die katholische Kirche.)

wird von dem Verfasser in einer ebenso phantastischen wie abgemackten Erzählung geschildert.

Als Probe seien folgende Sätze mitgeteilt: „Durch einen Dolmetscher belehrte Chrobry das preußische Gefolge, daß sie mit den Polanen in Frieden leben müßten, denn einen gemeinsamen Feind haben wir — den Deutschen“ (S. 12). Dann habe sich Chrobry an eine Abordnung der Kaschuben mit folgenden Worten gewendet: „Und Ihr Pomorcy³⁾ von der Ostsee denket daran, daß ein polnisches Blut in uns fließt, daß die Polanen-Pomorcy an dem brüllenden weißen Meere, auch Baltikum genannt, eine Familie bilden mit den Polanen an den Quellen von Oder und Weichsel und mit den Polanen, Lechen am Schwarzen Meere und seinen Mündungsflüssen Dnjestr und Dnjepr.

Alle Polanen vom Weißen und Schwarzen Meere, von Oder und Weichsel, von Dnjestr und Dnjepr müssen sich vereinigen und ein großes polnisches Kaiserreich von Meer zu Meer schaffen

Euch Polanen alle erinnere ich daran, daß unsere sarmatische Kultur, Wissenschaft und Kunst von den slavischen Pelasgern und Mykenern stammt, welche diese mehrere tausend Jahre vor Christi Geburt ausgearbeitet und veredelt haben. Nutzen haben von ihr die benachbarten Griechen gezogen, sie vervollkommt und in der ganzen Welt verbreitet. Es blüht diese slavische Kunst bei uns Polanen in Vineta auf der Insel Wollin an der Odermündung“ (S. 13—14).

Charakteristisch für das „Historische Wissen“ unseres Autors sind auch seine Ausführungen über die Beziehungen zwischen dem deutschen Kaiser Otto III. und Bolesław Chrobry.

Daß Chrobry dem deutschen Kaiser in dessen Kampf gegen die Obofiten hilft, wird nebenbei erwähnt, aber gleichsam zur Entschuldigung mehrmals darauf verwiesen, daß diese Heiden waren. Daß sie aber auch Slaven waren, gegen die der polnische Herzog im Bunde mit dem deutschen Kaiser zu Felde zog, diese peinliche Tatsache wird hier ängstlich verschwiegen, während wenige Zeilen später der Verfasser ausführlich: „Mieszko und Chrobry wußten, daß der Heereszug der Germanen nach Osten über die Leichen der Slaven hinweg nur durch die christliche Religion aufgehalten wird. Sie beide waren die Erwecker und Vertreter des Glaubens Christi. Die Deutschen beließen die slavischen Fürsten hinterlistig vorläufig bei ihrem Heidentum, um sie von Chrobry abzuziehen. Dann unterjochten sie diese, schlachteten sie ab oder germanisierten sie. Mit dieser Methode zogen sie vom Rhein bis zur Elbe und Oder“.

Als Lohn für die bei der Unterwerfung der Obofiten geleistete Waffenhilfe soll der deutsche Kaiser dem polnischen Herzoge erlaubt haben, die ganze Südküste der Ostsee zu erobern. „Die Deutschen hinderten die Polen nicht daran, die Dänen und Skandinavier zu vertreiben, welche die Polanen in Mecklenburg, auf Rügen und auf Wollin beherrschten, an der Mündung der Oder, wo die größte Stadt der Polanen in Europa, Weneda oder Vineta, war. Sie überragte an Umfang und Zahl der Einwohner sogar Rom und Konstantinopel.“ „Mit siegreichem Schwert eroberte Chrobry die Länder der Polanen an der westlichen Ostsee und traf hier mit dem Wojewoden von Graudenz, dem Besieger Danzigs, am Meere zusammen, wo er den zweiten eisernen Pfahl mit der Aufschrift Limes Poloniae einrammen ließ.“

Diese sieben in wörtlicher Übersetzung zitierten Ausführungen entstammen dem Abschnitte, der über den heiligen Adalbert, den Preußenapostel, handelt. Für unsern Autor ist Adalbert der Schrittmacher der polnischen staatlichen Expansion gewesen. Und aus Anlaß seines Märtyrertodes finden wir folgende bemerkenswerte Sätze. Nachdem der Verfasser gefordert hat, daß das „nationale Bewußtsein in unbesiegbarem Drange das große Ziel seines Seins erreiche“, verfeigt er sich zu folgendem Hymnus auf den polnischen Imperialismus: „Dieses große Ziel verlangt freigebige Opfer an Blut und Besitz. Die Reihe dieser Opfer hat der Heilige Adalbert begonnen. Nach ihm werden andere fallen, sie

Fraktur = Bericht.

Antiqua = wörtliche Übersetzung des polnischen Textes.

³⁾ Diese Namensform ist eine Erfindung des Verfassers.

werden sterben unter übermenschlichen Anstrengungen, aber sie werden für die Ewigkeit leben im Namen des erretteten machtvollen Staates von Meer zu Meer, von der Elbe bis an den Ural⁴⁾. Jeder Pole muß König des Geistes sein, damit ein polnisches Kaisertum im Osten Europas geschaffen werde. Das ganze Volk besteht aus Scharen von Rittern der Maria, welche auf den Stirnen blutige Narben haben und unter der Standarte des Kaiserreichs des weißen Adlers — für das Vaterland“ kämpften (S. 39).

Den Höhepunkt erreicht aber dieses kaum glaubliche Nachwerk in dem 13. Abschnitt, der eine Huldigung an Bolesław Chrobry enthält. Zugleich ist er ein Haßgesang auf das Deutschtum, verbrämt mit frommen Phrasen, und stellt damit eine Literaturspezies dar, wie sie bisher nur in der polnischen Dichtung in dieser krassen Form beobachtet worden ist. Schon im vorhergehenden Abschnitt hat der Verfasser den Deutschen drei Giftmorde angedichtet, und zwar sollen Kaiser Otto III., Papst Sylvester II. und endlich Bolesław Chrobry selbst durch Deutsche vergiftet worden sein. „Der große König Chrobry ging um seine Belohnung zu empfangen, in den Himmel ein . . . Es begrüßten ihn dort die heiligen polnischen Ritter⁴⁾, welche unter den Standarten des weißen Adlers als Verteidiger Polens und des Slaventums) vor der Überschwemmung durch die germanischen Verbrecher⁴⁾ gefallen waren. Jeder von ihnen hatte eine blutige Palme in der Hand, und die Narbe auf der Stirn glänzte wie ein Stern. Es waren dies die unbekanntenen Ritter der allerheiligsten Jungfrau Maria, der Königin Polens. Sie waren in den Kampf gezogen, das Marienlied und Kyrie Eleison singend. Es hatte sich für sie verwendet Maria, und es hatte sich ihrer Christus erbarmt und sie in dem polnischen Gefolge vor dem Thron des Allerhöchsten aufgestellt“ (S. 45).

Und nun feiern in den folgenden Abschnitten, welche dem Andenken des Königs Bolesław Chrobry gewidmet sind, enger fanatischer Nationalismus und extremster Imperialismus, immer aber verbrämt mit frommen Wendungen, wahre Orgien: „Chrobry wird seinen Geist aussenden und das polnische Volk darüber aufklären, wie es wiedererstehen und sich von Meer zu Meer auswachsen soll, um die Sendung zu erfüllen, die dem Mieszko von Gott übertragen worden ist. Chrobry lehrt, daß, wenn ein Volk leben will, es ein großes Ziel vor Augen haben muß, danach trachten muß, dieses zu erreichen, sich zu organisieren und in die Breite zu wachsen. Ein Vegetieren in engen Grenzen bedeutet Rückschritt und Vernichtung⁴⁾.

Eine Lüge ist der Vorwurf, daß Polen annexionistische Pläne hege, der Vorwurf des Imperialismus usw. Wir haben ein Recht darauf, das wieder an uns zu nehmen, was die Polanen vor Otto I. im Westen, und was sie vor den Warägo-Russen im Osten besaßen. Die Deutschen haben Polen an der Oder und an der Ostsee beraubt, und die Russen in Kiew und am Dnjestr und Boh. Wir müßten dies unbedingt zurück erhalten. Das ist kein Raub oder Imperialismus, das ist die Pflicht, geraubtes Erbgut wieder zurückzuholen. Die Ostsee muß der Stützpunkt und das Schwarze Meer muß die Ergänzung der Großmachtstellung Polens werden . . .

Das Ideal, oder das hohe Ziel muß der Weckruf zum Handeln sein, damit es verwirklicht werde. Christus und Polen von Meer zu Meer — das ist die Losung des Polen⁴⁾. Polen für die Polen. Die Ruthenen und die Weißrussen, wenn sie durch den griechischen Ritus von Polen losgerissen worden sind, so müssen sie zu Polen zurückkehren. Gerechtigkeit ist die Grundlage des Staates. Zu viel haben wir an die Deutschen, Litauer und Juden verschenkt. Wir haben schon die Hälfte des von Gott erhaltenen Erbes vertan“ (S. 47).

Im letzten Teil dieses Nachwerkes, das, man muß sich immer wieder daran erinnern, die Billigung der Kirchenbehörde gefunden hat und das „Imprimatur“ des Bi-

⁴⁾ Von uns gesperrt. (Red.)

(Die katholische Kirche.)

schuß von Kulm trägt, bildet ein Gebet des polnischen Königs Boleslaw Chrobry, das folgenden Satz enthält: „Du gabst uns die Länder von Meer zu Meer und hast geschworen, die Nachkommenschaft der Polanen wie Sand am Meere zu vermehren, wenn diese ihre Mission erfüllen, die ihnen von dir und dem Statthalter Christi aufgetragen worden ist“ (S. 48).

Den Schluß bilden folgende Sätze:

„Glaube, gehorche und handle.
Gottesmutter, Jungfrau — bitte für uns,
Kirie Eleyson — Christus erbarme dich unser,
Polen über Alles!
Von Meer zu Meer!“

Doch an allem dem läßt sich Herr Pfarrer Professor Lukasz-kiewicz noch nicht genug sein. Der zweite Teil seiner Schrift besteht aus einer eigenartigen Mischung von Reklamen einzelner Firmen und Aufrufen des Verfassers. Zunächst ist er in der Lage eine von ihm gedichtete neue Nationalhymne mitzuteilen, die nach der Art der bekannten Hymne: „Gott, der du Polen“ (Boze cós Polske) gedichtet ist und deren letzte Strophe folgendermaßen lautet:

„Das Erbe der Piasten und Jagiellonen
Erneure wieder ganz aufs schnellste.
Die Ostsee und das Schwarze Meer
Mit Oder und Dnjepr wirst du Gott uns zu-
rückgeben“⁵⁾.

Denn du gabst sie uns doch und daher ist heute unsre Bitte,
Hilf uns sie wieder zu erwerben, heiliger Mächtiger Herr“

(S. 50).

Unser Verfasser hat auch einmal etwas von Geopolitik gehört, und sogleich ist ihm der Gedanke gekommen, sie in den Dienst seiner Propaganda zu stellen. Er hat einen „Geotischen (sic!) Bund“ (Związek Geotyczny) gegründet, für den er auf sieben einzelnen Seiten des zweiten Teils seiner Schrift wirbt. In einem dieser Werbeauftrufe läßt er sich folgendermaßen vernehmen:

„Der Traktat von Versailles hat die Polen geschädigt, indem er ihnen nicht das ganze Polen zurückgab. Die Polen werden sich niemals mit den heutigen Grenzen einverstanden erklären und werden immer danach streben, das ganze Erbe der Piasten und Jagiellonen von der Ostsee bis zum Schwarzen Meere zurückzuerwerben.

Diese Erbschaft steht Polen unbestreitbar zu. Es beweist dies klar die Geographie, die Hydrographie und die Geschichte. Seit dreitausend Jahren hat Gott den Polanen ihren Platz zwischen Ostsee und dem Schwarzen Meere angewiesen. Die Waräger-Russen kamen nach Nowgorod und Kiew erst im 9. Jahrhundert. Vorher kannte niemand die Russen in Osteuropa. Es gab hier nur Polanen, die auch Lachen und Sarmaten genannt wurden.

Die Russen und Ruthenen, das waren durch die skandinavischen Eindringlinge, die Russen, geknechtete Polanen der Traktat von Versailles ist halbe Arbeit⁶⁾ und daher eine dauernde Quelle von Mißhelligkeiten. Wenn Polen ganz Schlesien mit Breslau, das Posener Gebiet bis zur Oder und Pommerellen mit Danzig und Königsberg⁶⁾ erhalten hätte, wären die Deutschen zur Ohnmacht verurteilt und Europa hätte für ewig Ruhe.

Die Deutschen haben sich in Versailles die Volksabstimmungen, Danzig und Königsberg erschachert und ermuntert durch den Erfolg schreiben sie, indem sie Revision und die Rückgabe von Kattowitz, Posen und Pommerellen verlangen, welche sie Polen vor 150 Jahren geraubt haben⁷⁾. Gegenüber den Angriffen der Deutschen müssen sich die Polen mit Hilfe der Wissenschaft wehren und auf wissenschaftliche Weise die pol-

⁵⁾ Von uns gesperrt. (Red.)

⁶⁾ Von uns gesperrt. (Red.)

⁷⁾ Die historischen Kenntnisse des Verfassers scheinen nicht sehr groß zu sein, denn sonst müßte er wissen, daß Schlesien nicht erst seit der 1. Teilung, sondern sogar seit dem Jahre 1335 nicht mehr zu Polen gehört hat und ihm nicht „geraubt“ worden ist, sondern von dem polnischen Könige aus freien Stücken abgetreten wurde.

Fraktur = Bericht.

Antiqua = wörtliche Übersetzung des polnischen Textes.

nischen Rechte auf die durch Polen vor den Teilungen besessenen Länder begründen. . . . Auf der Grundlage der Geopolitik müssen wir die heranwachsende Jugend ausbilden und die Erwachsenen aufklären, daß es eine zwingende Notwendigkeit ist, das ganze Polen wieder zu erwerben, um aus ihm einen geschlossenen massiven nationalen Block zu machen“ (S. 52).

Ein anderer Ausruf, der die eigenartige Überschrift: „Ritter der allerheiligsten Jungfrau Maria“ trägt, enthält folgende Sätze: „Der Traktat von Versailles hat aus Danzig mit Königsberg und Ostpreußen, ferner aus Schlesien mit Breslau und Oppeln Pufferstaaten⁸⁾ gemacht, damit sie Polen angreifen und ewig Europa beunruhigen. Die Preußen suchen dauernd verschiedene Konflikte mit Polen, um es zu quälen, und zu schmähen und zu schwächen. . . . Schlafe nicht ein, schließe nicht die Augen, sei nicht leichtsinnig noch faul, sondern gedenke, daß du ein Ritter der Maria, der Königin Polens, bist, daher mußt du für sie ihr gesamtes Erbe wieder zurückgewinnen, das ihr die Nachbarn hinterlistig entrisen haben.

Außer den Ländern, die sie einstmals irgendwie besessen haben, haben die Polen das Recht auf den Besitz der Nachbarländer, die ihnen notwendig sind zu ihrer Expansion und organischen Verbreiterung⁹⁾. Es ist dies eine geopolitisch begründete Vergrößerung des Territoriums, das sie jetzt besitzen . . . Die historische Mission entriß uns Rußland. Sein Zarentum ist zusammengestürzt. Vor Polen öffnet sich von neuem der Weg zur Größe, wie zu Zeiten Chrobrys. Willst du ein Ritter Marias werden und für ein großes Polen arbeiten?“ (S. 56).

Ein anderer Ausruf dieses geistlichen Politikers trägt die Überschrift: „Weckt die schaffenden Kräfte Polens“ und ergeht sich dann in folgenden Behauptungen: „Im Westen sagt man: Polen ist für Europa notwendig als ein polnischer Wall und Mauer gegen die Bolschewiken. Dagegen behaupten die Deutschen: Das ist nicht wahr!! Wir werden Polen verschlucken und wir werden einen deutschen Wall gegen den Bolschewismus schaffen. Polen ist für Europa nicht notwendig und kostet es viel. Möge uns Europa erlauben, die Ostsee zu beherrschen und Polen unter das Joch zu beugen, und keine Ausgaben werden nötig sein. Die Polen müssen Europa darüber belehren, daß die Deutschen Räuber sind¹⁰⁾, also nie einen Wall bilden werden. Ein Wolf ist kein Hirte für die Schafe. Sie wollen Polen verzehren, um durch seine Vorräte gekräftigt ganz Europa zu verzehren und zu germanisieren. Den Deutschen ist es gelungen, die Slaven zwischen Rhein und Weichsel auszurotten¹¹⁾; sie werden dasselbe machen von der Weichsel bis zum Ural und vom Rhein bis zum Atlantischen Ozean.“

Bei der Schrift liegt ein Zettel, der für diese Schrift Reklame macht. Er trägt die Überschrift: „Was muß jeder Pole von den Lehren des Königs Chrobry wissen?“ Und führt dann aus: „daß Polen, wenn es unabhängig von den Deutschen sein will, sich auf die Ostsee stützen muß! Daß Polen ein am Meere gelegenes Staatswesen sein muß, wenn es reich sein will, daß es dann die ihm im Westen geraubten Gebiete errettet, und die Länder am Schwarzen Meere sich zurückholt, die im 9. Jahrhundert den Polanen die Russen geraubt haben, die germanischen Eindringlinge aus Skandinavien. Daß die polnische Kultur älter und höher als die deutsche ist. Die Deutschen haben uns diese gestohlen¹²⁾, in Ordnung gebracht, in ein System gebracht und die

⁸⁾ Nach allgemeingültigem Sprachgebrauch befinden sich „Pufferstaaten“ zwischen zwei fremden Staaten und nehmen den von diesen ausgehenden Druck auf. Ihr Verhalten ist also ein passives. Unser Verfasser scheint von einem „Pufferstaat“ eine wesentlich abweichende Vorstellung zu haben.

⁹⁾ Von uns gesperrt. (Red.)

¹⁰⁾ Vom Verfasser gesperrt.

¹¹⁾ Hier sieht man die bedenklichen Folgen, welche die Lehren des „Westflavischen Instituts“ in Polen in den Köpfen unkritischer Phantasten anrichten können.

¹²⁾ Von uns gesperrt. (Red.)

ihrige genannt.“ Und um jeden Zweifel an der Güte seiner Schrift zu beheben, verweist der Verfasser mit Nachdruck darauf, daß sie die Approbation der bischöflichen Kurie in Pselplin besitzt.

Wir würden dieser Schrift gar nicht diese ausführliche Besprechung gewidmet haben, wenn nicht die geradezu unsahbare Tatsache bestände, daß der Bischof von Kulm sie kennt und ihren Inhalt ausdrücklich gebilligt hat. Damit ist diesem Machwerk weiteste Verbreitung gesichert und auch sogar der Zugang zu den Schulen geöffnet, so daß schon hier die Jugend mit dem Gifte eines geradezu pathologisch anmutenden nationalen Fanatismus und einer bisher kaum dagewesenen nationalen Unduldsamkeit und Verheßung erfüllt wird.

Irgendein Protest oder eine Ablehnung dieser Schrift von polnischer Seite ist bisher nicht bekannt geworden. Dagegen geht aus der Liste der Subskribenten zu der ersten Schrift des Verfassers über die Eidechsenbrüderschaft, die in dem gleichen Geiste gehalten ist, hervor, daß viele Behörden und Schulen ihn gefördert haben. Wir müssen also annehmen, daß auch diese Schrift eine ähnlich weite Verbreitung finden und gerade im Korridor ihre unheilvolle Wirkung ausüben wird.

[Legenda i Historja o Wiśle, o Wielkim królu Chrobrym i o św. Wojciechu. bp. Graudenz 1929. 72 S.] (87)

Ehrenkreuz, St. Das Obergericht deutschen Rechts im Grod Sandomir.

In der aus Anlaß des 30-jährigen Jubiläums des hochgeschätzten Professors der polnischen Rechtsgeschichte an der Universität Lemberg Prz. Dąbkowski erschienenen Festschrift hat der Rechtshistoriker an der Universität Wilna, Professor Ehrenkreuz, einen sehr beachtenswerten Aufsatz unter dem oben angeführten Titel veröffentlicht. Der Verfasser hat im Hauptstaatsarchiv zu Warschau zwei Hefte Protokolle des Grodgerichts von Sandomir durchforscht, welche im ganzen die Zeit von 1427—1483 umfassen. In dem ersten dieser Hefte hat er auf 296 Blättern Eintragungen „supremi juris theutonici Magdeburgensis castris Sandomiriensis“ ermittelt, welche mit dem Jahre 1427 beginnen.

Auf Grund dieser Eintragungen ist es Ehrenkreuz gelungen, die Darstellung von den deutschrechtlichen Obergerichten, die bisher in der polnischen Forschung als maßgebend galt, wesentlich zu korrigieren. Es handelt sich um die Arbeiten von Bobrzyński („O założeniu wyższego i najwyższego sądu prawa niemieckiego na zamku krakowskim“) und von Piekosiński („O sądach wyższych prawa niemieckiego w Polsce wieków średnich“).

Dieses deutschrechtliche Obergericht unterstand nach Ehrenkreuz in der Zeit, aus welcher das Material vorliegt, dem Starosten von Sandomir, der mit seinem Vogt und sieben Schöffen Recht sprach. Meist tagte das Gericht aber ohne den Starosten unter dem Vorsitz des Vogtes, an dessen Stelle auch der Burggraf von Sandomir treten konnte. Als Schöffen fungierten die Schulzen von sieben Ortschaften, welche immer die gleichen blieben. Die Sitzungen fanden alle vier Wochen und meist an einem Montag statt. Zuständig war dieses Gericht für die ganze Wojewodschaft Sandomir.

Unter den Parteien, die vor dem Obergericht erscheinen, findet man Bürger und Bauern, am meisten in Streifsachen mit städtischen Behörden oder den Schöffengerichten der Städte und Dörfer, ferner Vögte und Schulzen, schließlich auch geistliche und weltliche Herren als Vertreter der ihnen unterstehenden Schöffengerichte und ihrer Unteranen. Die meisten Eintragungen betreffen Klagen über Vernachlässigung der gerichtlichen Pflichten durch Stadt- oder Dorfbehörden, oder über Schädigungen, die dem Kläger durch diese Gerichte zugefügt worden sind („quod eum iniuste sententiaverunt“). Aus einigen Eintragungen geht hervor, daß das Obergericht von Sandomir den Schöffengerichten seines Bezirks Anweisungen wegen der Entscheidung von Rechtsachen erteilt hat. Einmal findet sich sogar der deutsche Ausdruck „ortel“.

Zusammenfassend bemerkt Ehrenkreuz: „Dieses Gericht hatte einen doppelten Charakter: den eines Lehngerichts und den eines deutschrechtlichen Obergerichts im eigentlichen Sinne des Wortes, entsprechend der Terminologie von Piekosiński. Es entstand nicht durch Erhebung des Lehngerichts oder der städtischen Schöffenbank zur Rolle eines Obergerichts¹⁾, sondern kraft eines Spezial-Privilegs vom Jahre 1336, das erteilt worden war durch den König und Reformator²⁾.“

[„Sąd wyższy prawa niemieckiego grodu Sandomierskiego“ in: „Pamiętnik trzydziestolecia pracy naukowej Prof. Dr. Przemysława Dąbkowskiego“, Lemberg 1927, S. 280—294.]

(85)

Bieszk, K. Der Kampf des Kreuzritterordens mit Polen um die kirchliche Zugehörigkeit des pommerellischen Archidiafonats.

Der Verfasser führt etwa folgendes aus: Als der Deutsche Orden Preußen erobert hatte, verstand er es, sich auch die kirchliche Gewalt in seinem Lande zu verschaffen, indem er die Kapitel der Landesbistümer mit Ausnahme des ermländischen dem Orden angeschlossen und später dies auch bei dem Kapitel des Rigaer Erzbistums durchführte. Nur in dem 1309 erworbenen Pommerellen hatte er die kirchliche Gewalt nicht, da dies seit seiner Christianisierung zu dem polnischen Bistum Wloclawek gehörte. Durch diese Zugehörigkeit hatten die polnischen Könige politischen und wirtschaftlichen Einfluß auf Pommerellen, was für den Orden schwer zu ertragen war. Sein Streben ging darum dahin, auch hier die kirchliche Gewalt zu bekommen; er hatte auch bald einige Erfolge: 1317 setzte er die Besetzung der Pfarrei Schwetz mit einem Ordenspriester durch, und 1330 wurde der Getreidezehnte in eine Geldabgabe umgewandelt, auch die Erhebung des Peterspfennigs wurde vom Orden verboten. Aus politischen Gründen wünschte der Orden aber Pommerellen ganz vom Bistum Wloclawek und der Metropole Gnesen zu trennen und es als besonderes Bistum dem Erzbistum Riga zu unterstellen.

Der erste Versuch in dieser Richtung wurde nach dem Verfasser 1343 unternommen, als im Frieden zu Kalisch König Kasimir zu Gunsten des Ordens auf Pommerellen verzichtete. In den Quellen werde von einem solchen Versuch nichts berichtet, nur in einem Briefe des römischen Vertreters des Ordens, Peter von Wormditt, vom Jahre 1413 werde auf einen derartigen Versuch „in dem alten Kriege mit Konig Kazemir“ hingewiesen. Der Verfasser schließt, daß es sich hier nur um den Krieg mit König Kasimir, der durch den Vorfrieden von 1334 und den Kalischer Frieden von 1343 beendet wurde, handeln kann. Nach 1334 habe der Orden darauf hinweisen können, daß Polen auf Pommerellen verzichtet habe, er habe auch befürchten müssen, daß der Bischof von Wloclawek wieder ein Feind des Ordens werden könne, wie es der 1323 verstorbene Bischof Gerward war. Leider lasse sich nicht feststellen, in welcher Zeit die Sondierungen in Rom begannen. Sie seien aber hier auf Widerstand gestoßen, wahrscheinlich weil der Orden die Erhebung des Peterspfennigs und des der Geistlichkeit auferlegten Zehnten verhindert habe, daß die Interessen der päpstlichen Kammer ausschlaggebend waren, gehe aus einem ähnlichen Fall hervor: als Karl IV. um 1343 die Abtrennung des Bistums Breslau von Gnesen und seine Zuteilung an das neu zu errichtende Erzbistum Prag forderte, habe ihm der Papst dies zugesagt unter ausdrücklichem Vorbehalt der Weiterzahlung des Peterspfennigs. Daß in den Akten nichts über den Versuch des Ordens, die Trennung Pommerellens von Wloclawek einzuleiten, enthalten sei, erkläre sich dadurch, daß ein offizieller Antrag in der Sache nicht gestellt sei.

Dieser erste Mißerfolg hat aber nach der Meinung des Ver-

¹⁾ Das war die Meinung Bobrzyński gewesen.

²⁾ Gemeint ist Kasimir der Große.

fassers den Orden vom weiteren Verfolgen seiner Absicht nicht abgeschreckt. Er schließt dies aus den Worten des Peter von Wormditt in demselben Briefe: „und dornoch ouch uste vorsucht gewest“. Doch sei weiteres hierüber nicht bekannt. Jedenfalls habe Kasimir, der, solange er lebte, die Pläne Karls IV. hinsichtlich Breslaus mit Erfolg zu vereiteln wußte, mit der größten Sorgfalt über der kirchlichen Verbindung Pommerellens mit Wloclawek gewacht, da hierauf seine Hoffnung auf die Wiedergewinnung dieses Landes beruhte.

Durch die Thronbesteigung Wladislaw Jagiellos wuchs die Macht Polens sehr, und dies mußte nach Ansicht des Verfassers für den Orden der Anlaß sein, durch Erneuerung des Projekts der Teilung des Bistums Wloclawek dem drohenden Verlust Pommerellens zuvorzukommen. Um 1400 seien aber die Beziehungen zwischen Polen und dem Orden so freundschaftlich gewesen wie nie zuvor. In Polen umlaufende Gerüchte über die Absichten des Ordens hätten geeignet sein können, diese Freundschaft zu trüben, und da dem Orden an ihrer Erhaltung sehr gelegen habe, so habe der Hochmeister in Briesen vom Mai 1400 an den König Wladislaw und an den Bischof von Wloclawek das Bestehen solcher Absichten abgeleugnet. Nach Ansicht des Verfassers bestanden sie wirklich, da aber die Quellen nichts darüber sagen, sei der wirkliche Stand der Dinge nicht festzustellen.

Neue Bemühungen des Ordens, die Abtrennung Pommerellens zu erreichen, seien nach der Schlacht bei Tannenberg in den Jahren 1410—1413 unternommen worden. Geschäftsführer des Ordens in Rom war Peter von Wormditt, ein gewiegter Diplomat; aber er konnte nichts erreichen, denn Papst Johann XXIII. war zwar ein Gönner des Ordens, war aber nicht der einzige Papst und konnte Polen, aus dem er hohe Einkünfte bezog, nicht provozieren. Da Hochmeister Heinrich von Plauen der Ansicht gewesen sei, daß der Procurator die Sache nicht energisch genug betreibe, habe er eine besondere Gesandtschaft nach Rom geschickt, die aber auch nichts erreichte. Die Sache sei dann auf später vertagt worden.

1421 wurde Johann Pella, ein erbitterter Feind des Ordens, gegen den Willen deselben, aber auf den Wunsch des Königs, zum Bischof von Wloclawek gewählt. Der Orden wandte sich an den Papst mit der Bitte, vor der Bestätigung des neuen Bischofs seine Beschwerden gegen ihn untersuchen zu lassen und schlug gleichzeitig drei Möglichkeiten der Lösung der Bistumsfrage vor: Teilung des Bistums in eine größere pommerellische Stadt, Teilung der Diözese oder Einsetzung eines apostolischen Vikars für Pommerellen. Dem Papst sei die Entscheidung schwer geworden, zuletzt aber habe er den Ausweg gefunden, den Bischof Kurdwanowski von Plock nach Wloclawek zu versetzen und Pella zu seinem Nachfolger in Plock zu bestimmen. Während der Orden nicht gewußt habe, wie er sich zu dieser Entscheidung stellen sollte, sei König Wladislaw empört gewesen und habe durch seine Haltung erreicht, daß Kurdwanowski resignierte. In Rom hätten inzwischen die Procuratoren des Ordens die ganze Lage dadurch zu seinem Nachteil verändert, daß sie sich dem Willen des Papstes, zwecks Untersuchung der ihm von König Wladislaw zur Entscheidung vorgelegten Streitfrage über Pommerellen, eine Gesandtschaft nach Polen zu schicken, mit aller Kraft widersetzten. Die Folge sei die Bestätigung Pellas als Bischof von Wloclawek gewesen. Dem Ordensprocurator Johann Tiergart, der in dieser Zeit nicht in Rom gewesen war, seien, jezt die Umstände günstig erschienen, die Teilung des Bistums durchzusetzen. Der Papst hatte sie nämlich für den Fall eines Krieges zwischen dem Orden und Polen zugesagt, und 1422 rückten die Polen in das Ordensland ein. Tiergart habe gemeint, daß den vereinten Bitten des römischen Königs, des Hochmeisters und des ganzen Landes der Papst nachgeben werde. Der Hochmeister aber, der trotz der Behauptung Pommerellens im Frieden am Melnosee wegen Mangels an Geld die Bistumsangelegenheit nicht betreiben konnte, habe nicht vermocht, die pommerellischen Stände hierfür zu gewinnen. Nur von dieser Phase der Bestrebungen des Ordens berichtet Dlugosz, wie der Verfasser meint, weil nur diesmal ein formeller Antrag gestellt worden ist.

Die Frage der Teilung des Bistums habe dann bis zum Jahre 1430 geruht, wo sie der neue Ordensprocurator Kaspar Stange

von Wandosen wieder in Anregung gebracht habe. Die Antwort des Hochmeisters sei nicht erhalten; aus den darauf folgenden Ereignissen schließt aber der Verfasser, daß er einverstanden war. Die Umstände seien auch dem Orden günstig gewesen: dem ihm abgeneigten Papst Martin V. war 1431 der ihm geneigte Papst Eugen IV. gefolgt, und dieser habe erwarten können, daß König Sigismund, dem er mehrmals große Dienste erwiesen hatte, auf seinem im Herbst 1431 unternommenen Römerzuge für ihn eintreten werde. Ende 1431 habe der Thorner Pfaffendorf den König in Mailand aufgesucht und ihn um seine Vermittlung gebeten; dieser aber habe sich keinen Erfolg versprochen und abgelehnt. Die Lage sei auch recht ungünstig gewesen: der König stand mit dem Papst auf gespanntem Fuße, und dieser zürnte dem Orden wegen des gegen seinen Befehl mit Swidrigiello gegen Polen abgeschlossenen Bündnisses, Wandosen erklärte deshalb Anfang 1432 auch die Sache für aussichtslos. Noch aussichtsloser sei sie durch die Auflösung des Baseler Konzils und die günstige Aufnahme einer polnischen Gesandtschaft durch den Papst, der Polen seine Unterstützung gegen den Orden versprach, geworden. Deshalb habe auch der Procurator dem Hochmeister, als dieser neue Schritte von ihm verlangte, geantwortet, daß alle Ordensfreunde abrieten. Er habe aber den Hochmeister auf das Baseler Konzil verwiesen, das gegen Polen war, und ihm geraten, bei einem künftigen Kriege die Teilung des Bistums in die Friedensbedingungen aufzunehmen.

Dann habe sich die Lage verändert. Die Beziehungen zwischen König und Papst besserten sich, 1433 zog der Papst die Auflösung des Baseler Konzils zurück. Der Vertreter des Ordensprocurators, Johann Niklosdorf, hielt den Augenblick für die Ordenssache günstig und beantragte die Teilung des Bistums, wurde aber sofort abgewiesen.

1433 versöhnten sich König und Papst, Sigismund wurde zum Kaiser gekrönt. Jetzt habe sich der Orden wieder an ihn mit der Bitte um seine Vermittlung gewandt, wobei er als neues Moment das Bündnis der Polen mit den Hussiten anführen konnte. Die Stimmung in Rom sei gegen Polen umgeschlagen; der Kaiser verhandelte mit dem Papst, und dieser habe sich nicht abgeneigt gezeigt, auf die Teilung des Bistums einzugehen. Aus Besorgnis vor dem Baseler Konzil habe er aber die Entscheidung verschoben. Auch der Kaiser konnte nicht alles erreichen, was er wünschte, und begab sich deshalb auf das Konzil. An diesem nahm Pfaffendorf teil, der, von Niklosdorf über die Sachlage unterrichtet, den Hochmeister um Instruktionen bat. Er erhielt sie aber nicht, worüber er sich in dem letzten diese Sache berührenden Briefe vom 5. Februar 1434 beklagt.

Ein Grund dafür, daß die Sache weder vor das Konzil noch vor den Papst gebracht wurde, sei aus dem erhaltenen Schriftwechsel nicht ersichtlich. Der Verfasser meint, daß die Befürchtung, eine Aktion betreffs der Teilung des Bistums könne den durch den Waffenstillstand von 1433 eingetretenen Frieden mit Polen stören, den Orden veranlaßt habe, die Sache nicht weiter zu betreiben, vielleicht habe er sich auch die Ungnade des Kaisers durch den gegen dessen Willen abgeschlossenen Waffenstillstand zugezogen. Später sei noch hinzugekommen, daß der ewige Frieden von Brzesć im Jahre 1435 ein vollständiges Zerwürfniß zwischen Kaiser und Orden herbeiführte, diesem aber, wenigstens für die nächste Zeit, den Besitz Pommerellens gesichert habe.

Daß nach dem Jahre 1433 noch weitere Versuche gemacht wurden, Pommerellen vom Bistum Wloclawek zu trennen, ist nach Angabe des Verfassers nicht bekannt. Der zweite Thorner Frieden, 1466, brachte dann Pommerellen unter polnische Herrschaft, womit die ganze Frage erledigt war. Nach der ersten Teilung Polens sei dann wieder der Plan aufgetaucht, ein Bistum Pommerellen zu schaffen, er sei aber nicht ausgeführt worden, sondern das Archidiakonats Pommerellen wurde 1818 ein apostolisches Vikariat und 1821 in das Bistum Kulm einverleibt.

[„Walka zakonu krzyżackiego z Polską o przynależność kościelną archidiakonatu pomorskiego“ in: „Rocznik Towarzystwa Naukowego w Toruniu“ (Jahrbuch der gelehrten Gesellschaft in Thorn), Bd. 34 (1927), S. 1—53.]

Nachdem der Verfasser in der Einleitung die (teilweise nicht mehr vorhandenen) Behandlungen der Geschichte des Thorner Gymnasiums besprochen und sein Bedauern ausgedrückt hat, daß einige der in diesen benutzten Quellen — wahrscheinlich erst in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts — verschwunden seien, behandelt er im ersten Teil seiner Arbeit die Vorgeschichte des Gymnasiums bis zum Jahre 1568.

Die Entstehung des Thorner Gymnasiums steht nach dem Verfasser in enger Verbindung mit der Reformationsbewegung, die in Thorn bald nach dem Auftreten Luthers begann und durch das Religionsprivileg Sigismund Augusts 1557 ihren Abschluß fand. Es war zuerst eine Trivialschule, jedenfalls nicht schlechter als die anderen in Preußen, aber überstrahlt durch den Ruhm der Schulen von Kulm, Elbing und Danzig. Es entstand durch die Vereinigung der zuerst 1375 genannten Parochialschule an der St. Johanneskirche und der vielleicht noch älteren, aber weniger bekannten Schule des Franziskanerklosters an der Marienkirche. Die erstere war städtischen Patronats und scheint nach Annahme des Verfassers im Anfange des 15. Jahrhunderts bereits auf einer höheren Stufe gestanden zu haben, da auch der Adel seine Kinder dort hingeschickt habe. Ein Ausblühen der Schule, veranlaßt durch das Eindringen reformatorischer Gedanken, zeige sich dann von 1530 ab, woran wohl auch der von 1513—1558 in Thorn als Stadtphysikus ansässige hervorragende Kenner und Reformator des Schulwesens, Hieronymus Wildenberg, der frühere Kulmer (1487—1503) und Goldberger (1503—1511) Rektor, seinen Anteil habe. Nach Erlangung des Religionsprivilegs und Übernahme der Franziskanerklosterschule habe sich der Thorner Magistrat mit dem Gedanken getragen, die städtische Schule zu reformieren und auf eine neue Grundlage zu stellen; die zu diesem Zweck 1561 mit dem Lehrer am Danziger Gymnasium, Mag. Michael Rettel, begonnenen Verhandlungen zerschlugen sich aber. 1564—65 wurde dann das Franziskanerkloster zu Schulzwecken umgebaut; es sollte die als höhere Stufe der städtischen Schule geplante „Oberstadt- oder Marienschule“ aufnehmen. Ob die hier früher betriebene Klosterschule noch als Schule bestanden hat, ist nach Angabe nicht festzustellen gewesen. Als Rektor berief man 1565 Jodokus Debitz alias Henochus alias Wagenknecht, den Kollegen der berühmten Goldberger Schule. Er verließ aber schon 1567 wieder Thorn, und erst der 1568 als Rektor berufene Mathias Breu aus Chemnitz habe die Reorganisation der Schule durchgeführt, die damals die Bezeichnung „Gymnasium“ erhielt.

Rückblickend bemerkt der Verfasser, daß die Thorner Trivialschule sehr wechselvolle Geschicke hatte, bald habe sie auf einer hohen Stufe gestanden, bald sei sie zu einer einfachen Elementarschule herabgesunken. Abgehangen habe dies davon, ob an der Spitze der Stadt Männer standen, welche die Wissenschaft schätzten, oder die sich nur um politische und wirtschaftliche Angelegenheiten kümmerten. Meistens sei der Rat zu wenig freigebig gewesen, die Besoldungen der Lehrer zu gering, und deshalb habe es sie bald weiter gezogen. Trotzdem aber sei die erste Schule eine Bildungsstätte gewesen, auf der die Jugend sich ein mehr als elementares Wissen aneignen konnte, wie die Zahl der 1327—1525 genannten 327 Studenten aus Thorn und der aus Thorn stammenden Gelehrten und Staatsmänner zeige. „Diese Männer, und vielleicht auch noch andere aus den umliegenden Dörfern und Städtchen, haben sicher alle oder fast alle ihre Anfangsstudien in der Thorner altstädtischen (oder der weniger bedeutenden neustädtischen) Schule durchgemacht . . . Das Thorner Gymnasium ist also am 8. März 1568 nicht irgendwoher erschienen, nicht plötzlich wie Pallas aus dem Haupte des Zeus hervorgesprungen, sondern hatte hinter sich eine schon lange und im ganzen rühmliche Geschichte und Tradition. Die Fundamente, auf denen es stand, waren alt und solid.“

Die neue Schule, deren von dem Rektor Mathias Breu verfaßte Schulordnung: „*Novae Scholae Torunensis Ratio doctrinae et disciplinae*“ 1568 im Druck erschien, hatte sechs Klassen; die drei unteren (das Trivium) waren in der alten Johannischule

untergebracht, die drei oberen (die Schola particularis) in dem umgebauten Franziskanerkloster. Das Lehrerkollegium bestand aus 10 Professoren. Nach dem Lehrplan zu urteilen habe die Schule den städtischen Schulen des Westens sowie denen Danzigs und Elbings nicht nachgestanden. Ihre Eigentümlichkeit sei der Unterricht in der polnischen Sprache gewesen, was in dem Programm noch besonders hervorgehoben werde.

Die Ausichten seien bei der Eröffnung der neuen Schule recht günstig gewesen, man hoffte sogar, den vorhandenen sechs Klassen bald eine siebente, die akademische, hinzufügen zu können. Aber bald trat ein Verfall ein: die Lehrergehälter waren gering und wurden recht unregelmäßig ausgezahlt, weshalb kein Lehrer lange blieb (von den Mitgliedern des ersten Kollegiums blieb keiner über 6 Jahre), auch die religiösen Streitigkeiten in der Stadt wirkten ungünstig. Den Verfall der Schule zeige eine Denkschrift des Rektors Ziegler aus dem Jahre 1577/78, aus der man ersehe, daß nach Ansicht des Rektors das Gymnasium auf allzu hohe Aspirationen verzichtete und dafür großes Gewicht auf guten Schreibunterricht legen müsse. Daß auch der städtische Rat nicht mit der nötigen Sorgfalt über die Schule gewacht habe, zeigten weitere Klagen Zieglers: über die der polnischen Klasse durch eine von dem altstädtischen polnischen Pastor Abraham Sbasinius gehaltene Privatschule gemachte Konkurrenz, über die Beeinträchtigung der Schüler in der Kirche durch die jugendlichen Bürger und Handwerker und über den Verfall der Schulgebäude. Die Denkschrift habe aber keinen Erfolg gehabt, da die finanzielle Lage dem Rat keine Weigerung gestattete.

Die treibende Kraft bei der Reorganisation der Schule sei der junge Heinrich Stroband gewesen, der 1578 altstädtischer Schöffe geworden war. Den Plan, die heimatliche Schule auf eine höhere Stufe zu heben, scheint er nach Meinung des Verfassers schon während seiner Studien- und Reisejahre gefaßt zu haben. Vielleicht habe er in Straßburg den berühmten Reformator der dortigen Schule, Johannes Sturm, dessen Beispiel später bei der Reorganisation der Thorner Schule befolgt wurde, persönlich kennen gelernt. Gleichsam als Vorboten der Schulreform erschienen 1583 in Thorn zwei Schriftchen: ein Abdruck des „Cicero relegatus et Cicero revocatus“ von 1534 und ein Abdruck der „Neanisci“ Sturms, denen 1584 ein Schriftchen „Zwo Predigten von Christlichen Schulen“ mit einer Vorrede Strobands folgte, in der er die Pflicht der Obrigkeit zur Unterhaltung und zum Ausbau der Schulen unterstreicht. Auf sein Befreiben sei dann 1584 der Thorner Caspar Frieße zum Rektor berufen worden, auf den er große Hoffnungen (die sich allerdings später nicht erfüllten) bezüglich des Ausbaus der Schule in sturmischen Geiste gesetzt habe. Ebenso im Jahre 1585 der Laubaner Ulrich Schober zum Konrektor, der dann seine rechte Hand bei seinen reformatorischen Bestrebungen wurde. Das Lehrerkollegium sei schon 1584 ergänzt worden und habe ausgereicht, die Schule wieder auf die Höhe von 1568 zu heben.

Aber Strobands Pläne seien weiter gegangen; das Thorner Gymnasium zu einem akademischen Gymnasium auszubauen, sei sein Wunsch gewesen, wobei ihm sicher als Vorbild die Tätigkeit des Straßburger Bürgermeisters, Jakob Sturm von Sturmeck, vor Augen gestanden habe. Um sich auf die Verwirklichung seiner Idee genügend vorzubereiten, begann Stroband seine Tätigkeit mit der Sammlung von Material für die Schulreform und ließ in den Jahren 1586—88 eine große Menge von Schulordnungen, pädagogischen und didaktischen Schriften in den drei umfangreichen Bänden der „Institutio Literator“ auf eigene Kosten drucken. Der Zweck dieser Publikation sei gewesen, den gelehrten Kreisen Polens und besonders Preußens und der Stadt Thorn Material zur Diskussion über die Schulreform zu liefern. Außerst wichtig sind die Vorreden zu den drei Bänden; sie enthalten das pädagogische Programm des Gymnasiums und dasjenige Strobands und liefern wertvolles Material für die Geschichte der Schule.

Das Jahr 1594 habe die Erfüllung der Wünsche Strobands dadurch gebracht, daß den bisherigen Klassen eine „neue“ oder „höchste“ („nova“, „suprema cura“) mit zweijährigem Kursus hinzugefügt und das Thorner Gymnasium zu einem akademischen Gymnasium erhoben wurde. Die Öffentlichkeit informierte die

Schule hierüber in einer Art offizieller Publikation „Orationes X.“ Den Anlaß, daß die Sache jetzt in Fluß kam, habe die Gefahr gebildet, daß die Jesuiten dem protestantischen Gymnasium gegenüber eine katholische Lehranstalt zu gründen beabsichtigten, wofür ihnen 1593 der Bischof von Kulm ein Privileg erteilt hatte. 1596 erhielten die Jesuiten auch wirklich die Johanniskirche, die bisher im gemeinsamen Gebrauch der Protestanten und der Katholiken gewesen war, nebst den Gebäuden der Johannisschule. Und die dort untergebrachten Trivialeklassen des Gymnasiums mußten in das Franziskanerkloster übersiedeln, das — wohl noch vor Eröffnung der neuen Klasse — auf Drängen Strobands den veränderten Verhältnissen entsprechend umgebaut war. In dem Neubau wurde auch die Gymnasialbibliothek untergebracht, eine Schöpfung Strobands, deren Notwendigkeit er schon seit Jahren erkannt hatte. Den Grundstock bildete die Bibliothek des Franziskanerklosters und die mit ihr vereinigte Ratsbibliothek, vergrößert wurde sie durch Schenkungen der Professoren und gelehrter in Thorn wohnender Männer; schon 1594 habe sie den Vergleich mit anderen Bibliotheken aushalten können. Auch eine eigene Druckerei habe das Gymnasium erhalten, indem die seit 1568 bestehende private Druckerei von Stroband für die Stadt angekauft und zur Gymnasialdruckerei gemacht worden sei; 1598 erhielten diese Schritte die rechtl. Bestätigung. Die letzte Ergänzung des akademischen Gymnasiums war die Einrichtung der Bursa, der „Deconomia Scholastica“, die, nachdem das Gebäude 1598 unter Dach gebracht war, 1600 ins Leben trat.

Kaum sei der Ausbau der Thorner Schule zum akademischen Gymnasium geschehen gewesen, als Stroband mit seinen Gehilfen, besonders dem Konrektor Schober, die Idee einer protestantischen Akademie aufwarf. Er trug sie auf der Thorner Synode 1595 vor, Ratmänner und Schulmänner aus den größeren Städten berieten auch mehrmals darüber, die Sache sei aber nicht zustandekommen¹⁾.

Schon bald nach der Eröffnung des akademischen Gymnasiums habe die Lehrerschaft, als deren Wortführer besonders der Konrektor Schober auftrat, sich und Stroband gegen gewisse in der Stadt umlaufende Verleumdungen verteidigen müssen. Diese hatten ihren Grund darin, daß die ursprünglich streng lutherische Anstalt sich mehr und mehr der Richtung Melanchthons, die dem Calvinismus zuneigte, anschloß. Auch der Rat der Stadt zeigte sich der Anstalt gegenüber weniger wohlwollend, was alles die Entwicklung hemmend beeinflusste. Das Jahr 1596 habe dann den Umschwung gebracht. Als mit der Übergabe der Johanniskirche an die Jesuiten die Drohung der Einrichtung einer jesuitischen Lehranstalt in greifbare Nähe rückte, sei der Rat wieder freigebiger geworden und habe mit der Errichtung der noch fehlenden Bursa begonnen, auf die besonders Schober nach Meinung des Verfassers gedrängt zu haben scheint. Ihre Eröffnung erlebte er nicht mehr, da er 1598 starb.

Dem Gymnasium habe aber noch das Statut gefehlt. Es sei zwar schon seit langem angekündigt gewesen und auch schon 1598 anscheinend vollständig fertig gewesen, seine Bestätigung erhielt es aber erst am 19. Juni 1600. Dieses Statut, das der Verfasser ausführlich bespricht, zeigt nach seiner Meinung, daß auf die Einrichtung des Thorner Gymnasiums besonders die von Sturm in Straßburg durchgeführten Ideen von Einfluß gewesen sind. Im Prinzip sei das Thorner Gymnasium ein getreues Abbild des Straßburger gewesen, wofür auch die Lehrbücher, teils Wiederabdrücke der Sturmschen, teils besonders für das Thorner Gymnasium verfaßte, den Beweis lieferten. Der Unterricht im Polnischen sei beibehalten worden, aber man scheine nicht mehr so viel Gewicht darauf gelegt zu haben wie früher.

Nachdem der Verfasser noch über Lehrer und Schüler der Anstalt gesprochen hat, schließt er: „So endet also mit dem Jahre 1600 die zweite Phase der Geschichte dieses Gymnasiums. Die ganze Zeit von der Übernahme der bewußten und klar umschriebenen Reform der verfallenen Schule durch Stroband bis zu ihrer Krönung durch die Ordnung ist eine Aera der größten

¹⁾ Ausführlich hat der Verfasser über die Frage in der Zeitschrift: „Reformacja w Polsce“, Bd. IV, Nr. 13—16, gehandelt.

Anstrengungen sowohl seitens des Bürgermeisters, der städtischen Obrigkeit und der Bürgerschaft, wie auch des ganzen Professorenkollegiums, besonders des bedeutendsten von ihnen, Schober, und ebenso eine Aera des glänzendsten und üppigsten Aufblühens der Lehranstalt. Es pulsiert damals in Thorn und in seiner Schule der lebendige Puls schöpferischer Kulturarbeit: man rottet Unkraut aus, entfernt Hindernisse, bedenkt Pläne und Projekte, häuft ein Kapital von menschlichen Ideen und lebendigen Plänen an, sammelt Fonds, propagiert und agitiert, setzt alle Triebfedern in Bewegung, knüpft Beziehungen zu der gelehrten Welt an, setzt Werkstätten der Kultur in Betrieb, bekämpft bisweilen Widerstände, dann wieder kämpft man mit offenen und noch häufiger mit versteckten Gegnern, aber immer „Christo duce et auspice“, immer mit dem Gedanken, dem Ruhme seiner Stadt und ihrem, des Vaterlandes, der Menschheit Wohl zu dienen, immer mit der bescheidenen Überzeugung, daß noch nicht alles vollkommen ist, aber daß „caetera vel praesens vel postera corriget aetas“²⁾.

[Dzieje Gimnazjum Toruńskiego (1568—1793) I., in: „Rocznik Towarzystwa Naukowego w Toruniu“ (Jahrbuch der gelehrten Gesellschaft in Thorn) Bd. 34 (1927), S. 55—284.]

(84)

Skalkowski, A. M. Worte Napoleons I. über Polen.

In der Festschrift für den Professor der polnischen Literaturgeschichte an der Universität Posen, Stanisław Dobrzycki, hat der als Napoleonforscher bekannte Verfasser, der als Professor der neueren Geschichte ebenfalls an der Universität Posen lehrt, einen beachtenswerten Beitrag veröffentlicht.

Er beginnt mit der aus den Memoiren des Grafen Ogiński bekannten ersten Äußerung Napoleons I. über Polen, die er im Jahre 1796 gegenüber seinem Adjutanten Joseph Sulkowski gefaßt haben soll. Erst zehn Jahre später, während seines Feldzuges gegen Preußen, rückte das polnische Problem wieder in das Blickfeld des Kaisers, und er erkannte klar, von welchem Nutzen es ihm bei der Zertrümmerung der Macht Preußens sein konnte. Napoleon ließ bekanntlich durch seine Emisäre, den General Heinrich Dombrowski und Joseph Wybicki, in der Provinz Südpreußen (besonders im Posenschen) einen Aufstand anzetteln, der wesentlich zum Zusammenbruche Preußens beigetragen hat. Hierbei traf er mehrfach mit polnischen Delegationen zusammen, reiste dann bekanntlich auch nach Posen und Warschau. Skalkowski weist mit Recht darauf hin, daß Napoleon bei diesen Gelegenheiten, wo von ihm entscheidende Äußerungen über das künftige Schicksal Polens erwartet wurden, sich vor jeder irgendwie bindenden Zusage hütete: „Man hätte meinen sollen, daß er jetzt ausdrücklich seine Absichten bestimmt. Indessen im Gegenteil, er hält sehr mit offenen Erklärungen zurück und hütet sich vor irgendwelchen schriftlichen Verpflichtungen. Die Bulletins der großen Armee sind lakonisch oder rätselhaft, soweit sie die polnische Frage betreffen.“

Über die Audienzen, welche polnische Deputationen bei Napoleon hatten, erschienen in den zeitgenössischen Veröffentlichungen nur kurze Erwähnungen, vertrauliche Berichte der Teilnehmer gab es aber mehrere, die von Hand zu Hand gingen und mehrfach abgeschrieben wurden. Eine von diesen Aufzeichnungen — über die Ansprache Napoleons beim Empfang der polnischen Delegation in Berlin am 19. November 1806 — ist sogar in die „Correspondance de Napoleon“ aufgenommen worden.

²⁾ Vor allem aber vergißt der Verfasser eine wichtige Tatsache, daß in dem Thorner Bildungswesen dieser Zeit keinerlei Beziehungen zu Polen, sondern nur zu Deutschland, insbesondere zu Straßburg, aufzudecken sind. Das geistige und kulturelle Leben Thorn's ist ein Teil des Geisteslebens und der Kultur Deutschlands.

Skalkowski ist nun in der Lage, über den Empfang der Warschauer Delegation, der am 9. Dezember 1806 in Posen stattfand, einen bisher unbekannteren ausführlichen Bericht zu veröffentlichen, den er in den Sammlungen der „Gesellschaft der Freunde der Wissenschaften“ (Towarzystwo Przyjaciół Nauk) in Posen aufgefunden hat.

Dieser Bericht, der von der Hand des späteren Justizministers Felix Lubieński stammt, lautet folgendermaßen:

„Am 11. Dezember hatten die Delegierten aus Warschau die auf 11 Uhr angesetzte Audienz. Bei ihrer Ankunft auf dem Schlosse wurden sie durch den Marschall Duroc empfangen und seiner Durchlaucht dem regierenden Fürsten von Benevent, dem Großkämmerer des Kaiserreichs und Minister des Auswärtigen, vorgestellt. Dieser führte die Deputierten aus dem Audienzzimmer in das Kabinett des erlauchtesten Kaisers und Königs und ging um den Monarchen zu benachrichtigen, der nach kurzer Zeit herauskam. Der an der Spitze der Deputation stehende Herr Gutakowski, Unterkämmerer von Litauen, legte zu Füßen des Thrones die gehorsamste Huldigung nieder¹⁾ und fügte die Bitte hinzu, daß er²⁾ mit einem Worte die Existenz des ehemals glänzenden Volkes wiederherstellen möge, indem er³⁾ versicherte, daß ebenso wie alle Herzen Napoleon dem Großen geweiht seien, so auch die Hände und Waffen aller auf seinen Wink warten.

In seiner gnädigen Antwort geruhte der Kaiser und König zu erklären, daß er die Deputation gern empfangen habe, aber keine Notwendigkeit sehe, weder dafür, daß er Worte über die Existenz Polens ausspreche, noch irgend eine Proklamation in dieser Angelegenheit erlasse, es sei denn, der Großherzog von Berg sei dieser Meinung und die Deputierten verlangten es. Denn Polen, so sagte der Kaiser, existiert durch sich selbst, da es ja seinen allergrößten Feind vernichtet hat. Seine Teilung war nur durch die drei Staaten, welche von seinem Sturze Nutzen hatten, garantiert worden. Weder Frankreich noch ich, wir haben dies nie anerkannt, ebensowenig haben England, Spanien, Schweden es bestätigt. Greift also zu den Waffen, die Alten als Beispiel für die Jungen, die Reichen zugleich mit den Armen, indem Ihr Euch unter die Fahnen schart, versetzt Euch in einen Zustand, daß ich meinem eigenen Volke irgend einen Vorteil des Bundes mit Euch zeigen könnte. Ihr könnt einen Sejm einberufen, eine Volksvertretung, denn bisher sehe ich nur Einzelpersonen, welche keine Parteien darstellen, und es wäre gegen meine Würde, mit diesen irgendwelche Abkommen zu treffen. Auf den Vorschlag der Deputierten, daß es in den Händen des erlauchtesten Kaisers liege, durch einen Befehl eine nationale Konzentration oder Repräsentation anzuordnen, geruhte er zu antworten: wir werden in Warschau sehen. Und im weiteren Verlaufe seiner Antwort sagte er: Vor allem sammelt Truppen, es wird der Wojewode das Aufgebot erlassen, ich habe Befehl gegeben, das Heer der 10 000 Polen, die gegen mich gekämpft haben, zu verstärken. Lasset uns die Moskowiter besiegen und Euer Vaterland befreien. Seid nicht wie Eure Frauen, die obwohl sie gute Patriotinnen sind, doch nur gute Wünsche hegen. Tod oder Unabhängigkeit müßte Eure Losung sein. Diese ganze Unterredung mit allen Mitgliedern der Deputation dauerte fast eine Stunde. Nach beendeter Audienz führte der regierende Fürst von Benevent die Deputation zur Tür, der Großmarschall lud sie zum Hofe zum Mittagessen ein und zum Abendessen zum erlauchtesten Kaiser und König, bei dem dieser mit den Deputierten zu sprechen geruhte. . . .“

Skalkowski zitiert im Anschluß an diesen Bericht eine Stelle aus den Memoiren Lubieńskis, in der auch von dieser Audienz die Rede ist. Lubieński hat hier angegeben, daß die Audienz in dem ehemaligen Jesuiten-Gebäude stattgefunden habe, und zwar in

¹⁾ Nach Angabe von Skalkowski ist diese Wendung durchstrichen und durch folgende ersetzt worden: „indem er der Hoffnung Ausdruck gab“.

²⁾ Gemeint ist Napoleon.

³⁾ Gemeint ist Gutakowski.

einem Raume, der mit erbeuteten preussischen Fahnen geschmückt gewesen sei. Lubiński fährt dann fort: „Der alte Gutakowski sagte so gut es ging seine Rede her. . . Der Kaiser, der sah, wie schwer es Gutakowski wurde, unterbrach ihn kurz vor dem Ende, und sich zu mir wendend sagte er: „Vous ête des Varsoviens?“ Ich antwortete: „Nous sommes des Polonais qui viennent vous rendre leurs hommages.“ Darauf erwiderte er: „Oui, Oui, vous êtes des Varsoviens“. Ich muß bekennen, daß damals sogleich alle meine Träume betreffend die Wiederherstellung Polens dahinschwanden. Ich erkannte aus dem Nachdruck, mit welchem er dies zum dritten Male sagte, daß er das Wort „Polen“ nicht aussprechen wollte und zog mich drei Schritte zurück.“

Skalkowski will, obwohl auf den ersten Blick der Unterschied zwischen den beiden Berichten Lubiński's auffallend sei, doch beide nebeneinander bestehen lassen. Wenn sie auch beide nicht unbedingt genau seien, so ergänzten sie sich doch gegenseitig und seien in den wesentlichen Punkten übereinstimmend.

[„Stowa Napoleona o Polsce“ in: „Księga Pamiatkowa ku uczczeniu . . . St. Dobrzyckiego“, Posen 1928, S. 318 ff.]

(88)

Janicki, St. Ost-Oberschlesien im Verbands des polnischen Staates.

Das über diese Fragen handelnde Buch trägt den Titel „Schlesien im Schoße des Mutterlandes 1922 bis 1928“. Der Verfasser war bis zur Auflösung des Schlesienschen Wojewodschaftslandtages (Februar 1929) Führer der „Polnischen Christlich-Demokratischen Partei¹⁾“ (Polskie Stronnictwo Chrześcijańsko-Demokratyczne), und außerdem Mitglied des „Schlesienschen Wojewodschaftsrates“ (dem preussischen Provinzialausschuß entsprechend). In dieser Eigenschaft konnte er für diese erstmalig umfassende Darstellung, die seinen früheren Arbeiten über Oberschlesien²⁾ folgt, teilweise auch unveröffentlichtes Material verwenden.

In dem „Vorwort“ erklärt Professor A. Krzyżanowski³⁾ nachdem er festgestellt hat, daß Polens „historische und ethnographische Rechte auf Schlesien unbestreitbar“ sind: „Es ist unsere heilige Pflicht, unsere starken und begründeten, . . . in ferne Vergangenheit zurückreichenden historischen und ethnographischen Rechte auf Schlesien durch mühevollen zivilisatorische Leistungen zu verstärken. Wir müssen erweisen, daß Schlesiens Zuteilung zu Polen nicht nur für die polnische, sondern auch für die allgemeine Menschheitskultur eine Bereicherung durch moralische, wissenschaftliche, künstlerische und wirtschaftliche Werte bedeutet, um dadurch unsere Rechte . . . endgültig und unwiderruflich festzulegen . . .“ (S. VII). Daher sei die vorliegende Arbeit eine notwendige Überschau des bisher bei dem Aufbau der polnischen Kultur in Schlesien Geleisteten und werde unzweifelhaft „die Losung zur Verdoppelung unserer Anstrengungen“ werden.

Im ersten Abschnitt seines Buches (S. 1—13) behandelt Janicki die Frage:

¹⁾ Die Partei ist der Rest des „Nationalen Blocks“ (Blok Narodowy) nach Ablösung der Korfanty-Gruppe.

²⁾ Darunter werden genannt: Zwei Veröffentlichungen über den Haushalt der Wojewodschaft Schlesien 1927/28 und 1928/29; ferner zwei Arbeiten über das Schlesiensche Wohnungsgesetz und die Bautätigkeit in Schlesien (1927); schließlich: „Die Wojewodschaft Schlesien im Rahmen der Autonomie 1922—1926“ (Województwo Śląskie w ramach autonomji w latach 1922—1926).

³⁾ Krzyżanowski ist Professor für Nationalökonomie an der Universität Krakau und gehört im Polnischen Sejm der konservativen Gruppe in dem „Regierungsblok“ an.

„Wie entstand die Wojewodschaft Schlesien.“

Der Verfasser schildert nach den Verhältnissen im Teschener Schlesien, das heute den kleineren Südtteil der Wojewodschaft bildet (S. 1—4), die Abstimmungszeit in Oberschlesien. Seine auffallend kurzen Ausführungen betonen wie üblich den „deutschen Terror“, „geheime deutsche Kampforganisationen“ u. ä., bieten jedoch gegenüber früheren Darstellungen¹⁾ nichts Neues. Bezeichnend für die vorliegenden Ausführungen ist u. a. folgender Widerspruch: Auf die Mitteilung: „das schlesische Volk begann sich gehörig auf einen bewaffneten Aufstand gegen die Deutschen vorzubereiten“ (S. 5), folgt auf der nächsten Seite die Behauptung, die schlesische Bevölkerung habe den ersten Aufstand (August 1919) „ohne Vorbereitung“²⁾ begonnen.

Um das Ergebnis der Abstimmung — 707 393 deutsche gegen 479 365 polnische Stimmen abzuschwächen, beeilt sich der Verfasser hinzuzufügen, für Deutschland hätten fast alle Emigranten (200 000) gestimmt. Trotz diesem klaren Ergebnisse für Deutschland behauptet er kurz darauf, der dritte Aufstand sei ausgebrochen, da das schlesische Volk „nirgends Gerechtigkeit für sich fand“.

In eigenümlicher Weise gleitet der Verfasser auch über die Frage der Führer der Aufstände hinweg. Er hebt die Rolle der „Polnischen Militärorganisation“ (P.O.W.) hervor und sagt dann: „Die Führer aller drei Aufstände sind . . . bekannt; ihre Verdienste sollen . . . in einer besonderen Veröffentlichung dargestellt werden. Eine flüchtige Erörterung dieser Verdienste in der vorliegenden Abhandlung würde ihnen das Merkmal des großen nationalen Wertes rauben“³⁾ (S. 10).

II. „Die Wojewodschaft Schlesien in allgemeinen Umrissen“ (S. 14—29).

Dieser Abschnitt beginnt mit uneingeschränktem Lob für die polnischen Verwaltungsleistungen, das größtenteils durch Entstellung der Zustände bei der Übernahme Ost-Oberschlesiens ermöglicht wird. Danach sei z. B. der übernommene Eisenbahnpark „im allerschlechtesten Zustand“⁴⁾ gewesen, die Telephon- und Telegraphenapparate der Post seien „absichtlich beschädigt oder sogar demoliert“ gewesen u. a. m. Demgegenüber hätten die polnischen Beamten trotz mangelnder Erfahrung mit doppelter Hingabe gearbeitet, und es habe sich gezeigt, „daß die Polen in Schlesien, selbst ohne größere Vorbereitung, einen so komplizierten Verwaltungsapparat wie die Wojewodschaft Schlesien nicht bloß zu übernehmen, sondern auch zu führen verstanden haben“ (S. 15).

Weiter schildert der Verfasser die wichtigsten Bestimmungen der Genfer Konvention von 1922, die „Gemischte Kommission“ in Kattowitz und das „Schiedsgericht“ in Beuthen, wobei nachdrücklich betont wird, daß die dem polnischen Staate aufgezwungenen Souveränitätsbeschränkungen nur für 15 Jahre gelten sollen.

Zum besseren Verständnis der Wojewodschaft Schlesien, die, „trotz dem Mißbrauch der Genfer Konvention durch die zahlenmäßig schwache, aber wirtschaftlich starke deutsche Minderheit“ (S. 20), sich bis 1928 die erste Stelle unter den polnischen Wojewodschaften erworben habe, folgt eine knappe Übersicht ihrer inneren Struktur. Daraus wird ersichtlich: Ost-Oberschlesien ist die kleinste Wojewodschaft Polens (4230 qkm = 1 % des polnischen Staatsgebietes) („um die Hälfte kleiner als der Kreis Sarny in der Polesie“) und zerfällt in den oberschlesischen Teil (3221 qkm mit 960 000 Einwohnern im Jahre 1922) und den Teschener Teil (1099 qkm mit 140 000 Ein-

¹⁾ Vergl. „Ostland-Berichte“, Jhrg. III, Nr. 1, S. 21 ff., Nr. 4—6, S. 139 ff.

²⁾ Sperrungen sind von uns vorgenommen worden. (Red.) Selbstverständlich bleibt auch die Tatsache, daß die Aufstände von außerhalb Oberschlesiens geleitet wurden, unerwähnt.

³⁾ Vielleicht war der Wunsch entscheidend, den ehemaligen Parteifreund Korfanty nicht loben zu müssen, oder eine ausführliche Erörterung schien verfrüht, zumal was die Rolle des „Aufstandswojewoden“ und ähnlicher Personen anbelangt.

⁴⁾ Vergl. polnische Berichte über die polnischen Eisenbahnen, die zu einem wesentlich anderen Resultat kommen. „Ostland-Berichte“, Jhrg. III, Nr. 10, S. 246 ff.

wohnern). Die Gesamtbevölkerung (1922: 1,1 Millionen) habe Ende 1928 rund 1 175 000 bei einer Bevölkerungsdichte von 279 Einwohnern je qkm betragen (im Jahre 1922 seien 265 auf den qkm gekommen, davon in Ost-Oberschlesien 304, Teschen 143) gegenüber einem Staatsdurchschnitt von 70 (nach Tabelle S. 21 z. B. Łódź 119,4, Polesie 20,8).

Die Wojewodschaft zerfällt in acht (früher neun) Landkreise: Teschen, Bielsk, Pleß, Rybnik, Kattowik, Schwentochlowik, Tarnowik und Lublinik (bis 1925 dazu Ruda) und zwei Stadtkreise: Kattowik und Königshütte. Sie zählt 17 Stadt- und 414 Landgemeinden; die „Stadt“bevölkerung beträgt 60,7 % der Gesamtbevölkerung (der Verfasser gibt genaue Nachweisungen der wichtigsten Orte, danach wurden in 17 Städten 345 000 Einwohner gezählt und 363 000 in 22 Landgemeinden städtischen Charakters).

Aber die Zahl der Beamten (S. 24 ff.) sei hier zusammengestellt: Zollverwaltung (einschließlich der halbmilitärischen „Zollwache“) beschäftigte 1750 auf eine Grenzlänge von 343 km (davon 213 km mit Deutschland), die Polizei 2507 (1928 gegenüber 4200 im Jahre 1923); die Finanzverwaltung 810, die Post 1750. Der Prozentanteil Ost-Oberschlesien an der Zahl der polnischen Beamten schwankt in den einzelnen Verwaltungszweigen von 5—8 % (1 % Gebiets- und 4 % Bevölkerungsanteil!), die erhöhten Verwaltungskosten werden jedoch durch die Einnahmen mehr als ausgeglichen^{s)}. Die Ausgaben der Post in Oberschlesien betragen in den Jahren 1926/27: 5 352 000 Zloty = 4,7 % der Gesamtausgaben gegenüber Einnahmen mit 8 277 000 Zloty = 5,7 % der Gesamteinnahmen. Der Anteil Ost-Oberschlesien an dem Überschuf der Postverwaltung überhaupt betrug damit nicht weniger als 13 %.

Es folgen kurze Angaben über die Verkehrsverbindungen der Wojewodschaftshauptstadt Kattowik, die Bevölkerungsgliederung (ausführlich in Abschnitt VI), über die Bodennutzung (u. a. von 423 000 ha Fläche: 194 000 ha Acker = 45,91 %; 143 000 ha Wald^{o)} = 33,8 %), schließlich über die Wirtschaftsleistung der Wojewodschaft (1926 gewerbesteuerpflichtiger Umsatz 1453 Millionen = 9 % des polnischen Gesamtumsatzes. Die industrielle und agrarische Produktion zeigte 1927 einen Wert von über 2 Milliarden Zloty = rund 12 % der polnischen Gesamtproduktion).

Den Schluß bildet eine Schätzung des Anteils am polnischen Nationalvermögen, der „ohne die Bodenschätze auf 11—12 Milliarden Zloty“ angegeben wird. Der Verfasser macht zu dieser Angabe noch folgende Aufstellung:

Wohn- und Wirtschaftsgebäude	4 275 Millionen Zloty
Boden und Wälder	1 570 „ „
Lebendes und totes Inventar	1 000 „ „
Industrie und Handel nach amtlicher Schätzung 1925 bei Zloty-Umrechnung	2 600 „ „
Eigentum von Wojewodschaft und Gemeinden	313 „ „
821 Volksschulen	rund 500 „ „
Staatseigentum: Eisenbahn, Post usw.	1 000 „ „
Insgesamt:	11 258 Millionen Zloty

III. „Die Wojewodschaft Schlesien als autonome Einheit“ (S. 30—89).

Dieser Abschnitt zerfällt in zwei Teile: a) „Der schlesische Wojewodschaftslandtag und der Wojewodschaftsrat“ (S. 30—71) und b) „Die Finanzen Schlesiens“ (S. 71—89).

Teil a) gibt zunächst die Bestimmungen des Organisationsstatutes der Wojewodschaft Schlesien (Gesetz vom 15. VII. 1920) betr. die gesetzgeberischen Befugnisse des Wojewodschaftslandtages wieder, erörtert anschließend die stückweise Ersetzung der zunächst diesem zustehenden Sozial- und Militärgesetzgebung durch die polnischen Staatsgesetze und charakterisiert dann den Wojewodschaftslandtag, den Wojewodschaftsrat und die Stellung des Wojewoden, um danach ihre Tätigkeit darzustellen (S. 33 ff.).

^{s)} Was hier für die Postverwaltung ausgeführt wird, für die Eisenbahnen auf S. 122 erwähnt wird, dürfte auch für die übrigen Verwaltungszweige mehr oder minder zutreffen.

^{o)} Die Wojewodschaft Schlesien hat nach der Wojewodschaft Stanislaw (Galizien) prozentual den größten Waldbestand Polens.

Bis zum Zusammentritt des Landtages amtierte der vom polnischen Ministerrat ernannte „Vorläufige Wojewodschaftsrat“ (vom 17. VI. bis 10. X. 1922). Von seinen Handlungen werden u. a. erwähnt: Einrichtung des Wojewodschaftsamtes in Kattowitz (Organisationsplan beigelegt!), Kreiseinteilung und Aufhebung der Gutsbezirke, bei der die nationalpolitische Bedeutung besonders hervorgehoben wird. Ein durch den vorläufigen Wojewodschaftsrat gleich am ersten Tage seiner Amtstätigkeit geschaffener Zustand dauere bis heute an: die Aufhebung der Kreistage und -ausschüsse, „die weder der demokratischen Verfassung Polens noch den Überzeugungen der Bevölkerung entsprachen“, in sämtlichen ober-schlesischen Kreisen und ihr Ersatz durch kommissarische, vom Wojewoden auf Vorschlag des Starosten ernannte, Kreis-ausschüsse.

Es folgen ausführliche Angaben über die Entwicklung des Wojewodschaftslandtages von 1922 bis 1928. Der Verfasser gibt, frei von Politik, hierfür an: Die Wojewodschaft war 1922 in drei Wahlkreise eingeteilt: I. Teschen (Kreis Teschen, Bielski, Pleß, Rybnik), II. Kattowitz (Stadt- und Landkreis Kattowitz, Kr. Ruda), III. Königshütte (Königshütte, Lublinitz, Schwentochlowitz, Tarnowitz). Die Wahlergebnisse waren folgende:

Wahlkreis	Nationaler Block	Deutsche	Deutsche Sozialisten	Polnische Sozialisten	Nationale Arbeiterpartei
I.	7	3	1	3	4
II.	6	4	1	3	1
III.	5	5	—	2	2
	18	12	2	8	7

Hinzu kam ein Abgeordneter der Piast-Partei aus dem Teschener Teil. Die Parteien zeigten nach verschiedenen Wandlungen bei Auflösung des Landtages folgenden Stand der Mandate:

Christlich-Demokratische Partei 7, Korfanty-Gruppe 10, Deutsche 12, Nationale Arbeiterpartei 5, Schlesiische Sozialisten 5, Polnische Sozialisten (P.P.S.) 6, — davon zwei Deutsche Sozialisten (vorher mit den übrigen deutschen Abgeordneten vereinigt) — und schließlich zwei Parteiloze.

Nach dieser Übersicht der Parteiverhältnisse (S. 38—41) wird die gesetzgeberische Tätigkeit des Landtages kurz registriert unter Angabe der einzelnen Gesetze mit sehr knapper Inhaltsbezeichnung. Nur wenige sind ausführlicher behandelt, u. a. das Gesetz über die Amtssprache (16. I. 1923) mit wörtlicher Wiedergabe der wichtigsten Bestimmungen (S. 42/43).

Aus den Finanzgesetzen stellt der Verfasser die wichtigsten Posten (ohne Verwaltungsausgaben im eigentlichen Sinne) zusammen (S. 51—57) und gelangt zu dem Ergebnis, daß in den Jahren 1922—1928 die Wojewodschaft Schlesien für verschiedene Investitionen „allein dank der Autonomie“ rund 128 Millionen Zloty erlangt habe. Um die Bedeutung der Finanz-Autonomie besonders hervorzuheben, fügt er hinzu: „Diesen Betrag hätte die Wojewodschaft ohne Autonomie höchstwahrscheinlich nicht erhalten. Hätte statt der schlesischen die polnische Finanzverwaltung auf Grund eines Beschlusses des polnischen Sejms oder Ministerrates Schlesien eine Dotation gewährt, so würde Schlesien sicherlich — nimmt man als Maß die Beträge, welche die Staatsverwaltung in diesen Jahren anderen Wojewodschaften zahlte, gar nicht zu reden von den Krediten der Staatswirtschaftsbank —, allerhöchstens ein Fünftel der Bewilligungen des autonomen Schlesiischen Landtages erhalten haben¹⁰⁾“ (S. 57/58).

Zu dieser Übersicht der gesetzgeberischen Leistungen des Landtages bemerkt der Verfasser: „Nur eine Pflicht hat der Schlesiische Landtag nicht erfüllt — er hat das Gesetz über die innere Organisation der Wojewodschaftsbehörden nicht beschlossen“. Wenn auch ein Teil der Schuld daran, daß bis heute das Rahmengesetz von 1920 durch genaue Trennung der Staats- und Wojewodschaftskompetenzen, vor allem auch der beiden Finanzverwaltungen noch immer nicht vervollständigt sei, dem Wojewodschaftsrat bzw. der Warschauer Zentralregierung zufalle, so „trägt die Hauptschuld der schlesiische Landtag selbst“ (S. 58).

¹⁰⁾ Was für Schlesien betont wird, dürfte — allerdings gerade im Gegenteil — für die übrigen Abtretungsgebiete, die in jeder Hinsicht „überschußgebiete“ sind, zutreffen.

Schuld daran sei die Zusammensetzung des Landtages; zum Beweise dessen wird seine Arbeitsleistung einer genauen Untersuchung, die an Umfang der Referate und Länge der gehaltenen Reden die Produktivität der Parteien ermessen will, unterzogen. Auf den folgenden Seiten (S. 59—69) finden wir eine minutiöse Nachweisung über: Zahl der Plenar- und Kommissionssitzungen, Anteilnahme der Abgeordneten, ihrer Reden und Anträge u. a. m.

Das Ergebnis dieser quantitativen Statistik ist in zwei Tabellen niedergelegt: 1. Der Anteil der Abgeordneten an den Sitzungen und ihre Reden, 2. Die schriftlichen Gesetzesarbeiten der Abgeordneten (S. 62—67). Verfasser bemerkt hierzu: „Den größten Anteil an der Gesetzgebung im Schlesischen Landtag, offensichtlich auch den größten Einfluß darauf, zeigten die Abgeordneten der Polnischen Christlich-Demokratischen Partei“. Es ist dies die Partei, welcher der Verfasser als Haushaltsreferent angehört hat. Dann folgen zwei Wilde, die Korfanty-Gruppe, die Nationale Arbeiterpartei, die Polnischen Sozialisten und ganz zum Schluß erst die deutsche Fraktion. Sie sei „am wenigsten produktiv gewesen. Die übliche Meinung, die Deutschen seien das intellektuell am stärksten ausgebildete Element im Schlesischen Landtag ist also vollkommen irrig¹¹⁾“ (S. 68).

Die Tätigkeit des ausführenden Organs der Wojewodschaft, des Wojewodschaftsrates¹²⁾, sei entscheidend durch den Wojewoden Gegenstand der folgenden Darlegungen. Seit 1922 hat Schlesien fünf Wojewoden gehabt: J. R y m e r (22. Juni — 15. Dezember 1922, starb im Amt), S c h u l t z (15. Dezember 1922 — Oktober 1923, wegen des damaligen Streiks entlassen), K o n c k i (Oktober 1923 — 2. Mai 1924, starb im Amt), W i l s k i (2. Mai 1924 — 3. September 1926, nach dem Mai-Umsturz abberufen) seither Dr. Michał G r a z y ŋ s k i. Dieser fand nach der Behauptung des Verfassers „die Wojewodschaft Schlesien schon bedeutend geordnet vor¹³⁾, und die Vorbereitungstätigkeit seiner Vorgänger und des Schlesischen Landtages erleichterten ihm die weitere Tätigkeit sehr. Vor allem aber sicherte ihm die Beständigkeit der Regierung, bei der er sich eines nicht geringen Vertrauens erfreute, schnelle Verwirklichung seiner Initiative“ (S. 70). Es sei „ein unermeßliches Verdienst des heutigen Wojewoden, daß unter seiner Amtstätigkeit das polnische Schulwesen bei gleichzeitiger Verminderung der Kinder in den deutschen Schulen sich bedeutend entwickelt hat¹⁴⁾“. Weitere Verdienste werden ihm betreffs der Belegung der Bauämter und der Erlangung der Amerika-Anleihe zugesprochen.

Abschließend fordert der Verfasser Ausnutzung der großen sozialen und wirtschaftlichen Möglichkeiten durch „eine geschlossene polnische Mehrheit im Schlesischen Landtage“. Erst dann würde die polnische Verwaltung wirkliche Früchte bringen, und „das mit der polnischen Wirtschaft und Regierung zufriedene schlesische Volk wird die beste Grenze im Südwesten Polens sein“ (S. 71).

Teil b) über die Finanzen Ost-Oberschlesiens stellt nach einer Skizze der Finanzbehörden die Finanzregelung gemäß Artikel 5 des Autonomie-Gesetzes dar. Danach fließen die Erträge der nach den allgemeinen Staatsgesetzen erhobenen Steuern und Abgaben der Wojewodschaft, die Erträge aus Zöllen und Monopolen, sowie die Einnahmen nicht autonomer Verwaltungszweige (Eisen-

¹¹⁾ Dagegen brauchte man z. B. nur auf ihre Tätigkeit in den Kommissionen zu verweisen, die mit diesen Methoden allerdings nicht erfaßt werden kann. Mit der von dem Verfasser geübten Methode wird höchstens erwiesen, daß von der gesamten Schreibarbeit der Abgeordneten 50,5 % auf einen einzigen — auf den Verfasser selbst! — entfallen, was ein Werturteil jedoch noch nicht einschließen dürfte.

¹²⁾ Dessen Tätigkeit wird überhaupt nicht erwähnt — um so eigenümlicher, als der Verfasser selbst eines seiner Mitglieder ist.

¹³⁾ Sonst pflegen gerade die Anhänger des Wojewoden, z. B. die „Polska Zachodnia“ (Kattowitz), die Leistungen seiner Vorgänger zu ignorieren und jeden Fortschritt in Schlesien von seinem Amtsantritt zu datieren.

¹⁴⁾ Von uns gesperrt. — Die Red.

bahn, Post, Gerichts- und Militärwesen) dem Staate direkt zu. Von den Steuererträgen soll die Wojewodschaft die sog. „Tangente“, d. h. eine Quote von gegenwärtig 40 % der schlesischen Gesamteinkünfte, an den Staat abführen. Da jedoch der Wojewodschaft inzwischen drei Steuerquellen mit 60 Millionen Zloty Ertrag (Kohlensteuer 30 Millionen — durch Wegfall; Sprit- und Tabaksteuer — je 15 Millionen durch die neueingeführten Monopole beseitigt) entzogen worden sind, herrsche über die Höhe der Zahlungen an den polnischen Staat ein bis heute ungeklärter Streit, demzufolge die „Tangente“ nur teilweise entrichtet worden sei.

Der Schlesiische Landtag besitzt kein eigenes Steuerbewilligungsrecht, kann aber Zuschläge zu den Staatssteuern bis zu 100 % beschließen, wovon für die Wojewodschaftsfinanzen bisher noch kein Gebrauch gemacht worden ist. Gemeindezuschläge zu den Staatssteuern sind in dem Gesetz über die Kommunalfinanzen festgelegt worden.

Das künftige Steuergesetz soll nach Angabe des Verfassers regeln: Trennung der Finanzverwaltung von Staat und Wojewodschaft, reinliche Scheidung von Staats- und Wojewodschaftseinkünften. Wahrscheinlich werde der Wojewodschaft ein bestimmter Anteil an den Staatssteuern (z. B. 75 % der Gewerbesteuer) bzw. einzelne Steuern ganz (z. B. die Grundsteuer) zugesprochen werden.

Den rechtlichen Erörterungen folgen dann eine ganze Reihe von Statistiken über die Gestaltung der schlesischen Finanzen, woraus nur die wichtigsten Zahlen wiedergegeben seien. Zunächst die Ausgaben in den Jahren 1922—1928 (S. 75):

	1924:	1925:	1926/27:	1927/28:
			(1.1.1926—31.3.27)	(1.4.1927—31.3.28)
für Schlesien	61 560 625	61 546 781	77 560 641	77 716 759
„Tangente“	34 000 000	—	1 500 000	17 350 000
	95 560 625	61 546 781	79 060 641	95 066 759

Dagegen betragen die Einnahmen (S. 76):

	1924	1925	1926/27	1927/28	1928/29
Steuern	84 008 147	55 847 236	89 146 838	101 110 282	128 500 000
Gebühren	1 697 335	2 769 725	2 996 489	2 510 000	2 000 000
	85 705 482	58 616 961	92 143 327	103 620 282	130 500 000

Davon:

Einf.-Steuer	7 677 556	11 591 540	30 244 521	37 230 150	53 000 000
Gew.-Steuer	22 586 923	24 830 993	32 308 822	36 522 875	45 500 000

Als Vergleichsgrundlage für 1924 soll ein Steuerertrag mit 46 757 096 (nach Abzug: Kohlensteuer 29 365 936, Spritsteuer 9 582 450) Zloty angesehen werden.

Die wichtigsten Posten im Voranschlag für 1928/29 sind (S. 77/78):

Einnahmen:	111 732 000	Ausgaben:	111 315 000 Zl.
davon Steuern:	105 317 000	davon:	
		Polizei	13 030 000 „
		Öffentl. Arbeiten	16 590 000 „
		Fürsorge	11 528 000 „
		Schulwesen	40 949 000 „
		Schuldendienst	5 133 000 „

Sehr aufschlußreich sind die Vergleiche der Finanzen Ost-Oberschlesiens mit den polnischen Staatsfinanzen. Eine Gegenüberstellung der Einnahmen in „Soll“- und „Ist“-Aufkommen für Gesamtpolen und die Wojewodschaft Schlesien 1927/28 (S. 79) ergibt nach den Worten des Verfassers, daß „während die Gesamteinkünfte des Staates gegenüber dem Voranschlag um 38,9 % höher waren, die Einnahmen Schlesiens den Voranschlag . . . um 51,7 % überschritten“ (S. 79). Das gleiche Bild zeige sich noch deutlicher bei einem Vergleich der Gesamteinkünfte Polens und der Wojewodschaft von 1924 bis 1927/28 (S. 80). Dieser ergebe, daß wenn die Staatseinnahmen in den Jahren 1927/1928 schon 190,18 % der Einnahme von 1924 betragen hätten, die Einnahmen Schlesiens sich sogar auf 278,6 % der Einnahmen von 1924 (nach Abzug der inzwischen entzogenen Steuerquellen) belaufen hätten. Hinzugefügt wird: „Wenn die Entwicklung der Finanzeinkünfte Schlesiens in schnellerem

Tempo als im übrigen Polen erfolgte, muß auch eine schnellere Entwicklung des Wirtschaftslebens vorausgegangen sein“.

Es folgen dann Mitteilungen über die Steuerpflichtigen: 1926 waren aus fundiertem Einkommen steuerpflichtig 15 640 Personen (1923: 25 817 und 1927/28: 20 846 Personen), ihre Steuerleistung betrug rund 16 Millionen Zloty = 14 % des polnischen Gesamtaufkommens. Aus Arbeitseinkommen waren 1926 steuerpflichtig 72 646 Personen (= 29,5 % der Gesamtzahl) mit einer Steuerleistung von 27 % des Gesamtaufkommens. Die Stellung Schlesiens in der Steuerwirtschaft Polens zeigt eine Tabelle über die Steuerlast auf fundiertes Einkommen 1925 (S. 82). Deren wichtigste Zahlen sind:

	Durchschnitt für den Steuerpflichtigen:	Steuerlast pro Kopf der Bevölkerung: (in Zloty)
Lódz	285	5,3
Warschau	376,4	7,1
Poleſie	155,3	0,8
Lemberg	187,1	1,9
Pommerellen	201	3,2
Posen	327,1	7,8
Schlesien	577,7	7,8

Die folgenden Tabellen (S. 82/83) zeigen, daß die Erträge der Gewerbesteuer in Ost-Oberschlesien von 1924 bis 1928/29 auf 202 %, die der Grundsteuer auf 122 % des Aufkommens von 1924 gestiegen sind.

Weitere Untersuchungen (S. 82—85) betreffen die Stellung Schlesiens in der Finanzwirtschaft Polens. Ein Vergleich des Aufkommens an direkten, indirekten Steuern und Stempelabgaben zeigt nach Meinung des Verfassers, daß die Belastung pro Kopf der Bevölkerung von 1924 bis 1927/28 in Polen von 17,40 auf 36 Zloty, in Schlesien dagegen von 38,90 auf 87,70 Zloty (1928/29 bereits 107 Zloty) gestiegen sei. Der Anteil Ost-Oberschlesiens am Gesamtaufkommen habe 1926 betragen: für die Grundsteuer 1,9 %, Gewerbesteuer 11,5 %, Einkommensteuer 19,8 %, Kapital- und Rentensteuer 11,3 %, Besitzsteuer 32,7 %. Von den Gesamteinnahmen Polens an Steuern, Zöllen und Monopolabgaben 1927/28 (= 2 292 Millionen Zloty) habe der Anteil Ost-Oberschlesiens rund 190 Millionen = 8 % (bei nur 1 % Gebiets- und 4 % Bevölkerungsanteil!).

Das Eigenvermögen der Wojewodschaft wird für Ende 1927 mit 64 Millionen Zloty, nach Einrechnung der Neuanlagen 1928 mit 87 Millionen Zloty angegeben (ohne etwaige Vermehrung durch Verwendung der Amerika-Anleihe). Es verteilte sich nach den Angaben Janickis wie folgt (S. 86/87):

Wohnhäuser	2 706 000	Zloty
Öffentliche Gebäude ohne Schulen	18 550 000	„
Anstalten	9 800 000	„
Beteiligungen:		
Siedlungsgesellschaft „Słazak“	2 000 000	
Zegluga Polska	650 000	
Flugplatz Kattowiz	400 000	
Rundfunk Kattowiz	400 000	3 450 000 „
Wojewodschaftsbahnen		8 500 000 „
Wegebauten und Flußregulierungen		12 400 000 „
Rückzahlbare Bauzuschüsse bis Ende 1928		30 000 000 „
Bewegliches Eigentum		2 000 000 „

Dabei soll das von der Wojewodschaft aus deutschen Händen übernommene Eigentum nur mit 12 Millionen Zloty zu bewerten, das Eigentum der Wojewodschaft also durch die polnische Verwaltung um 75 Millionen Zloty vermehrt worden sein. Der auffällig niedrige Wert erklärt sich teilweise durch die Bemerkung des Verfassers, daß man die Vorkriegsgebäude mit einem Schätzungswert, der weit unter den Baukosten liege¹⁵⁾, die neu errichteten Gebäude mit den tatsächlich entstandenen Kosten eingeseht habe (z. B. das Wojewodschaftsgebäude in Kattowiz mit 13 500 000 Zloty).

¹⁵⁾ Die berechtigten Zweifel an dem niedrigen Wert des übernommenen Gutes werden bestätigt durch die amtliche Schrift „Województwo Śląskie“ (1929) S. 236, in welcher der Wert der übernommenen Güter mit 45 000 000 Zloty angegeben wird.

Die Mitteilungen Janickis über die amerikanische Anleihe sind nahezu inhaltslos, was umso merkwürdiger ist, als der Verfasser an ihrem Abschluß großen Anteil hatte. Er beschränkt sich auf allgemeinste Bemerkungen, und gerade die wichtigsten Punkte, wie Auszahlungskurs, Reinertrag u. a. werden gar nicht berührt. Man erfährt nur, daß der Ertrag der Anleihe zu 50 % für die Wojewodschaft, zu 40 % für die Kommunalwirtschaft verwandt werden soll.

IV. „Die Kommunalwirtschaft in Ost-Oberschlesien.“ (S. 90—107.)

Schon die Einleitung in diesem Abschnitt ist bezeichnend für den Verfasser. Er betont die Bedeutung der Selbstverwaltung für Polen — zumal nach den frühen Erfahrungen der Vergangenheit — spricht von „Magdeburger Recht“ und „Schulzen“, ohne auch nur mit einem Wort zu erwähnen, daß es sich um Auswirkungen des deutschen Kultureinflusses handelt.

Nach Darstellung der kommunalen Rechtslage, vornehmlich ihrer Neuregelung seit 1922, werden die steuerrechtlichen Befugnisse der Kommunen erörtert (S. 95—98). Nach dem Gesetz über die Kommunal финанzen (1924) erheben die Gemeinden Zuschläge zur Einkommen-, Grund-, Gewerbe- und gewissen Verbrauchssteuern (mit Sätzen verschiedener Höhe), dazu selbständig bestimmte Steuern (Gebäude-, Gruben-, Lokal- und verschiedene Aufwandssteuern). Die Novelle von 1926 habe bei dem gegenseitigen Finanzausgleich der Kommunen die Landgemeinden besser gestellt, dafür aber die Verbände höherer Ordnung (kreisfreie Städte und Kreisaußschüsse) benachteiligt. Eine endgültige Lösung der finanziellen Fragen ist nach dem Verfasser „nur möglich im Zusammenhang mit der Sanierung der Wirtschaft und vor allem der Anwendung der staatlichen Steuergesetzgebung“ (S. 98).

Die folgenden spezifizierten Mitteilungen über die Finanzgestaltung der Kommunen (S. 98—101) können, wie folgt, zusammengefaßt werden:

	Einnahmen in Zloty	Einnahmen in % aus Steuern aus Vermögen und Betrieben	
Kreisaußschüsse	5 405 625	52	48
Stadtgemeinden ¹⁶⁾	27 119 000	47	53
Landgemeinden mit städt. Charakter	9 941 000	80	20
Übrige Landgemeinden	8 000 000	90	10

Die Verteilung der Ausgaben ist auffallend kurz dargestellt (S. 101); es werden nur die wichtigsten Ausgaben in Gesamtsummen für die wichtigsten Gruppen: Kreisaußschüsse, Stadtgemeinden und Landgemeinden mit städtischem Charakter angegeben:

Verwaltungskosten	9 764 000 Zloty
Straßenunterhaltung	6 603 000 „
Ausgaben für die öffentliche Sicherheit	2 609 000 „
Gesundheitsverwaltung	3 868 000 „
Bildungsausgaben	5 826 000 „
Schuldendienst	1 394 000 „

Genauere Angaben werden dagegen über Vermögen und Verschuldung der einzelnen Kommunen gemacht (S. 102—104), die folgende Gesamtergebnisse haben:

	Vermögen	Schulden
Kreisaußschüsse	30 650 000	8 861 000 Zloty
Stadtgemeinden	182 969 730	9 578 710 „
Landgemeinden mit städt. Charakter	28 376 563	362 000 „
	<u>241 996 293</u>	<u>18 801 710 Zloty</u>

Rechnet man ca. 3 000 000 Zloty Vermögen der übrigen Landgemeinden hinzu, so beträgt das Reinvermögen der ost-oberschlesischen Kommunen rund 226 Millionen Zloty¹⁷⁾.

¹⁶⁾ Davon entfallen auf die beiden Städte: Kattowitz und Königshütte allein 19 328 000 Zloty.

¹⁷⁾ Davon entfallen auf die ost-oberschlesischen Städte: Kattowitz, Königshütte, Lublinitz, Myslowitz und Tarnowitz allein 151 Millionen = %.

Beachtlich sind auch die beiden letzten Tabellen (S. 105/106) mit genauen Angaben über die wichtigsten Aufgaben der Stadtgemeinden und Landgemeinden städtischen Charakters (Straßenbau, Kanalisation und Wohnungsbau). Danach beträgt der Kapitalbedarf dieser Kommunen:

Für Bau und Verbesserung der Straßen	22 837 000	Żloty
„ Kanalisation und Beleuchtung	23 705 000	„
„ Bau von 22 141 fehlenden Wohnungen ¹⁸⁾	213 387 000	„
Insgesamt:	259 929 000	Żloty

Zum Schluß wird die Vermutung ausgesprochen, daß die Steuereinnahmen der drei wichtigsten Gruppen von 1926 (23,6 Millionen Żloty) bis 1928/29 entsprechend dem Wachstum der Steuereinnahmen der Wojewodschaft auf rund 40 Millionen Żloty, also um 80 % gegenüber der deutschen Zeit (nach Angaben des Verfassers sollen damals die Steuereingänge umgerechnet 22,3 Millionen Żloty betragen haben) gestiegen seien. Zu dieser recht unwahrscheinlichen Behauptung*) bemerkt der Verfasser: „Dieses Resultat positiver polnischer Kommunalverwaltung spricht für sich selbst“ (S. 107).

V. „Die Eisenbahnen Ost-Oberschlesiens.“ (S. 108—123.)

Behandelt werden nur die Bahnen im ost-oberschlesischen Abstimmungsgebiet, da die Bahnen im Teschener Schlesien bis heute der Direktion Krakau unterstellt sind (der Verfasser wiederholt die schon oft, auch aus nationalpolitischen Gründen gestellte Forderung, sie in die Direktion Kattowitz einzubeziehen).

Die stark entstellte Schilderung der Zustände nach Übernahme der Bahnen verfolgt wohl den Zweck, die Leistungen der polnischen Verwaltung ins rechte Licht zu setzen. Da die Behauptungen über den schlechten Zustand von Strecke und rollendem Material usw. bereits früher erörtert und richtig gestellt worden sind, seien diese Ausführungen hier übergangen. Erwähnt sei nur daraus, daß infolge der Überanstrengung des Materials, teilweise auch der Unkenntnis der polnischen Eisenbahner, in kurzer Zeit der Anteil reparaturbedürftiger Lokomotiven 40 %, der der Waggonen 17 % erreichte (gegenüber Friedenszahlen von 21 bzw. 8 %).

Jedenfalls seien die deutschen Hoffnungen auf einen Zusammenbruch des Eisenbahnbetriebes, der vor allem England von Polens Unfähigkeit, Oberschlesien zu bewirtschaften, überzeugen sollte, schnell fehlgeschlagen; die polnische Eisenbahnverwaltung habe den Verkehr nicht nur aufrecht erhalten, sondern ihn sogar vervollkommen können. Diese „Vervollkommnung“ wird durch eine eigenartige Rechnung auch zahlenmäßig nachgewiesen. Polen habe zu den übernommenen 625,3 km Strecke (einschließlich staatlicher Kleinbahnen) bis Ende 1927 rund 197 km Neustrecke, „also 32 % der vom Deutschen Reich übernommenen Bahnen“ (S. 112) hinzugefügt. Prüft man die gebotene Aufstellung der Einzelsrecken (übrigens sämtlich kleinere Verbindungsstrecken bis zu 15 km Länge) nach, so zeigt sich, daß der Verfasser von der Bahnlinie, die den „Kreuzburger Korridor“ umgeht, (Kalety—Podzamcze) nicht nur den obererschlesischen Teil mit 24 km, sondern die gesamte Strecke (91 km weitere Strecke!) eingerechnet hat, da diese Bahn im Interesse des obererschlesischen Kohlenabsatzes gebaut worden sei. Undernfalls beträgt der Prozentsatz Neustrecke nur 17 %.

Nach Vergleich über die Bahnausstattung Ost-Oberschlesiens gegenüber Gesamtpolen (3,8 % des Netzes bei nur 0,85 % Fläche) zeigt der Verfasser den Zuwachs der Stationsgleise (gegenüber 544 km 1922 Zuwachs 115 km = 21 %) und der Gleisanschlüsse

¹⁸⁾ Dabei beträgt der Bedarf für den Wohnungsbau in Kattowitz, Königshütte, Myslowitz, Rybnik und Tarnowitz 130 Millionen Żloty = die Hälfte.

*) Da die dürftigen Zahlen eine Nachprüfung nicht gestatten, sei wenigstens auf einen verdächtigen Umstand hingewiesen: Der Verfasser stellt z. B. gegenüber Kattowitz 1913: 2 082 000 Mark und 1926: 9 548 760 Żloty. Es bleibt zu fragen: Handelt es sich in beiden Fällen um Kattowitz vor oder nach der Eingemeindung 1924 (40 000, danach 118 000 Einwohner)? Eine ungerechtfertigte Erhöhung der zweiten Vergleichssumme erscheint nicht ausgeschlossen.

(gegenüber 577 km 1922 Zuwachs 77,9 km = 13,5 %) ausschließlich der privaten Anschlüsse, deren „Ausbau gleichbedeutend mit dem Aufschwung der Industrie“ sei.

Die Vergleiche der Betriebsziffern der ostoberschlesischen Bahnen mit denen Gesamtpolens (S. 115/116), die der Verfasser anstellt, zeigen zwar die überragende Bedeutung der ostoberschlesischen Bahnen, die 1927 mit 34,7 Millionen to 43,7 % des gesamten polnischen Güterverkehrs bewältigten, besagen jedoch nichts über die wirkliche Betriebsgestaltung; es fehlen z. B. Angaben über die Wagengestellung, die nämlich den chronischen Wagenmangel zeigen müßten. Auch über die Eisenbahnertragswirtschaft wird hier nichts mitgeteilt¹⁹⁾.

Dafür wendet der Verfasser sich den Tarifen zu, beschränkt sich dabei aber auf Abwehr der Behauptung, daß die polnischen Tarife gegenüber der Vorkriegszeit erhöht seien. Aus einer Gegenüberstellung (S. 117) erscheinen folgende Sätze (für 100 kg in ganzen Waggons) am bedeutsamsten:

	1923	1926
	in Mark = Zloty	in Zloty
Kohle Kattowitz—Posen	0,80	1,68
Kohle Kattowitz—Danzig	0,88	1,86
Kohle Kattowitz—Danzig Export	0,83	1,74
		0,82

Besonders eingehend schildert der Verfasser die Lage der polnischen Eisenbahnen in Ost-Oberschlesien, deren Zahl sich gegenüber 1913 infolge der Einführung des Achtstundentages auf 15 633 (gegenüber 12 224 bei gleichzeitigem Sinken des etatsmäßigen Personalz²⁰⁾ von 36 auf 31 %) erhöht habe. Mit Familienangehörigen bildeten sie 4,3 % der Gesamtbevölkerung und stellten bei rund 57 Millionen Zloty Jahreseinkommen (1927, davon zwei Millionen Ruhegehälter) einen wichtigen Wirtschaftsfaktor dar. Noch bedeutamer erscheint dem Verfasser ihre nationalpolitische Bedeutung für Ost-Oberschlesien, daher stellt er nach kurzen Mitteilungen über die Versorgungsverhältnisse und das Krankenkassenwesen ihre „Kultur- und Bildungsarbeit“ umso ausführlicher dar.

Diese „Kultur- und Bildungsarbeit“, d. h. die „voller Bewußtsein von der Bedeutung des Grenzpostens“ erfolgte Gründung einer Reihe von „Instituten und Verbänden, in denen sich nationales Leben entfaltet und die geistige Vereinigung Schlesiens mit den übrigen polnischen Teilgebieten beschleunigt“ (S. 120) habe ihre Seele in dem Präsidenten der Eisenbahndirektion Kattowitz, W. Dobrzycki, gehabt²¹⁾, auf den auch die Gründung der Eisenbahnbibliotheken (davon eine fahrbar), sowie die „Schlesische Fliegerschule“ in Kattowitz zurückgeführt werden. Besonders deutlich wird die nationalpolitische Bedeutung der Eisenbahner bei einem der aufgezählten Verbände, dem „Wojewodschafts-Eisenbahn-Komitee der Luftverteidigungsliga“ (L. O. P. P.), das im August 1927 mit 15 075 zahlenden Mitgliedern nahezu sämtliche obererschlesischen Eisenbahner umfaßte und von Anfang 1924 bis Ende Juni 1927 an Beiträgen 305 000 Zloty aufbrachte.

VI. Soziale Gliederung Ost-Oberschlesiens. (S. 124—135.)

Nach Angabe der Bevölkerungsgliederung Gesamtpolens mit einem schätzungsweise Anteil der Landwirtschaft von mindestens 64 % für 1928 wird diesem Ergebnis die Bevölkerungsgliederung Schlesiens gegenübergestellt (für Teschen: Volkszählung 1921 mit Fortschreibungen; für Oberschlesien: Berechnung nach Angaben der Sozialversicherung, Finanzbehörden und Wirtschaftskammern sowie der Statistischen Zentralverwaltung).

¹⁹⁾ Unter den Mitteilungen über die Eisenbahner findet sich die Bemerkung: „Die schlesischen Bahnen bringen relativ die höchsten Überschüsse unter sämtlichen polnischen Eisenbahndirektionen. Diese Überschüsse erreichten $\frac{1}{4}$ der Jahresüberschüsse des polnischen Eisenbahnministeriums“ (S. 122).

²⁰⁾ Diese offensichtliche Verschlechterung der Stellung der Eisenbahner wird jedoch nicht weiter berührt.

²¹⁾ Herr Dobrzycki ist seit dem 1. Oktober 1929 Direktor der Eisenbahndirektion in Danzig.

Berufsgliederung (S. 126):

	Berufstätige	%	Berufstätige m. Angehörigen	%
1. Landwirte über 1 ha	43 711	8,8	165 000	14,1
2. Landwirte unter 1 ha, teilweise Landarbeiter	22 000	4,4	100 000	8,5
3. Landarbeiter	25 000	5	85 000	7,2
4. Industrie, Handwerk, Handel, Verkehr	25 100	5	70 000	6,6
5. Privatangestellte	25 000	5	51 000	4,4
6. Industriearbeiter (mit Arbeits- losen)	310 000	62,8	618 000	52,4
7. Öffentliche Dienste	32 664	6,7	65 000	5,6
8. Freie Berufe	2 000	0,2	4 000	0,3
9. Unbekannt	10 500	2,1	17 000	1,5
	495 975		1 175 000	

Nach kurzen Erläuterungen werden daraus neue Gruppen zusammengestellt:

1. Besitzende
(Nr. 1 und 4) 235 000 = 20,1 % der Gesamtbevölkerung
2. Besitzlose
(Nr. 2, 3, 6) 803 000 = 68,1 % " "
3. Übrige (Nr. 5, 7, 8) 120 000 = 10,3 % " "

Die einzelnen Bevölkerungsschichten werden den entsprechenden Zahlen für Gesamtpolen gegenübergestellt (Tabelle S. 129); aus dieser Statistik erwähnt der Verfasser als wichtigste Abweichung: 35 % Arbeiter und Häusler in Schlesien gegenüber 12,7 % für ganz Polen.

Nach genauen Angaben über die Beamten in der Wojewodschaft (Ergebnisse: Wojewodschaft 8776, Staat 20 388, Kommunen 3500, zusammen rund 32 660) folgen Zahlen über die Rentenbezieher (S. 131—134) mit folgenden Schlussergebnissen:

Ruhegehaltsempfänger	2 300
Kriegs- und Aufstandsrentner	33 996
Unfallrentner	24 761
Invalideitäts-Altersrentner	41 877
Angestelltenrentner	1 264
Gemeindearme	9 000 = 113 198
Arbeitslose im Herbst 1927	46 000
	159 198
	= 13,5 % der Bevölkerung.

Dazu heißt es: „Wollten wir zu den Rentenbeziehern noch ihre Familien und sämtliche Waisen hinzurechnen, so würde die Zahl — einschließlich der Arbeitslosen mit Familien — sich auf 256 000 = 23,5 % der Bevölkerung vermehren“ (S. 134).

Danach behauptet der Verfasser: „Und trotzdem, oder gerade wegen des weiteren Ausbaus der Sozialgesetzgebung durch den Wojewodschaftslandtag ist die schlesische Bevölkerung gemäßig und zeigt keine besondere Neigung zu sozialem Radikalismus.“ Als Beweis für diese Behauptung sollen die Wahlergebnisse dienen:

Wahlen zum polnischen Sejm	Sozialisten	Kommunisten	Gesamtz.	i. % d. Stimmen
Sejm 1922	57 029	5 541	62 570	18
Oberschlesische Kommunalwahlen 1924	31 135	8 960	40 095	10
Wahlen zum polnischen Sejm März 1928	76 052	20 632	96 684	17,4 ²²⁾

VII. „Das Wirtschaftsleben in Ost-Oberschlesien.“ (S. 136—178.)

Der Abschnitt zerfällt in zwei Teile: a) Industrie und Handel (S. 136—163) und b) die Landwirtschaft (S. 163—178.)

²²⁾ Der Anteil der Linksparteien ist also, trotz der „Sanierung“, trotz der steigenden Konjunktur bei den Wahlen im März 1928 unverändert geblieben. Darüber hinaus hat trotz angeblich geringer Neigung zum Radikalismus die Stimmenzahl der Kommunisten seit 1922 relativ eine Steigerung auf das Doppelte erfahren. Und schließlich betrug im Schlesienschen Landtag bei Auflösung (im Februar 1929) der Anteil der sozialistischen Gruppen 23 % (11 von 48 Mandaten).

In der Einleitung, die voller Unwahrheiten und Entstellungen ist, heißt es: Als die Polen den diplomatischen Kampf um Oberschlesien führten, habe es sich für sie nicht um die Reichtümer dieses Landes gehandelt, sondern: „... die schlesische Bevölkerung wollte unbedingt und um jeden Preis²³⁾ in den Schoß des Mutterlandes zurückkehren... Die Bemühungen der Vertreter des... polnischen Staates... hatten hauptsächlich das Ziel, für Polen die zwei (!) Millionen polnische Seelen und das von polnischer Arbeit und polnischem Geist befruchtete schlesische Land zu erlangen. Von polnischer Seite ging es, obwohl man die materiellen Güter nicht vergaß²⁴⁾, hauptsächlich um absolut geistige Werte. Deutschland dagegen kämpfte nur mit wirtschaftlichen, rein materiellen Argumenten... Polen forderte vor allem geistige Güter, die Freiheit des polnischen Volkes. Die Deutschen argumentierten allein mit materiellen Werten, boten einen Teil davon den Großmächten an²⁵⁾“. Aber wie Maria und nicht Martha Gnade erfahren habe, so „siegte auch nach zwei Jahrtausenden... der gleiche Grundsatz in hohem Maße!... Polen erhielt eine Million seines Volkes zurück, die materiellen Güter wurden uns zuerteilt“ (S. 137).

Ferner behauptet der Verfasser, damals habe weder Polen noch die schlesische Bevölkerung geahnt, welche großen materiellen Schätze Polen zufielen, und auch heute sei das der Allgemeinheit nicht genügend bewußt. „Das wissen nur diejenigen, welche... die Ziffern der produzierten materiellen Güter, der aus Schlesien dem Staate zuströmenden Steuern, der... ausgeführten Güter untersuchen und vergleichen.“ Und dabei „erfährt jeder... voller Verwunderung, daß Schlesien der Grundstein der wirtschaftlichen und politischen Macht Polens²⁶⁾ ist. Ohne Schlesien würde Polen einem sehr anämischen Menschen ähneln, der trotz größten Willensanstrengungen seine Kraft und Energie nicht entfalten kann und dem schweren Kampf um das tägliche Brot nur mit großer Mühe gewachsen ist“ (S. 138).

„Nur Krakau, Polens geistige Hauptstadt, an der Peripherie des Kohlenreviers gelegen, empfand intuitiv, wozu es sich entfalten könnte, wenn es auch Verwaltungssitz der großen schlesischen Industrieunternehmungen würde. Und Krakau begann... von seiner Macht zu träumen, — leider kam dieser Wunsch nur in einigen, Zeitungsartikeln zum Ausdruck. Der Wille, der Taten schafft, fehlte dieser Stadt; so wurde der Sitz aller materiellen Güter Schlesiens Kattowitz, das von Jahr zu Jahr seine geistigen Ausstrahlungen auf Schlesiens Bevölkerung steigert“ (S. 138).

Nach dieser Einleitung wird „der wirtschaftliche Wert“ Schlesiens durch folgende Vergleiche erläutert: Bei der Abschätzung des Vermögens in Polen 1925 seien von 11 995 Millionen Złoty 1518 Millionen auf Schlesien entfallen: 12,5 % (Industrie- und Handelsunternehmen davon 1449 Millionen); von der veranlagten Vermögenssteuersumme von rund 509 Millionen Złoty auf Schlesien 183,5 Millionen = 36,5 %. Ein weiteres Zeugnis für die Intensität der schlesischen Wirtschaft sei der Verbrauch elektrischer Energie: 1925 1050 Million KW bei insgesamt 1708 Millionen KW in Polen (= 60 %). Ähnlich stehe es beim Eisenverbrauch: 1927 habe der Verbrauch Schlesiens 63,48 kg pro Kopf gegenüber 19,69 kg für ganz Polen betragen. Auch die Kapitalbildung zeige schnellere Fortschritte; der Einlagenbestand sei in Gesamtpolen

²³⁾ Wie „unbedingt“ die schlesische Bevölkerung zu Polen wollte, geht am besten aus dem Abstimmungsergebnis hervor, das der Verfasser selbst angibt.

²⁴⁾ Ein Blick in die vom Verfasser am Schluß der Arbeit angeführte Literatur zeigt, daß man in Polen die materiellen Schätze Schlesiens sehr wohl kannte und es nicht verschmähte, ausgiebig damit zu argumentieren.

²⁵⁾ Polen hat nicht nur versprochen, sondern auch gegeben; Beweis: die für Polen ungünstige Bevorzugung der französischen Einfuhr in dem französisch-polnischen Handelsvertrag als Entschädigung für die hier geleisteten Dienste. Vergl. „Ostland-Berichte“, Jhrg. III, Nr. 4—6, S. 112.

²⁶⁾ Von uns gesperrt. (Red.)

1926—1927 von 1218 auf 1903 Millionen Zloty, d. h. um 56 % gewachsen, in Schlesien (ohne Einlagen bei deutschen Banken) dagegen von 11,8 auf 21,4 Millionen Zloty, also um 80 %.

Die Ausführungen über die Industrie (S. 140 ff.) beginnen mit den immerhin etwas merkwürdigen Worten: „Die schlesische Industrie ist sehr alt, sie gehört zu den ältesten Industrien Europas“. Leider sei die bedeutende Entwicklung in deutscher Zeit einseitig gewesen, sie habe sich auf die „Schwerindustrie“ beschränkt. Die verarbeitende Industrie sei „bewußt gehemmt“ worden, und zwar „aus strategisch-militärischen Gründen“ (S. 141).

Nach der Vereinigung mit Polen habe die ost-oberschlesische Industrie zwei Hauptmärkte erlangt: „sie behielt für die ersten drei Jahre den bisherigen deutschen Markt, während sich im Norden und Osten . . . der übergroße Markt des polnischen Staates eröffnete²⁷⁾“ . . . „Deutschland wußte genau, was die oberschlesische Industrie für Polen ist. Ihr Stillstand bedeutete verringerte Staatseinkünfte, . . . Nachlassen des Devisenstroms nach Polen. Vor allem mußte solch Stillstand in Schlesien große Arbeitslosigkeit . . . und ernstliche Unzufriedenheit der noch nicht genügend nationalbewußten Arbeiterschichten Polen gegenüber hervorrufen“ (S. 142). „Und wirklich trafen die deutschen Voraussichten nach Ausbruch des Zollkrieges in hohem Maße zu.“ 20 000 Bergarbeiter seien arbeitslos geworden, eine ähnliche Lage sei in der Hüttenindustrie eingetreten bei allgemeiner Wirtschaftskrise infolge der polnischen Währungsstabilisierung. Die Arbeitslosigkeit (85 000 Ende 1925) führte „eine ernsthafte wirtschaftliche und nationale Gefahr . . . in Schlesien“ herbei. Abhilfe habe die allgemeine Wirtschaftsbelebung im Jahre 1926 geschaffen, zumal die Industrie, „in der schon eine ganze Reihe polnischer Direktoren arbeitete“, aus Selbsterhaltungstrieb neue Märkte mit Erfolg aufgesucht habe. Vor allem habe der englische Kohlenstreik geholfen, nach dessen Ende die Konjunkturabschwächung wiederum durch eine Steigerung des polnischen Inlandsbedarfs weftgemacht worden sei. Nach kurzem Konkurrenzkampf mit den Industrien der übrigen Teilgebiete sei zur Regelung von Absatz, Preisen und Verkaufsbedingungen die „Gesamtpolnische Kohlenkonvention“ zustande gekommen, der für die Hüttenindustrie das „Polnische Eisenhütten Syndikat“ in Kattowitz folgte, dessen Präsident, der frühere Handelsminister Kiedron, ebenso wie der Direktor des Syndikats, Ing. Balzer, vom Verfasser als „ein tüchtiger oberschlesischer Pole“ charakterisiert wird.

Der Verfasser zitiert dann²⁸⁾ den bekannten Journalisten Dr. Fall. Nach diesem vollzog sich „im Lauf von nicht ganz zwei Jahren . . . endgültig die volle Umstellung der oberschlesischen Industrie von dem deutschen auf den polnischen Markt und die Einordnung . . . in den polnischen Wirtschaftsorganismus. Daß das ohne große Erschütterungen, ohne den Ruin dieser oder jener Unternehmung geschah, zeugt sowohl von der großen Lebensfähigkeit . . . der oberschlesischen Industrie, von dem Organisationstalent ihrer Leiter als auch nicht weniger von der hohen Elastizität und den großen Lebenskräften unseres ganzen Wirtschaftsorganismus, der relativ sehr schnell und ohne irgendwelche Schäden . . . eine großartige, der Struktur nach so fremde Wirtschaftsschöpfung . . . aufzunehmen und zu assimilieren vermochte“ (S. 144).

Die Verluste Schlesiens durch den Zollkrieg werden (nach ungenannten deutschen Quellen) durch einen Vergleich des deutsch-polnischen Warenverkehrs 1923 und 1925 (Tabelle S. 144) gezeigt. Der Rückgang des schlesischen Exports nach Deutschland um 57 %, des Imports um 39,5 % gegen 1923 ist nach der Behauptung des Verfassers „ein natürliches Symptom“ des Zollkrieges gewesen, wenn der Vergleich nicht auch die gleichzeitige bedeutende Steigerung des Umsatzes der übrigen polnischen Gebiete mit Deutschland gezeigt hätte.

²⁷⁾ Aber dieser „übergroße“ Markt besaß in den ersten Jahren eine so geringe Kaufkraft, daß nur der Absatz in Deutschland 1923/24 es ermöglichte, die Industrie voll zu beschäftigen, bis die Fristen der Genfer Konvention abliefen . . .

²⁸⁾ Ohne Quellenangabe!

Bei dem nachmaligen Lob der gelungenen Umstellung wird als besonders wichtig betont, „daß den verbliebenen deutschen Industrieführern die Neuorientierung sehr schwer fiel, diese auch von den erst einige Jahre in Schlesien arbeitenden polnischen Direktoren unermesslich viel Studien, Arbeit und Energie forderte²⁹⁾.“

Im Anschluß hieran findet sich ziemlich unvermittelt die Behauptung: „Der Zusammenhang . . . mit den übrigen polnischen Märkten ist eine vollzogene Tatsache“. Darauf folgt eine neue, gleichfalls unerwiesene Behauptung: „Die Tatsache dieser Wandlung hat erwiesen, daß durch Schlesiens Zugehörigkeit zu Polen die . . . Industrie selbst bei schwierigsten Wirtschaftskonjunkturen gesicherte Entwicklungsbedingungen hat³⁰⁾“ (S. 145/146).

Dann folgen erneute Vergleiche der oberschlesischen Wirtschaft mit der Gesamtpolen, und zwar auf Grund der Zahlen des ost-oberschlesischen Eisenbahnverkehrs. An Hand recht alter Zahlen (1. 8. 1925—31. 7. 1926) wird gezeigt, daß „in dem Ländchen, dessen Fläche 1 % des ganzen Staates, dessen Bevölkerung 4 % der Einwohnerzahl darstellt, 40,5 % der polnischen Eisenbahntonnage be- und entladen werden“ (S. 157). Da Schlesien 53 % des polnischen Exports geliefert habe, „konnte sich dank diesem Umstande nicht nur der Danziger, sondern auch der Gdingener Hafen entwickeln“. Der schlesische Export über Danzig sei in den Jahren 1923—1927 von 29 000 to auf 4 000 000 to gestiegen (Tabelle S. 148).

Ost-Oberschlesiens Stellung im polnischen Export wird nach der Meinung des Verfassers bestimmt durch die Ausfuhr der Industrieprodukte, „wenn Schlesien auch Agrarprodukte exportiert, so nur wegen seiner Grenzlage als Vermittler zwischen den agrarischen Wojewodschaften und Deutschland, der Tschechoslowakei und Österreich“ (S. 147). Der Industrie-Export Schlesiens habe 1926 betragen: bei Kohle 83 % (1925 noch 91 %), bei Hüttenfabrikaten 89 % (nur Röhren 71 %, übrige Fabrikate rund 100 %), Zink und Blei 88,5 % (1926 noch 94,6 %). Der Gesamtwert des schlesischen Exports habe 623,5 im Jahre 1926, 594,2 Millionen Zloty = 23,6 % des Gesamtexports im Jahre 1927 betragen.

Die Tabelle: „Der allgemeine Stand der oberschlesischen Schwerindustrie 1927“ (S. 151) zeigt als Ergebnis: 177 Industriewerke mit 129 354 Arbeitern und 10 948 Angestellten (Gesamteinkommen 309 754 000 Zloty) hatten eine Gesamtproduktion im Werte von 1 296 525 000 Zloty (Auslandsbezug von Rohstoffen usw. von 100 Millionen Zloty). Am wichtigsten waren folgende Werke:

	Arbeiterzahl	Lohnsummen	Produktionswert
46 Kohlengruben	77 074	179 843 000	463 203 537
8 Zink- und Bleigruben	5 762	11 121 000	47 165 453
9 Kokereien	2 330	6 200 000	73 111 046
5 Eisenhütten	1 557	5 280 000	81 653 885
12 Gießereien	1 266	3 157 000	19 265 704
9 Stahl- u. Walzwerke	14 093	41 701 000	257 218 198
32 Fabriken	8 951	20 341 000	123 571 094
12 Zinkhütten	8 562	19 089 000	150 484 542

Eine weitere Statistik zeigt die Arbeiterzahlen 1922—1927 (1924 in 3827 Werken 235 453 Arbeiter, 1927 in 4604 Werken 183 574 Arbeiter). Rechnet man die hierin nicht enthaltenen kleineren Betriebe Oberschlesiens und die Teschener Industrie (1100

²⁹⁾Die angeführten Zahlen, die gerade die Zeit ab 1925 übergehen, können schwerlich überzeugen, daß Oberschlesien sich von Deutschland unabhängig gemacht hat.

³⁰⁾Die „gesicherteren Entwicklungsbedingungen“ werden glatt widerlegt durch die geringe Rentabilität, welche die offiziöse „Epoka“ September 1928 feststellte. — Vergl. „Ostland-Berichte“, Jhrg. II, Nr. 7, S. 140.

Der vom Verfasser gemachte Hinweis, daß die oberschlesische Industrie trotzdem dem übrigen Polen in sozialer Hinsicht nicht nachstünde, weil sie die Beiträge zum staatlichen Arbeitslosenfonds relativ pünktlich entrichtet habe, kann schwerlich von den „gesicherteren Entwicklungsbedingungen“ überzeugen.

Werke mit 20 000 Arbeitern), deren Produktion ein Viertel der großindustriellen Produktion betragen haben soll, hinzu, so beschäftigte die Industrie der Wojewodschaft 1927 gegen 205 000 Arbeiter und 14 000 Angestellte (mit Gesamtlöhnen in Höhe von 390 Millionen Zloty) bei einer Produktion von 1620 Millionen Zloty Wert.

Die Kohlenindustrie (eine ausführliche Statistik für die Jahre 1913—1928 findet sich auf S. 154) erreichte nach der Behauptung des Verfassers im Jahre 1928 rund 94,5 % der Vorkriegsproduktion bei 87 % der Arbeiterzahl; die Produktion pro Kopf stieg von 1,202 auf 1,360 to (gegenüber 1,082 to für das Dabrowa-Revier). Da der Vergleich mit der Vorkriegsproduktion (32 Millionen to) nicht eindrucksvoll genug erscheint, greift der Verfasser zu den Zahlen für 1919 (19,2 Millionen to) bzw. 1922 (25,5 Millionen to) und erzielt damit ein Ergebnis (56 % Steigerung gegenüber 1919; 13,6 % gegenüber 1922), das ihm die Behauptung ermöglicht: „... gerade in dem letzten Vergleich liegt der sehr große Beweis für den Fortschritt ... des polnischen Bergbaus in Schlesien nach der Rückkehr in sein wahres Vaterland“ (S. 155).

Die Koks- und Briquetfabrikation (Statistik für die Jahre 1913—1928 auf S. 156) zeigt für 1928 eine Steigerung um 82 % gegen 1913 bei nur 46 prozentiger Erhöhung der Arbeiterzahl. Die Steigerung der Kohlen- und Koksfabrikation wird vom Verfasser nicht nur durch den größeren Export, sondern „vor allem durch die sich stetig vermehrende Aufnahmefähigkeit des polnischen Binnenmarkts erklärt“ (S. 156. Dazu zwei Tabellen über die Abfallgestaltung von Kohle und Koks 1925—1928).

Zum Schluß wird noch — ohne Auswertung — eine Tabelle über die Lohngestaltung im Bergbau³¹⁾ geboten (S. 157). Danach ist der Bruttoverdienst des Bergmannes in den Jahren 1924—1927 von 8,06 auf 11,47 Zloty, der Durchschnittsverdienst einer Gruppe von 5,56 auf 8,10 Zloty gestiegen.

Entgegen seiner ausdrücklichen Absicht unterläßt der Verfasser die ausführliche Darstellung der Hüttenindustrie, da es ihm wohl schwer fallen würde, die gewünschten günstigen Ergebnisse der polnischen Wirtschaft zu verzeichnen; er begnügt sich mit bloßer Wiedergabe zweier großer Tabellen über die ober-schlesischen Eisen- und Zinkhütten (S. 158/159).

Dafür berührt er die Arbeitslosigkeit, Organisationsfragen der ober-schlesischen Industrie und weist kurz auf das Handwerk (in der Wojewodschaft 8 500 Betriebe mit 203 Millionen Zloty Jahresproduktion) und den Handel (Zahl der Unternehmungen 19 000 = 5,5 % der polnischen Gesamtzahl 1926, Übersicht für die Jahre 1924—1926 auf S. 161) hin. Zum Schluß folgen Mitteilungen über den Ausbau der Flußschiffahrt auf der Przemsza und der Weichsel durch polnische Flüchtlinge aus West-Oberschlesien.

Im Teil b) stellt der Verfasser die Landwirtschaft dar (S. 163—178), die, wie er betont, an Intensität nur der Posenen nachsteht. Nach einer Übersicht der Bodennutzung (S. 163/164; vergl. Abschnitt II), wobei hervorgehoben wird, daß Ost-Oberschlesien, trotz dem Anteil an den Beskiden, nur 2,15 % Unland gegenüber Polen mit 10,2 % besitze, stellt der Verfasser in den Mittelpunkt seiner Darstellung die Frage der Besitzverteilung (S. 165—170).

Polen (ohne Wilna und einige Ostkreise) besitze 19 044 Wirtschaften über 100 ha mit ca. 13,75 Millionen ha = 35,5 % der Gesamtfläche. Davon in Ost-Oberschlesien 128 Einheiten mit 205 700 ha = 48,5 % der Fläche. Der Grundbesitz in Ost-Oberschlesien sei in den Händen weniger Besitzer konzentriert, nämlich (S. 165) in Oberschlesien:

Hochberg	42 026 ha	
Hohenlohe	17 720 „	
Donnersmarck	16 334 „	
Tiele-Winkler	10 315 „	
Donnersmarck	8 067 „	= 94 462 ha

³¹⁾ Der Vergleich ist nicht ohne weiteres zulässig, da 1 Zloty von 1924 = 1,72 Zloty von 1927 ist. Vergleiche ferner die Steigerung der Ausbeute pro Kopf von 177 auf 308 to. Wenngleich hier auch ein Teil auf Betriebsverbesserungen zurückzuführen ist, so dürfte doch auf jeden Fall auch eine stärkere Ausnutzung der Arbeiter vorliegen.

in Teschen:

die Teschener Kammer (jetzt der poln. Staat)	+ 25 500 „
insgesamt	119 962 ha

= 58,5 % des Großgrundbesitzes und 28,5 % der Gesamtfläche Ost-Oberschlesiens.

Die beiden Statistiken: Bodenverteilung in Polen 1921 und in Schlesien 1924 (S. 166) werden wie folgt kommentiert: Im Gesamtstaat bilden die Wirtschaften bis 3 ha 45,6 % der Gesamtzahl mit 6,7 % der Wirtschaftsfläche, die Zahlen für Ost-Oberschlesien sind 76,6 % und 12 %. Der Großgrundbesitz in Polen (0,6 der Wirtschaften) verfügte über 44,8 %, in Ost-Oberschlesien (0,2 %) über 58 % Flächenanteil. Der Mittelbesitz (3—100 ha) steht mit 30 % Fläche in Ost-Oberschlesien ungünstiger als in Polen (48,5 %). Der staatliche Grundbesitz beträgt in Gesamtpolen 7,5 %, in Ost-Oberschlesien 9,5 % der Fläche; der Anteil des Staates an den Wäldern in Gesamtpolen 33 %, in Ost-Oberschlesien nur 20 %.

Im Teschener Teil gelte das Parzellierungsgesetz von 1925, dessen Inkrafttreten in Ost-Oberschlesien gemäß der Genfer Konvention erst im Jahre 1937 erfolgen könne. Bis zum Jahre 1937 könnten gemäß des deutschen Gesetzes vom 11. 8. 1919 hier von Feldgrundstücken und Wiesen ein Drittel, also nur 18 500 ha, parzelliert werden.

Von dem ost-oberschlesischen Großgrundbesitz (169 093 ha = 52,5 % Fläche) befinden sich nach Angabe des Verfassers 24 137 ha = 13,5 % in polnischer Hand, nämlich: Staatseigentum 15 372 ha, Wojewodschaftseigentum 530 ha, Kommunaleigentum 3 070 ha, bischöfliches Eigentum 611 ha, Eigentum 16 polnischer Privatbesitzer 5 654 ha. Der deutsche private Großgrundbesitz — mit 145 000 ha, rund 87 % des gesamten Großgrundbesitzes — nehme 45 % der Gesamtfläche ein; dieser „Besitzstand ist . . . in nationaler Hinsicht sehr unerwünscht, in sozialer Hinsicht ungeheuer ungerecht . . .“ (S. 169). Im Teschener Teil habe der Großgrundbesitz Ende 1928 rund 35 800 ha betragen. Nach Abzug von 25 500 ha Staatseigentum (früher Habsburger Besitz³²⁾) entfielen rund 9 600 ha auf den Privatbesitz: davon 2 polnische und 6 deutsche Besitzer. Obwohl das Parzellierungsgesetz anwendbar sei, sei davon bis Ende 1927 nur „ein ganz verschwindender Teil parzelliert worden“.

Danach heißt es: „Bis Mitte 1928 wurde im oberschlesischen Teil ebenfalls keine einzige Parzellierung durchgeführt, es wurden nur Institute zur Durchführung der Bodenaufteilung gemäß des geltenden deutschen Siedlungsgesetzes gegründet³³⁾. In anderen Wojewodschaften, . . . wo die Großgrundbesitzer vornehmlich Polen sind³⁵⁾, wurden 1919—1925 740 688 ha, d. h. 2 % der gesamten Fläche Polens parzelliert, dagegen in Oberschlesien wurde den deutschen Grundeigentümern fast nichts weggenommen³⁶⁾. Die erste Parzellierung begann man erst Ende 1928 . . .“ (S. 170).

Die hohen Erträge der ost-oberschlesischen Landwirtschaft „obwohl der Boden Schlesiens nicht zu den fruchtbarsten Böden Polens gehört, also dank der Arbeitsamkeit des schlesischen Landwirts und der . . . hohen Bodenkultur“ zeigt folgende Tabelle (S. 170):

³²⁾ Der nationale Gesichtspunkt steht also in erster Linie, — der wirtschaftliche fehlt ganz; da es sich hier größtenteils um Waldbesitz handelt, dürfte es schwer fallen, für dessen Aufteilung wirtschaftliche oder soziale Argumente zu finden.

³³⁾ Der Besitzstreit um dieses Kammergut ist noch nicht abgeschlossen.

³⁴⁾ Vor allem die 1927 gegründete Siedlungsgesellschaft „Ślązak“, Katowitz, an deren Kapital beteiligt sind: 1 Million der Staat, 1 Million die Landwirtschaftsbank, 2 Millionen die Wojewodschaft. Von der Kapitalerhöhung um 4 Millionen Zloty übernimmt die Wojewodschaft weitere 2 Millionen. Vergl. S. 176.

³⁵⁾ Allerdings sind „vorwiegend nichtpolnische Gutbesitzer“ geeignet worden, was dem Verfasser ja nach seinen folgenden Worten als Ideal für Schlesien vorschwebt.

³⁶⁾ Von uns gesperrt. (Red.)

Bodenertrag (1922—26) (in dz pro ha)		
in Polen: in Ost-Oberschlesien:		
Weizen	11,7	13,4
Roggen	11,2	13,3
Gerste	12,3	14,8
Safer	11,7	15,0

Mit sichtbarem Stolz betont der Verfasser — wie überall, wo er eine Überlegenheit gegenüber Westpolen feststellen kann — 20 % durchschnittlicher Mehrertrag! (Das zu zeigen, sind auch die folgenden knappen Worte über Zuckerrüben- und Tabakbau sowie über Fischzucht eingefügt.)

Dann wendet sich die Darstellung der „Schlesischen Landwirtschaftskammer“ zu, die 1923 auf Grund eines Wojewodschaftsgesetzes entstand (S. 172—173). Es werden erwähnt: Förderung von Tierzucht und -haltung, des landwirtschaftlichen Schul- und Bildungswesens [Herausgabe des „Rolnik Śląski“ (= „Der schlesische Landwirt“) in 2500 Exemplaren], Versuchswirtschaften und Versuchsringe.

Die Mitteilungen über die Landwirtschaftsorganisationen sind sehr dürftig³⁷⁾. Über Ost-Oberschlesien ist daraus gerade ersichtlich: Der Zusammenschluß der polnischen Kleinbauern in dem „Schlesischen Landwirteverband“ (Śląski Związek Rolników) mit 124 Gruppen, der polnischen Großgrundbesitzer in dem „Verband der Gutsbesitzer der Wojewodschaft Schlesien“ (Związek Ziemiań Województwa Śląskiego) mit 20 Mitgliedern. Dieser letztere „soll ein gewisses Gegengewicht gegen die starke Organisation des deutschen Großgrundbesitzes sein“. Als Finanzinstitute für die Landwirtschaft sind tätig: Raiffeisen-Kassen, Volksbanken (Banki Ludowe) und die Genossenschaften „Rolnik“ in Lublinitz und Rybnik, „Gleba“ in Pleß.

Die Angaben über die Unterstützung der Landwirtschaft durch den Wojewodschaftslandtag (S. 175/176) betreffen vornehmlich Beschlüsse über verbilligte Landwirtschaftskredite in nicht zu bedeutender Höhe.

Als Schluß folgt eine Aufstellung über den Wert der ost-oberschlesischen Landwirtschaft (S. 177):

198 000 ha Acker	zu 2 500 Zloty pro ha	495 000 000 Zloty
52 000 „ Wiesen	„ 5 000 „ „ „	160 000 000 „
144 500 „ Wald	„ 6 000 „ „ „	867 000 000 „
65 000 Ländliche Gebäude m. Wirtschaftsgebäuden, (einschl. Boden)		975 000 000 „
Bauplätze, Wege, Unland, Weiden		78 000 000 „
		<hr/>
		2 575 000 000 „
Inventar und Vorräte	+ 260 000 000 „	
		<hr/>
		Insgesamt 2 835 000 000 Zloty

Die Jahresproduktion von 250 Millionen Zloty Wert bedeute also 9 % Rente.

Der Verfasser schließt mit der Feststellung, daß die industrielle und agrarische Produktion Ost-Oberschlesiens bei einem Vermögen von 9,5 Milliarden Zloty (11,5 abzüglich Staats- und Kommuneigentum mit 1,8 Milliarden) mit 2 Milliarden Zloty einen Jahresertrag von 20 % darstelle.

VIII. „Die sozialen und humanitären Fragen.“ (S. 179—221.)

Da das für den Gesamtstaat wichtigste Problem, die Agrarfrage, in Ost-Oberschlesien mit 70 % Industriebevölkerung zurücktritt, verbleiben für eine Erörterung: 1. die Arbeitslosigkeit, 2. die Flüchtlinge, 3. der Wohnungsmangel, 4. die Lage der Rentenbezieher und 5. die allgemeine Arbeiterfrage. Diese wird — als Teil eines internationalen Problems — nicht behandelt³⁸⁾.

Die Arbeitslosigkeit gehört für den Verfasser der Vergangenheit an und wird daher recht knapp dargestellt (S. 180—184). Eine Tabelle zeigt ihr Sinken von 81 000 im Januar 1926 auf 26 000 im September 1928; von dieser Zahl soll noch die Hälfte

³⁷⁾ Es fehlen Angaben über die Entwicklung der Mitgliederbestände, der Finanzen usw.

³⁸⁾ Angeblich wegen Raummangels, — wahrscheinlich eher deshalb, weil über Lohnfragen und den Lebensstandard der Arbeiter schwerlich erfreuliche Dinge berichtet werden könnten.

durch die amerikanische Anleihe Beschäftigung finden. Es werden gestreift: die Unterstützungen (1926 Höchstsummen 1,50 Zloty für den Unverheirateten, 2,50 für Verheiratete mit zwei Kindern, 1927 um ca. 30 % gesteigert), die „zu normaler Lebensführung unzureichend, in dem neuen Polen aber eine bedeutende Belastung nicht nur der Industrie, sondern auch der Staatsfinanzen darstellten“ (S. 181), ferner die zur Deckung ausgeworfenen Summen³⁹⁾ (Tabelle S. 182):

	Staat:	Wojewodschaft:	Zusammen:
1925	2 593 000	2 037 000	4 630 000
1926	3 197 000	5 450 000	8 647 000

Schließlich wird festgestellt: „... trotz den schwierigen Bedingungen, unter denen Polens Wirtschaft sich entwickeln mußte, trotz dem Zollkriege, den uns Deutschland in der Hoffnung, die große Arbeitslosenarmee in Schlesien werde sich gegen Polen erheben, aufzwang . . . wurde diese gefährliche soziale Krankheit in ihren schlimmsten Symptomen beseitigt“ (S. 184).

Ungeklärt ist bis heute die Frage der Entschädigungen für die Flüchtlinge, „d. h. der Polen, die wegen ihrer polnischen Gesinnung vor dem Terror der deutschen Banden aus dem deutschen Teil Schlesiens . . . flüchten mußten“ (S. 184). Ihre Zahl soll 40 000 betragen. Für die Verluste durch den eiligen Verkauf ihres Besitzes und die folgende deutsche Inflation sollen sie von der Zentralregierung entschädigt werden, aber „man muß mit Betrüben feststellen, daß sämtliche bisherigen Regierungen die Angelegenheit nicht gehörig geschätzt haben“. Besser sei dies durch den ost-oberschlesischen Landtag geschehen, der im Jahre 1923 die Summe von 3 Milliarden Polenmark, im nächsten Jahre 4 Millionen Zloty und 1925 noch 750 000 Zloty (nicht ausbezahlt) dafür bewilligt habe. Allerdings „verwaltete das . . . Komitee beim Wojewodschaftsamt die Beträge so unfähig, daß tatsächlich keinem Flüchtling . . . eine Entschädigung gezahlt wurde“. Die Beträge seien zu Beihilfen und unsicheren Hypotheken verwandt worden, den Rest hätten die Verwaltungskosten verzehrt. Erst 1927 habe die Zentralregierung 6 Millionen Zloty angewiesen, jedoch nicht zu sofortiger Auszahlung, sondern in vier Jahresraten, so daß unter den Flüchtlingen Besorgnis und Unzufriedenheit eintrat. „... Im Staatsinteresse in Schlesien sollte die Entschädigung der . . . Flüchtlinge so schnell als möglich vollzogen werden“ (S. 185).

Der Wohnungsmangel ist nach den Ausführungen des Verfassers herbeigeführt worden durch die Stockung der Bautätigkeit von 1914 bis 1922, die Rückkehr zahlreicher Polen aus dem Rheinland und Westfalen, den Zustrom von Flüchtlingen und die Verwendung von Wohnräumen für die neu entstandenen Behörden und ihre Beamten. Zumal auch der Bau von Wohnungen durch die Industrie gegenüber der deutschen Zeit fast ganz aufgehört habe, mache sich in Ost-Oberschlesien der Wohnungsmangel schwerer als in anderen polnischen Gebieten bemerkbar, denn „die Bevölkerung ist außerordentlich dicht. Die Familien . . . sehr zahlreich. Die Bevölkerung ist dagegen an verhältnismäßig ordentliche Wohnungen gewöhnt“ (S. 186). Während 1926 nach amtlichen Angaben über 23 000 Wohnungen fehlten, „war die Bevölkerung Zeuge, wie dicht an der Grenze auf deutscher Seite nicht bloß neue Siedlungen, sondern ganze Gemeinden und neue Stadtteile entstanden⁴⁰⁾. Die Bürger der Wojewodschaft, welche die deutsche Grenzmarkenpolitik nach dem Kriege nicht kannten, wunderten sich, wie das verschuldete Deutschland in diesen wenigen Jahren so viel bauen konnte, während . . . unter polnischer Herrschaft bis 1926 . . . so wenig geschah. Da sie keine genügende Erklärung dafür fanden, begannen die einen über die polnische Wohnungspolitik zu spotten, die Schwächeren im Geiste dagegen in ihrer nationalen Gesinnung⁴⁰⁾ zu schwanken“ (S. 186).

³⁹⁾ Vergleicht man damit die Arbeitslosenzahlen (Januar 1926: 81 000, 1927: 43 600), so dürften, — erhielt auch nur ein Teil davon Unterstützungen — nur selten die Maximalsätze erreicht worden sein, wie der Verfasser selbst andeutet (S. 181).

⁴⁰⁾ Von uns gesperrt. (Red.)

Im Jahre 1927 sei eine Änderung eingetreten, zumal der Schlesische Landtag, seiner Pflicht bewußt, Haushaltsmittel für den Wohnungsbau bereitgestellt habe. 1924—1928 seien bewilligt worden: Für Bau und Reparatur von Volksschulen 12,5 Millionen Zloty (37 Neubauten), für den Bau von öffentlichen Gebäuden und Beamtenwohnhäusern 14,5 Millionen (Einzelaufgaben S. 187/188), als Kredite an Privatpersonen, Wohnungsbaugenossenschaften 8,7 Millionen (dafür erbaut 758 Häuser mit 1831 Zimmern) und Gemeinden, ferner als Beiträge zu den Kosten der Arbeiterfiedlungen 13 Millionen (dafür erbaut 808 Häuser mit je 3 Zimmern). Eine volle Belegung der Bautätigkeit sei erst 1928 eingetreten als auch private Kreditinstitute den Wohnungsbau zu finanzieren begannen; ihre Kredite sollen ein Fünftel der Wojewodschaftskredite betragen haben. Falls die Politik der Wojewodschaft fortgesetzt, besonders die Verwaltung der Baukredite richtig organisiert würde, sei zu hoffen, daß „... im Laufe der nächsten fünf Jahre die Wohnungsfrage . . . endgültig liquidiert werden könnte“ (S. 189).

Die Frage der Sozialversicherungen scheint nach dem ihr gewidmeten unverhältnismäßig großen Raum (S. 189—209) für den Verfasser gegenwärtig die wichtigste zu sein. Zunächst macht er Mitteilungen über die Verteilung des Vermögens der Landesversicherungsanstalt Breslau (S. 190/191). Polen habe von deren Reserven 179,9 Millionen Goldmark gefordert, Ende 1924 aber durch den Völkerbundsrat nur 26 Millionen Goldmark — in fünf Jahresraten — zugesprochen erhalten. „Leider hat bis Ende 1928 uns Deutschland nicht einen Pfennig überwiesen. So sieht die Solidität der deutschen Zahlungen aus, selbst dort, wo es sich um das Schicksal arbeitsunfähiger Menschen, der Sozialinvaliden, handelt“ (S. 191). Über die Ansprüche der Knappschaft Tarnowitz lehne Deutschland überhaupt eine Verhandlung ab.

Am schwersten fühlbar in den ersten Jahren sei der Mangel an Reserven gewesen; ihre Ansammlung sei verhindert worden durch: die Inflation, die Mehrkosten infolge der Herabsetzung des Rentenalters auf 60 Jahre durch den Wojewodschaftslandtag, die Übernahme von Renten für polnische Rückwanderer aus Westdeutschland, für die Deutschland die Renten sperrte, und bei denen es sich vielfach um Leute handelte, die sich um die polnische Sache verdient gemacht hatten. „Diesen und ähnlichen Gründen ist es zuzuschreiben, daß die Invalidenrenten aller Art . . . in der neuentstandenen Wojewodschaft . . . gegenüber den Ausgaben für das tägliche Leben zu gering waren“ (S. 193).

Danach wendet sich die Darstellung den einzelnen Sozialversicherungsanstalten zu, die mangels zuverlässiger Angaben für das Teschener Schlesien ausschließlich für Ost-Oberschlesien dargestellt werden. Aus den Mitteilungen über die Krankenkassen (S. 195—199) seien nur die Schlußzahlen zusammengestellt: 1926 waren vorhanden 47 Krankenkassen mit 223 349 Versicherten (1927 auf 300 000 geschätzt). Einnahmen von rund 17 Millionen standen 19,7 Millionen Ausgaben⁴¹⁾ gegenüber (Defizit gedeckt aus Überschüssen 1924). Die Verwaltungskosten sind unter sämtlichen Wojewodschaften mit 6,96 % am niedrigsten (Tabelle S. 199 zeigt Schwankungen von 7,8—21,4 %), der Grund dafür sei: „... die radikalen Elemente besitzen auf die Krankenkassenwirtschaft . . . absolut keinen Einfluß⁴²⁾“ (S. 199).

Die Mitteilungen für die übrigen Versicherungen beruhen auf Angaben der Sozialversicherungsanstalt Königshütte. Auch hier seien aus den umfassenden Statistiken (S. 200—202) nur die Endzahlen für 1927 mitgeteilt:

⁴¹⁾ Es fehlen allerdings genaue Angaben über die Verteilung der Ausgaben, vor allem die Verteilung von Geld- und Sachleistungen.

⁴²⁾ Das günstige Resultat erklärt sich durch den geringen Kostenfuß der Fabrikkrankenkassen — nur 6,64 % gegenüber 8,1 % für die allgemeinen Ortskrankenkassen — so daß der Hinweis des Verfassers teilweise stark verfehlt erscheint.

	Unfallversicherung		Invaliditäts- und Altersversicherung	Angestelltenversicherung	Zusammen
	Industrie	Landwirtschaft			
Versicherte	185 546	42 705	332 366	30 000	590 617
Rentenbezieher	24 513	2 502	44 069	1 366	72 450
Beiträge (in Zloty)	9 980 176	580 335	11 528 645	6 206 556	28 295 712
Renten (in Zloty)	8 742 850	441 936	10 651 882	895 985	20 732 653
Reserven (in Zloty)	651 107		10 805 961	20 411 099	31 868 167
Verwaltungskosten (i.%)	4,7		2,56	3,31	
Lohnbelastung (in %)	2,43		3,33	5,88	

Durchschnittliche Höhe der Unfallrenten: in der Industrie 389,98 Zloty 1927 (1926 nur 299,22 Zloty), in der Landwirtschaft 176,63 Zloty (gegen nur 96,69 Zloty 1924). Die Invaliden- und Altersrenten betragen 1927⁴³⁾ (monatlich): Invaliden 25,70, Altersrenten 24, Witwen 12,84, Waisen 6,25.

In seinen Bemerkungen zu diesen Tabellen hebt der Verfasser die 1924—1927 erfolgte Steigerung der Beiträge (von 14 auf 28 Millionen Zloty) und der Leistungen (von 8,4 auf 20,7 Millionen Zloty) hervor und erklärt, daß sei „ein außerordentlich positives Symptom, das in seinem Resultat unbedingt zur Schaffung einer immer ruhigeren sozialen Atmosphäre in Schlesien beitragen muß“ (S. 203). Vor allem aber gäben die angesammelten Reserven „allen Versicherten eine starke Garantie für die Erlangung stetig höherer Invaliditätsleistungen⁴⁴⁾ . . .“

Diesen günstigen Symptomen stehe aber eine sehr nachteilige Erscheinung gegenüber: die steigende Lohnbelastung. Unter Einrechnung der Krankenkassenbeiträge (ca. 5%) ergaben sich für 1926 folgende Soziallasten (S. 204/205):

	Arbeitgeber	Arbeitnehmer	Zusammen
Handarbeiter	6,05 %	4,27 %	10,32 %
Angestellte	4,77 %	6,45 %	11,22 %
Bergleute (einschl. Knappschaftsbeitrag)	9,80 %	9,02 %	18,82 %

„Die Belastung des Lohnes mit Zahlungen für die Versicherungen . . . ist also bedeutend. Wollte man jedoch den neuentstandenen polnischen Versicherungen finanzielle Grundlagen und das Vertrauen der Versicherten verschaffen, so konnte man keinen anderen Ausweg finden. Man müßte aber jetzt, wo diese Institute auf relativ sicheren Fundamenten stehen, wünschen, daß die Lohnbelastung für soziale Zwecke sich verminderte“ (S. 206).

Weitere Mitteilungen folgen über die Knappschaften. Aus den ausführlichen Angaben über die Knappschaft in Tarnowiß (S. 206/207) seien die Endergebnisse erwähnt (1927):

Zahl der Versicherten	Krankenkasse		Pensionskasse
	169 171	141 653	
Beiträge und sonstige Einkünfte (in Zloty)	51 225 014	61 325 771	112 550 785 Zloty
Sozialleistungen und Verwaltungsausgaben	46 157 859	57 869 200	104 027 059 Zloty

Die Zahl der Rentenbezieher betrug: 20 003 Invaliden, 15 830 Witwen, 14 830 Waisen, insgesamt 50 663. Das seiner Zeit übernommene Vermögen wird mit 24 746 000 Millionen Zloty abgegeben. Entsprechend kürzere Angaben folgen über die Knappschaft in Pleß.

Nach Hinweisen auf die Tätigkeit des Oberversicherungsamtes in Myslowiß werden noch einige Mitteilungen über den Arbeiterschutz und seine angeblichen Fortschritte gemacht. Eine Statistik der Unfälle im Kohlen- und Erzbergbau 1923—26 zeigt folgendes Bild⁴⁵⁾ (S. 209):

	Förderung (in to):		Unfälle:				pro 100 000 to:		
	Arbeiter	Insgesamt	p. Kopf	tödl.	schwer	leicht	tödl.	schwer	leicht
1923	163 238	27 300 927	167	224	775	13 194	0,8	28	48
1926	88 199	27 188 436	308	154	598	12 611	0,5	22	46

⁴³⁾ Ohne den Staatszuschuß in Höhe von ca. 1/3 des Betrages.

⁴⁴⁾ Man beachte, daß die Höhe der Reserven gerade 150 % der gegenwärtigen Jahresrenten beträgt. Eine Sicherung der Renten dürfte allein für die Angestelltenversicherung vorliegen, deren Reserven 2/3 der Gesamtreserven bilden.

⁴⁵⁾ Die vorgebliche Besserung, die der Verfasser aus dieser Tabelle ermittelt, verschwindet, wenn man den Unglücksfällen nicht

Es folgt noch eine Darstellung der „freien Kure“, von deren Ertrag 1926 mit 200 000 Zloty ⁹/₁₀ für Bildungszwecke der Knappschaft Tarnowitz verwandt worden seien.

Wie schon in der Einleitung der Raummangel als Grund für die Nichtbehandlung der Arbeiterfrage angeführt wurde, so wiederholt hier der Verfasser: „Zur eingehenden Erörterung des Verhältnisses von Arbeitgebern zu Arbeitnehmern und der Löhne . . . ist der Rahmen dieses Buches zu eng“, er beschränke sich daher auf Wiedergabe des Berichtes des Arbeitsministeriums über die Lohnhöhe in Ost-Oberschlesien. Die Löhne in den Gruben betragen (Tabelle S. 211/12; Kopfsahl pro Familie durchschnittlich 3,22):

Januar 1914	3,63 Mark	=	heutige Umlaufzloty	7,62
" 1925	5,08 Zloty	=	" "	8,68
" 1927	7,30 "	=	" "	7,30
Oktober 1927	8,01 "	=	" "	8,01

Die Analyse dieser Zahlen wird mit der Bemerkung umgangen:

„ . . der absolute Wert des Lohnes⁴⁶⁾ kann nur durch Gegenüberstellung der wirklichen Unterhaltskosten einer Familie ermittelt werden. Hierbei haben bekanntlich die anormalen Nachkriegsverhältnisse sehr häufig die Preisbeständigkeit für Gegenstände des dringendsten Bedarfs geändert“ (S. 212).

Ein Vergleich der Löhne in Oberschlesien mit denen anderer polnischer Kohlenreviere (S. 212) zeigt nach Meinung des Verfassers eine geringe Besserstellung Ost-Oberschlesiens.

Später wendet sich der Verfasser allgemeinen Gesundheitsfragen zu, zeigt als Beweis für den hohen Stand der Wojewodschaft, daß trotz der starken Industrialisierung die Geburtenziffer höher sei als für die zentralen Wojewodschaften (S. 214) und stellt nach Mitteilungen über die humanitären Anstalten in Ost-Oberschlesien (S. 212 ff.), woraus u. a. ersichtlich wird, daß Ost-Oberschlesien über 10,2 % der Krankenhäuser in Polen (mit 16,7 % der Betten) verfügt, vollbefriedigt fest: „Die gemeinnützigen Anstalten in Schlesien stehen sowohl der Zahl wie der Güte nach, nicht bloß an erster Stelle im Staat, sondern stehen auch ähnlichen Einrichtungen in den westeuropäischen Staaten nicht nach“ (S. 212⁴⁷⁾.

Damit schließt der Verfasser diesen Abschnitt. Zwar seien auch ungünstige Seiten, z. B. die Lohn- und Rentenfrage, darin enthalten, aber „dennoch stellt das, was in den ersten fünf Jahren in sozialer Hinsicht . . . geleistet worden ist, schon einen bedeutenden Schritt vorwärts dar. Man kann kühn behaupten, daß die hier auf sozialem Gebiet geleistete Arbeit in kurzer Zeit die Grundlagen für den künftigen sozialen Frieden geschaffen hat“ (S. 215⁴⁸⁾.

die Produktionsziffern, sondern die Zahlen der gefährdeten Menschen gegenüberstellt. Es entfielen Unfälle auf 1000 Arbeiter:

	Tödtlich	Schwer	Leicht
1923	1,37	4,71	80,8
1926	1,75	6,78	143

d. h. die Produktionssteigerung pro Kopf wurde erkaufte durch Gefährdung der Arbeiter (abgesehen von der Ausbeutung infolge der gesunkenen Löhne).

⁴⁶⁾ Es müßte sich nämlich ergeben, daß die Erhöhung gegenüber 1914 nur scheinbar ist, da das Preisniveau seither um rund 40 % gestiegen ist. Unerwähnt bleibt dabei noch ganz die Frage, inwieweit die Mehrleistung durch Mehrlohn ausgeglichen worden ist. Im übrigen sei nur darauf hingewiesen, daß bei stetig wiederholter Behauptung von dem unveränderten Stand der Lebenshaltungskosten diese vom Statistischen Amt in Warschau für eine vierköpfige Arbeiterfamilie für 1928 mit rund 3000 Zloty Minimum angegeben würden.

⁴⁷⁾ Weil sie zum größten Teil von deutschen Verbänden oder Gemeinden eingerichtet worden sind!

⁴⁸⁾ Dagegen muß man einwenden, daß es sich hier um keine Neuschöpfungen, sondern um die Erhaltung des in deutscher Zeit Geschaffenen, um die Bewahrung des durch deutsche Kulturarbeit erzielten Vorsprunges gegenüber den anderen Gebieten Polens handelt.

Um diese angebliche schöpferische Arbeit des polnischen Staates in Ost-Oberschlesien noch zu unterstreichen, gibt der Verfasser unvermittelt seitenlange Berichte über die Notzeit Oberschlesiens in den Jahren 1847/48 (S. 215—221) und bemerkt hierzu: „So sehen die vergilbten Blätter aus der traurigen Vergangenheit, die das polnische Volk unter fremder Herrschaft erlebte, aus. Diese Zeiten sind zum Glück für immer dahin. Solche Zustände wären in Polen niemals denkbar gewesen. Obwohl auch heute es viele gibt, denen das Leben schwer ist, so können wir doch bei einem Blick auf das, was in diesen wenigen Jahren in Polen, vor allem in Schlesien geschaffen wurde, unbekümmert sagen, daß . . . das tägliche Brot für alle Schichten nicht bloß größer, sondern auch immer besser sein wird“ (S. 221).

IX. „Das Schulwesen in der Wojewodschaft Schlesien.“ (S. 225—251).

a) Die Volksschulen: Die polnische Schule in Ost-Oberschlesien soll von der folgenden Erwägung ausgehen: „Man kann denjenigen Erwachsenen in Schlesien, deren nationale Gesinnung noch Schwankungen unterliegt, verzeihen, denn sie hatten keine polnische Schule. Die Jungen aber, die in 20 Jahren über die Geschicke des Landes entscheiden sollen, müssen eine polnische Schule haben, die ihnen eine solche nationale Erziehung gewährt, daß keine schlechtere oder bessere Konjunktur sie in ihren Überzeugungen schwanken läßt. Die polnische Schule in Schlesien muß unsere Jugend nicht nur erziehen und sie darauf vorbereiten, ihr tägliches Brot besser zu verdienen, sondern muß in die Seele ihrer heutigen Schüler das Bewußtsein einpflanzen, daß jeder, der einen polnischen Namen trägt oder in dem polnisches Blut fließt, von der Wiege bis zum Grabe nur Pole sein darf⁴⁹⁾.“ (S. 222).

Ein geschichtlicher Rückblick (S. 222/223) soll zeigen, daß bis 1922 Ost-Oberschlesien keine polnische Schule gekannt habe. Vor der Abtrennung in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts gab es keine Schulen im eigentlichen Sinn, danach im Laufe von sechs Jahrhunderten „wollten die politischen und wirtschaftlichen Tyrannen, obwohl sie von Schlesien hohe Geldabgaben einzogen, keine polnischen Schulen im polnischen Sinne einrichten.“ Die rechtliche Möglichkeit, schon vor der Abtrennung, gemäß einer Verordnung der Abstimmungskommission von 1920, polnischen Unterricht in Ost-Oberschlesien einzuführen, habe wegen des Mangels geeigneter Lehrkräfte nicht verwirklicht werden können. Die damals eingerichteten Schulbeiräte hätten bloß für die künftige polnische Schule diejenigen polnisch-oberschlesischen Lehrer, die bei Polen verbleiben wollten, vorbereiten können.

Es folgt eine Darstellung des Minderheitenschulrechts (S. 223 bis 228). Für Ost-Oberschlesien gibt der Verfasser zunächst Artikel 98, 106—108, 115, 118, 121—22 der Genfer Konvention wieder und fügt bei: „Die deutsche Minderheitenschule im oberschlesischen Teile der Wojewodschaft besitzt sehr große Privilegien. Es scheint, daß wir nicht übertreiben mit der Behauptung, daß wenn die Polen während der ganzen Zeit der preußischen Knechtschaft solche Privilegien besessen hätten, die ganzen zwei Millionen, die sich in Oberschlesien der polnischen Sprache bedienen, polnisch gefühlt und bei der Abstimmung sämtlich für Polen gestimmt hätten“ (S. 227). Für den Teschener Teil wird mitgeteilt, daß dort Polen nur die allgemeinen Pflichten gemäß der Friedensverträge gehabt habe, aber „trotzdem(!) . . . erschweren die polnischen Behörden die Entwicklung der deutschen Schulen im Teschener Teil der Wojewodschaft nicht“ (S. 228).

Zwischen die Betrachtungen über die Minderheitenschulen schiebt der Verfasser Mitteilungen über den Stand des Volksschulwesens in Ost-Oberschlesien, das „am besten von allen polnischen Wojewodschaften entwickelt“ sei. Zum Vergleich nennt er folgende Zahlen: Am 1. September 1927 waren in Polen vorhanden 26 478 öffentliche und private Volksschulen mit 70 085 Lehrern und 2 363 822 Schülern (= 11,2 % der Bevölkerung), wovon auf Ost-

⁴⁹⁾ Von uns gesperrt. — (Red.)

Oberschlesien 196 222 (= 16,8 % der ostoberschlesischen Bevölkerung) entfielen. Die Lehrerschaft bildet in Polen 0,22 %, in Ost-Oberschlesien 0,33 % der Gesamtbevölkerung. Wenn von der Gesamtzahl der Schulen in Polen nur 821 = 3,3 % auf Ost-Oberschlesien entfallen, so erkläre sich die relativ niedrige Ziffer (gegenüber 4 % Bevölkerungsanteil) dadurch, daß „fast sämtliche Schulen in Schlesien achtklassig sind, während eine sehr große Zahl der Schulen anderer Landesteile kaum mehrklassig ist.“ Besonders hervorgehoben wird, daß es keine einzige Landgemeinde ohne eigene Schule gebe. In den fünf Jahren der polnischen Herrschaft seien die 711 Schulen um 110 auf 821 vermehrt worden⁵⁰⁾. Ein Vergleich der Aufwendungen für die Volksschulen zeige, daß Oberschlesien 1927/28 hierfür 9,5 % der gesamt-polnischen Ausgaben aufwies, für einen Schüler seien 119 Zloty gegenüber 86 Zloty im Gesamtstaate aufgewendet worden. Zur Kostendeckung sei die Bevölkerung mit 20 Zloty pro Kopf (im Gesamtstaat 8,20) belastet worden.

Nunmehr wendet der Verfasser sich wieder den Minderheitsschulen zu und erklärt: „Überall, wo die entsprechende Zahl deutschsprechender Kinder zur Minderheitsschule angemeldet wird, wird eine solche Schule ohne Hindernisse eröffnet und auf Staatskosten unterhalten“, um dann aber einzuschränken: „Über 90 % der Bevölkerung . . . bedienen sich in und außer dem Hause der polnischen Sprache. Offensichtlich fühlt ein Teil der Bevölkerung wegen der langjährigen Knechtschaft noch nicht vollkommen polnisch, eins ist aber sicher, daß die wirklichen Deutschen, welche die Wojewodschaft bewohnen, und deren gibt es 7—10 % der Gesamtbevölkerung, ihre Kinder in die deutschen Schulen schicken. In der polnischen Schule ist kein Kind vorhanden, dessen Sprache ausschließlich deutsch wäre. Sämtliche Kinder in der polnischen Schule beherrschen genügend die polnische Sprache, die auch unzweifelhaft ihre Muttersprache ist. Schlimmer steht es allerdings in den Minderheitsschulen. In diesen . . . ist die Unterrichtssprache bekanntlich deutsch. Indessen spricht ein großer Teil der Kinder polnisch wirklich gut, beherrscht dagegen die deutsche Sprache sehr schwach. Das ist der Fall durch den Mißbrauch des in der Genfer Konvention enthaltenen Schulprivilegs durch die wirtschaftlich starke polenfeindliche deutsche Agitation, die den noch nicht genügend nationalbewußten Teil der Bevölkerung ausnutzt“ (S. 231/32).

Zum „Beweise“ für diese Behauptungen folgen Zahlen für Schulanmeldungen und Schulbesuch. Am 1. September 1922 seien angemeldet worden: zur polnischen Schule 161 821 = 85,3 %; zur deutschen Schule 27 932 = 14,7 % Kinder. Daß statt der zu erwartenden 8 % fast noch einmal so viel Kinder zur deutschen Schule angemeldet wurden, will der Verfasser damit erklären, daß „wegen der vielhundertjährigen Knechtschaft ein gewisser Teil der polnischen Bevölkerung in ihren polnischen Gefühlen bedeutend schwach geworden war oder sie sogar gänzlich verloren hatte.“

Die Zahl der Schüler ist von 1922/23 bis 1928/29 ziemlich unverändert geblieben (Tabelle S. 232) — rund 190 000, die Zahl der Schüler in polnischen Schulen von 161 821 auf 166 982 (von 85,3 auf 88 %) gestiegen, die der Schüler in deutschen Schulen dagegen von 27 932 auf 22 968 (von 14,7 % auf 12 %) gefallen. Diese Verminderung des deutschen Anteils ist nach dem Verfasser eine „Folge der natürlichen Wiedererlangung des polnischen Nationalbewußtseins durch die Bevölkerung“. Diese Entwicklung sei unterbrochen worden durch die infolge des Wirtschaftskrieges einsetzende Arbeitslosigkeit, die bei „vielen weniger nationalbewußten Schlesiern eine Mißstimmung gegen den polnischen Staat hervorrief“. Sie brachten diese durch Anmeldung der Kinder zur deutschen Schule zum Ausdruck. „Offensichtlich spielte die finanziell sehr kräftige deutsche Agitation dabei die Hauptrolle“. Die noch im ersten Halbjahr 1926 anhaltende Wirtschaftsstockung habe auch die Erfolge der deutschen Agitation vermehrt, die

⁵⁰⁾ Erläuterungen werden nicht gegeben, so daß eine Nachprüfung hier unmöglich ist, — es sei aber erwähnt, daß 1924—1928 die Wojewodschaft nur 37 neue Schulbauten finanziert hat (S. 187).

„so laut und provozierend wurde, daß sich schließlich die polnische Öffentlichkeit⁵¹⁾ mit ihr genauer zu befassen begann“.

Über den Schulstreit 1926/27 teilt der Verfasser mit: Gegenüber über 3500—4000 Kindern in den Vorjahren, seien damals 5532 Kinder zur deutschen Schule neuangemeldet, 3117 umgemeldet, Eröffnungsanträge für 29 Schulen gestellt worden. „Da die große Mehrheit der Anträge Kinder polnischer Nationalität betraf, war das Wojewodschaftsamt gezwungen, einen Teil davon ungültig zu erklären“. 5091 Kinder seien „freiwillig“ der polnischen Schule überwiesen worden, 3116 seien zur deutschen Schule gekommen, dagegen 442 hätten nicht zur polnischen Schule gehen wollen, „konnten aber, da die Bedingungen der Genfer Konvention nicht vorlagen, von dem Wojewodschaftsamt nicht für die deutsche Schule qualifiziert werden“. Die Entscheidungen des Völkerbundes (S. 234/235) hätten von diesen 169 Kinder an die deutsche, 253 an die polnische Schule gewiesen. „Diese Tatsache ist ungeheuer wichtig für die Lage der Minderheitsschule in der Wojewodschaft. . . . Sie bestätigt nämlich den polnischen Standpunkt, daß ein großer Teil der zur Minderheitsschule angemeldeten Kinder nicht deutsche Kinder, sondern Kinder der noch nicht genügend nationalbewußten polnischen Bevölkerung, die durch die deutsche Geldgitation verführt wird, sind“ (S. 235).

Die Entscheidung des Haager Gerichtshofes vom April 1928 über die freie Bestimmung der Nationalität durch Eltern bzw. Erzieher ist für den Verfasser unklar, dürfte aber seiner Meinung nach „für die Zukunft es unmöglich machen, daß jemand unter äußerem Druck die einmal festgestellte Sprachzugehörigkeit ändert, wie es vorher oftmals geschah“ (S. 238).

„Unabhängig von diesen Ereignissen“ habe sich die Zahl der deutschen Anmeldungen von Jahr zu Jahr verringert (1927/28 nur 9,5 %, 1928/29 sogar nur noch 8,3 % sämtlicher Anmeldungen), sei die Schülerzahl der deutschen Anstalten seit 1922 um 18 % gefallen (gegen Steigerung der Schülerzahl in den polnischen Schulen um 3,2 %). Wahrscheinlich zur Illustration, wie sich diese Verringerung angeblich vollzogen habe, wird schließlich berichtet, daß in dem Kreise Lublin, wo „in keinem Dorf ein einziger Deutscher“ wohne, die deutsche Agitation dank der „großen Toleranz von polnischer Seite“ die unaufgeklärten Polen zur Anmeldung ihrer Kinder für die deutschen Schulen bestimmt habe. Diese Polen hätten aber schließlich wegen der mangelnden Fortschritte ihrer Kinder diese den polnischen Schulen wieder zugeführt. Sichtlich befriedigt stellt der Verfasser fest, daß hier 1928/1929 von sämtlichen Kindern 99,5 % zur polnischen Schule angemeldet worden seien.

Über das Teschener Schlesien wird noch mitgeteilt, daß der Prozentsatz deutscher Kinder 1926 dort 16,5 % (gegenüber 13,5 % für Ost-Oberschlesien) betragen habe, aber auch hier, wie in Ost-Oberschlesien „wächst das Vertrauen zur polnischen Schule“. In Bielitz, wo bis 1920 die Polen 15 % der Bevölkerung betragen hätten, seien 1928 zur polnischen Schule 52 % der Kinder angemeldet worden. „Das bedeutet, daß ohne irgendwelchen polnischen Druck die Deutschen selbst anerkannt haben, daß nur die polnische Schule ihren Kindern Wissen verschaffen . . . könne“ (S. 240). Es ist immerhin eigenartig, daß, nachdem hier den Deutschen Nützlichkeitsrwegungen empfohlen werden, der Verfasser für seinen Teil erklärt: „Was unseren Vätern und Vorvätern 600 jährige Knechtschaft raubte, muß die polnische Volksschule wieder gutmachen. Daher müssen wir alle die polnische Volksschule aufs Äußerste verteidigen“ (S. 240).

b) Die Lehrerseminare: Nachdem früher festgestellt worden war, daß der Bildungsstand der Lehrer in Ost-Oberschlesien „außer in Galizien . . . der beste von allen Wojewodschaften ist“ (S. 239), wird hier mitgeteilt, daß auch der Ersatz gesichert ist. Die Anfang des Schuljahres 1927/1928 vorhandenen vier Lehrerseminare (1922 wurden übernommen drei Seminare: in Myslowitz, Tarnowitz und Bobrek bei Teschen) und drei Lehre-

⁵¹⁾ Wie aus späteren Mitteilungen ersichtlich, war diese „Öffentlichkeit“ der „Westmarkenverein“ (3. D. K. 3.) und der Verband der Aufständigen.

rinnen-Seminare (sämtlich neu errichtet, davon zwei in Ost-Oberschlesien) liefern nach Angaben des Verfassers bei insgesamt 1357 Zöglingen (737 männlich, 620 weiblich) bereits 1928/29 bei einem Bedarf von 200 Junglehrern deren 255.

Kurz mitgeteilt wird, daß neben den staatlichen (polnischen) Lehrerseminaren zwei deutsche Privatseminare (Lehrer- und Lehrerinnen-Seminar, beide in Bielitz) bestehen, die bei 228 Zöglingen jährlich 30 neue Lehrkräfte liefern.

c) Das höhere Schulwesen: Nach einer Übersicht der einzelnen Schulen (S. 244/245, allerdings ohne Angaben für die einzelnen Schulen) gibt der Verfasser eine Nationalitätenstatistik (Stand am 1. 9. 1924 und 1. 9. 1926). Danach verteilen sich am 1. September 1926 die Schüler wie folgt:

	Polnisch:	%	Deutsch:	%	Zusammen:
Private	1	—	1 325	100	1 326
Staatliche Anstalten	5 120	79,5	1 326	20,5	6 446
Kommunale	3 306	77,3	969	22,7	4 275
Private	130	7,4	1 635	92,6	1 765
	8 556	68,5	3 930	31,5	12 486

Stand am 1. September 1924:

Staatliche Anstalten	3 760	73,0	1 379	27,0	5 139
Kommunale	3 045	75,9	915	23,1	3 960
Private	1	—	1 325	100	1 326
	6 806	65,3	3 619	34,7	10 425

Der Verfasser betont, daß gegenüber einer Gesamtsteigerung der Schülerzahl um 20 %, die Zahl der polnischen Schüler um 25,7 %, die der deutschen Schüler nur um 8,8 % gestiegen sei. Diese Erscheinung sei um so günstiger, als gerade während dieser Zeit die Anmeldungen zur deutschen Volksschule gestiegen seien, und „man kann daraus folgern, daß gerade dort, wohin der Einfluß der kunstreichen deutschen Propaganda nicht reicht, sich auch die natürliche Entwicklung des polnischen Schulwesens vollzieht“ (S. 246).

Auch hier folgen zum Schluß Vergleiche der Schulen Ost-Oberschlesiens mit denen Gesamtpolens; daraus soll hervorgehen, daß die Ausstaffung Schlesiens durchaus zufriedenstellend sei. Besonders betont wird, wie üblich, die Aufwendung von Wojewodschaftsmitteln für die Schulen, welche diese „um 100 % besser stellt als in allen übrigen Wojewodschaften des Staates“. Dies sei aber nur möglich gewesen, „weil Schlesien einen eigenen Haushalt und eigene Wojewodschaftsfinanzen hat“.

d) Das Berufs Schulwesen: Da bei Übernahme Ost-Oberschlesiens durch Polen das Berufsschulwesen sehr schwach entwickelt gewesen sei, so seien auch die Minderheitenschutzbestimmungen der Genfer Konvention nicht auf das Berufsschulwesen ausgedehnt worden. Der Verfasser beschreibt die Errichtung einzelner Schulen und stellt dann den Stand für 1928 dar (S. 248). Allerdings ist aus diesem Bericht, der nur die Schulen namentlich auführt, über Art der Schule, Ausstaffung, Lehrkräfte, Schülerzahl usw. nichts ersichtlich. Ebenso gibt er kurz die Zahl der Fortbildungsschulen an (S. 249), um anschließend über die Nationalitätenverhältnisse mitzuteilen: Von 13 788 Schülern der Fortbildungsschulen seien im Jahre 1928 polnisch gewesen: 12 486 = 90,6 %; deutsch: 1302 = 9,4 %.

Aus einem Vergleich mit dem Gesamtstaat ergibt sich, daß von 153 000 Schülern von Berufsschulen (welchen Grades?) auf Ost-Oberschlesien 15 % entfielen. Gegenüber den Leistungen des Staates für die Berufsschulen in Höhe von 18 762 Zloty im Haushalt 1928/1929 habe die Wojewodschaft Schlesien hierfür 2 002 000 Zloty = 10 % der staatlichen Ausgaben verwendet. Nach Hinweis darauf, daß von den Erträgen der Amerika-Anleihe der Schlesiische Landtag 12 000 000 Zloty für den Ausbau der Berufsschulen bestimmt habe, erklärt der Verfasser: „Also steht Schlesien an erster Stelle unter sämtlichen Wojewodschaften. Und so muß es auch sein. Denn wer polonisiert unsere schlesische Großindustrie, wenn nicht unsere, in polnischen Berufsschulen . . . ausgebildeten Meister und Untermeister, Steiger und . . . höheren Angestellten? Liefern die polnischen Berufsschulen in Schlesien . . . polnische Werkleiter von der höchsten bis zur niedrigsten Stufe für Industrie und Handel, dann leisten sie dem Staatsgedanken in Schlesien die größten Dienste“ (S. 250).

Der Abschnitt e) über Kindergärten und Vorschulen enthält nur ganz allgemeine Bemerkungen.

X. „Die schlesische Diözese.“ (S. 252—258.)

Die kirchliche Lage Ost-Oberschlesiens nach dem Kriege wird von dem Verfasser wie folgt charakterisiert: „Wenn . . . die polnischen Katholiken in Schlesien gegen diejenigen Pfarrer, welche die Germanisierungspolitik betrieben, erbittert waren, so hegten sie gegen die bischöfliche Kurie in Breslau, von der diese Strömungen ausgingen, eine so tiefe Abneigung, daß es undenkbar war, daß nach der politischen Abtrennung Oberschlesiens von Deutschland, des Teschener Schlesiens von Österreich, nicht auch die kirchliche Abhängigkeit aufhören sollte“ (S. 250).

Der Vatikan habe diese Lage verstanden und daher — bevor noch die Grenzen der polnischen Diözesen festgelegt waren — nach Kattowitz einen besonderen Administrator entsandt, den damaligen Prälaten Dr. Glond. Seit dem 17. Dezember 1922 habe für Ost-Oberschlesien nur noch eine formale Abhängigkeit von Breslau bestanden, die auch faktisch aufgehört habe, als durch die Bulle vom 28. Oktober 1925 „Vixtum Poloniae Unitas“ die kirchlichen Grenzen Polens festgelegt wurden. Die genauen Grenzen der Kattowitzer Diözese habe das Dekret des Warschauer Nuntius vom 11. November 1925 bestimmt, das auch das bis dahin immer noch bei Breslau verbliebene Teschener Schlesien an Kattowitz angliederte. Die Konsekration des ersten Kattowitzer Bischofs, des bisherigen Administrators Dr. Glond, geschah am 3. Januar 1926 in der Peter- und Paulskirche zu Kattowitz, die gleichzeitig zur schlesischen Kathedrale erhoben wurde. „Nach vielhundertjähriger Abhängigkeit von deutschen Bischöfen erhielt das schlesische Volk endlich ein eigenes Bistum und seinen polnischen Bischof. Wenn es sich auch dankbar an die frühere polnische Kirchenhauptstadt — und an die ersten polnischen Bischöfe des alten polnischen Reiches — erinnerte, so begrüßte es doch, nachdem es in den letzten 150 Jahren dorthin soviel Unrecht erfahren hatte, mit freudigem Herzen und wirklich wie einen Sohn den ersten polnischen Bischof in Kattowitz.“ Die Aufnahme habe dem ersten Bischof seine Aufgabe, das Vertrauen der Diözese zu erwerben, sehr erleichtert, „das Volk . . . stand sofort vertrauensvoll bei seinem Hirten. Das Gleiche taten sämtliche polnisch fühlenden Pfarrer. Schwieriger . . . war es, das Verhältnis zwischen der polnischen Bevölkerung und denjenigen Pfarrern, die von deutschem Geist erfüllt waren, zu regeln. Aber auch auf diesem Gebiet geschah viel“⁵²⁾ (S. 254).

Nach dieser Einleitung schildert der Verfasser die Finanzfragen der katholischen Kirche in Ost-Oberschlesien, vor allem die Bewilligung von Geldmitteln durch den Landtag, der bis Ende März 1928 auch die Besoldung der Geistlichkeit aus Mitteln der Wojewodschaft bestritt. Danach übernahm gemäß des Konkordats von 1925 der polnische Staat die Besoldung. „Da die Beamten des öffentlichen Dienstes in Schlesien die sogenannte Grenzmarkenzulage von 20 % erhalten“⁵³⁾, so hat im Jahre 1927 der Schlesische Landtag diese Grenzmarkenzulage auch der Geistlichkeit zuerkannt.“ Diese blieb auch auf dem Wojewodschaftsbudget, nachdem der polnische Staat die Pfarrerbefoldung auf seinen Etat seit dem 1. April 1928 übernommen hatte. Nach Mitteilung über die Bezüge der Geistlichkeit, deren Zahl insgesamt 394 = 3,5 % der katholischen Geistlichkeit Gesamtpolens beträgt (darunter: ein Bischof, 8 Dombherren, 175 Präpöste, 138 Vikare, 2 Präfekten und 70 Alumen, dazu 60 im Schuldienst tätige Geistliche), werden die Ausgaben der Wojewodschaft für die katholische Kirche in Schlesien für die Jahre 1924—1928/1929 mit 5 721 000 Zloty angegeben (lt. Übersicht S. 256: Besoldungen 2 439 000, Patronatsubventionen 507 000, Subventionen für Kirchenbauten — besonders für die Kathedrale, deren Bau 1927 begonnen wurde — 2 775 000 Zloty). Nachdem der erste Bischof, Dr. Glond, 1926 zum Erzbischof von Gnesen ernannt worden war,

⁵²⁾ Eine sehr vieldeutige Ausdrucksweise!

⁵³⁾ Diese Mitteilung des Verfassers ist höchst interessant, besonders wenn man sich erinnert, mit welchem Abscheu in allen polnischen Kreisen vor dem Kriege immer von der Ostmarkenzulage gesprochen wurde.

folgte ihm der frühere Posener Bischof Lisiecki, der sich gleichfalls in kurzer Zeit das Vertrauen der Bevölkerung erworben habe. Wie dies geschehen ist, zeigen folgende Schlussworte:

„Nach sechs Jahren der Existenz des polnischen Bistums empfindet fast die ganze Geistlichkeit Schlesiens mit wenigen Ausnahmen so, wie der Bischof und die Bevölkerung, d. h. nicht bloß katholisch, sondern auch polnisch . . . Dank der durch Rom wohl verstandenen schlesischen Kirchenpolitik haben sowohl der Glaube wie die polnische Nationalität in Schlesien viel gewonnen. Denn das schlesische Volk weiß, daß der polnische Bischof zu Kattowitz ein wirklicher Sämann des Glaubens seiner Vorväter ist, und daß das schlesische Bistum die Festung des Polentums an der Südwestgrenze Polens ist⁵⁴⁾ (S. 257/258).

XI. Kultur- und Bildungsleben in Ost-Oberschlesien. (S. 259—311.)

Hier schildert der Verfasser in einer Anzahl von Unterabschnitten die wichtigsten Organisationen der Wojewodschaft, zunächst

1. die „Gesellschaft für Volksbibliotheken“ (Towarzystwo Czynelni Ludowych) (S. 259—266). Allgemeinen Worten über die Anfänge polnischer Lektüre in Oberschlesien folgen reale Angaben über die Entstehung der Gesellschaft, die, wie vielfach anderswo, von Posen aus ins Leben gerufen wurde (Dr. Bialy aus Posen gründete 1895 die erste Bibliothek in Rybnik). Trotz dem Kampfe mit den preussischen Behörden habe die Organisation gute Fortschritte erzielt (1913: 3500 Leser, 27 000 Ausleihungen) und 1914 einen Bestand von 157 Bibliotheken (mit durchschnittlich 100 Büchern) erreicht. Erst im Jahre 1917 sei durch den Vorsitzenden der Hauptverwaltung, Pfarrer Ludwiczak-Posen, in Gleiwitz ein Schlesiendes Sekretariat errichtet worden, dem die in Kreis-Komitees zusammengefaßten Bibliotheken unterstanden. 1922 wurde dieses Sekretariat nach Kattowitz verlegt, wo 1923 der „Schlesische Bezirksrat“ (Vorsitzender der frühere Präsident des Kattowitzer Appellationsgerichtes, Dr. Tadeusz Stark) als Dachorganisation entstand.

Aus den Mitteilungen über die Entwicklung der Gesellschaft⁵⁵⁾ seien nur Anfangs- und Schlusszahlen, die am deutlichsten den Aufschwung zeigen, wiedergegeben.

Jahr	Bibliotheken	Bücher	Leser	Ausleihungen	Vorträge	Kurse
1922	149	24 200	5 183	36 852	—	—
30. 6. 1928	287	103 887	26 163	441 873	2 129	142

Sehr aufschlußreich sind die Vergleiche mit den übrigen Abtretungsgebieten:

a) Posen:

1923	934	111 767	36 995	491 552
1928	692	113 327	25 303	317 535

b) Pommerellen

1923	263	46 190	19 061	216 713
1928	325	64 398	14 451	213 713

Es entfällt somit je ein Buch des Bestandes der T.C. L. 1927: in Ost-Oberschlesien auf 11,28, in Posen auf 17,70, in Pommerellen auf 18,70 Einwohner; ein Leser entfällt auf: 46 Einwohner in Ost-Oberschlesien, 71,50 in Posen, 85,40 in Pommerellen. Eine ähnliche Abstufung zeigen auch die Ergebnisse der Sammlungen am 3. Mai, die Erträge waren 1927: in Ost-Oberschlesien 31 726, in Posen 20 729, in Pommerellen 10 205 Zloty.

Um ihre Tätigkeit in Ost-Oberschlesien zu konzentrieren, habe die Gesellschaft in Kattowitz mit dem Bau eines „Bildungshauses“ begonnen, in dem außer dem Sekretariat und der Zentralausleihsstelle untergebracht sein würden: die Volksbibliothek für Kattowitz, eine wissenschaftliche Bibliothek mit Lesesaal, ferner eine Jugendbibliothek und verschiedene Vortragsäle. Die Kosten von 1,2 Millionen Zloty trage zum größten Teil der Wojewodschaftshaushalt.

Schließlich wird noch auf Parallelbestrebungen hingewiesen; die „Macierz Szkolna“ in Teschen; die Gründung polnischer Arbeiterbibliotheken durch die ober-schlesischen Industriellen; die „Wissen-

⁵⁴⁾ Von uns gesperrt. (Red.)

⁵⁵⁾ Vgl. dazu: „Ostland-Berichte“, Jhrg. III, Nr. 3, S. 54.

schaftliche Hilfs-gesellschaft“ (Towarzystwo Pomocy Naukowej), geleitet von dem Domherrn Szramek; die Gründung der Schlesischen Landtagsbibliothek und die Gesellschaft für Arbeiter-Universitäten (T.U.R.). Das Wachstum dieser Organisation beweise, daß „das Bedürfnis nach allgemeinem, vor allem nationalem Wissen, das solange von den Preußen unterdrückt war, jetzt mit um so größerem Nachdruck Befriedigung verlangt“ (S. 266).

2. „Der „Sokół“ in Schlesien“ (S. 266—270). Die erste Gruppe („Nest“ = gniazdo) gründete 1895 in Beuthen der Arbeiter J. Tucholski, der damit die Aufgabe, die anderswo der polnischen Intelligenz zufiel, ausführte. Weitere Gruppen folgten und schlossen sich schon 1896 zu dem „Bezirk Schlesien“ zusammen (erster Vorsitzender war der spätere Abgeordnete P. Dombek). 1910 umfaßte der Bezirk bereits 10 Gruppen (491 Mitglieder), er hielt 1914 auf dem von Bezirksführer Josef Dreyza⁵⁶⁾ auf dessen Kosten erworbenen Platz bei Kattowitz sein erstes „Treffen“ ab (21 Gruppen mit 820 Mitgliedern). Die Nachkriegszeit sah einen bedeutenden Aufschwung: 1920 zählte der „Sokół“, der sich jetzt mit den übrigen Sokół-Verbänden Polens vereinigte, 82 Gruppen mit 8000 Mitgliedern. „Während der Abstimmungszeit waren die Mitglieder des Sokół die sichersten Arbeiter für Polen. Während der schlesischen Aufstände waren sie nicht nur die besten Soldaten, sondern auch die besten Führer; die schlesischen Sokóls schufen zum großen Teile die ersten Kadres der Aufständigenarmee in Schlesien⁵⁷⁾“ (S. 269).

Als künftige Hauptaufgabe des Verbandes, der Anfang 1928 in Schlesien 109 Gruppen mit 8007 Mitgliedern (davon 2039 Mitglieder von 14—18 Jahren) zählte, wird der Kampf gegen den Kommunismus bezeichnet.

3. Die polnischen Frauenverbände (S. 270—277). Nach Hervorhebung der außerordentlichen Bedeutung, die der polnischen Frau allgemein im Nationalitätenkampf Oberschlesiens zugekommen sei, folgt die Feststellung: „An die selbständige Arbeit in der breiteren Öffentlichkeit trat die schlesische Frau erst heran, als die Bedrückung der Polen . . . so groß wurde, daß sie sah, die zahlenmäßigen Kräfte ihres Vaters, Gatten oder Bruders seien zu schwach gegenüber dem Ansturm des Feindes gegen die heiligsten Nationalgüter“ (S. 271). Im Jahre 1900 sei der erste polnische Frauenverband in Beuthen (u. a. von der Gattin des Abgeordneten Dombek) gegründet worden; der „Leitgedanke . . . war, wie . . . die Abgeordnete Fräulein Szymkowiak erklärte, die Gruppen der oberschlesischen Polinnen, welche die Ungerechtigkeit der preußischen Erobererherrschaft empfanden, zusammenschließen und unter den Landsmänninnen, die obwohl polnischer Abstammung, . . . der Entnationalisierung unterlagen, nationales Bewußtsein zu verbreiten“ (S. 271). Weitere Vereine mit Bibliotheken (die erste 1902 in Kattowitz mit Unterstützung der Städte Posen und Krakau, sowie des Warschauer Rechtsanwalts Belza gegründet) seien gefolgt und alle hätten sich 1914 in Beuthen zu dem „Verband polnischer Frauenvereine“ zusammengeschlossen. Dieser entfaltete, nach seiner Reorganisation im November 1918, mit 450 Vereinen und 35 000 Mitgliedern eine rege Tätigkeit. Während der Abstimmungszeit organisierten die polnischen Frauenvereine „Pilgerfahrten nach Tschenstochau, Krakau und anderen polnischen Städten, veranlaßten Kundgebungen, Kurse und Vorträge . . . gaben eine Zeitung: „Głos Polek“ heraus. Während der Aufstandskämpfe traten die Mitglieder . . . nicht nur in den Dienst des Roten Kreuzes . . . sondern brachten auch Waffen über die deutsche Grenze, dienten als Kundschafterinnen . . .“ (S. 274).

Nach der Teilung Oberschlesiens, die den größten Teil der Vereine im Deutschen Reich belassen habe, sei ein Stillstand eingetreten, jedoch zählte der Verband, der seinen Hauptsitz von Gleiwitz nach Kattowitz verlegt hatte, 1927 wieder 110 Vereine mit 10 000 Mitgliedern. Er seit im Jahre 1928, „da man ihn für politische Zwecke mißbraucht hatte“, zerfallen; ein Teil der Mitglieder verblieb bei dem alten Vorstande (darin u. a. die Abgeordnete Fr. Szymkowiak), der Rest folgte der Frau Korsantk.

⁵⁶⁾ Einer der späteren Führer der Aufstände?

⁵⁷⁾ Vgl. dazu: „Ostland-Berichte“, Jhrg. III, Nr. 1, S. 22 und Nr. 4—6, S. 139.

Nach kurzer Erwähnung anderer Frauenverbände: u. a. der „Nationalen Frauen-Organisation“ (in Oberschlesien erst nach 1922), der Frauenverbände der Nationalen Arbeiterpartei, fordert der Verfasser: „Es liegt im Interesse des Polentums Schlesiens, daß der Gedanke, sie in einem kräftigen Verbandsverbande zu vereinen, möglichst bald zur Reife kommt“ (S. 277).

4. Der „Verband der schlesischen Sängervereine“ (Związek Śląskich Kół Spiewackich) (S. 277—284). Was der Verfasser des Längeren über die Bedeutung des Gesanges für die nationalen Fragen ausführt, wird am besten charakterisiert dadurch, daß er sie mit den Übungen der Militärkapellen vergleicht. „Der Durchschnittseroberer: Polizist, Lehrer oder sonstiger preußischer Beamter sah in ihnen (= den polnischen Liedern) weder Schönheit noch Kraft. Nur ein großer Historiker des Volkes oder Psychologe — ob Deutscher oder Pole — konnte, wenn er nach Schlesien kam und sich in diesen Gesang . . . hineinhörte, Folgerungen ziehen über die Energie, die diese Lieder und Liedchen einmal in dem schlesischen Volk entfachen könnten“ (S. 278). Unter diesem Gesichtspunkt schildert der Verfasser dann die Entwicklung der polnischen Gesangsvereine, deren erster 1905 in Kattowitz entstand. Ihre Zahl vermehrte sich trotz den Verfolgungen und obwohl sie als politische Vereine nur Mitglieder über 18 Jahren aufnahmen, bis 1912 auf 39 Vereine mit 1700 Mitgliedern. 1913 konnte bereits ein (zweiter) Sängertag abgehalten werden, an dem u. a. sämtliche polnischen Abgeordneten teilnahmen. Ein für 1920 geplanter Sängertag wurde von den Abstimmungsbehörden nicht gestattet, dafür aber wurden 10 Kreistagungen veranstaltet. Seit 1919 begann der Verband (280 Vereine mit 16 000 Mitgliedern) ein eigenes Organ, den „Spiewak Śląski“ (Der schlesische Sänger) herauszugeben. Obwohl die Grenzziehung im Jahre 1922 auf deutscher Seite 120 Vereine beließ, entwickelte sich der Verband in Ost-Oberschlesien kräftig weiter. Aus den Angaben darüber (S. 282/283) ergibt sich für 1929 ein Mitgliederbestand von 10 385 (in 181 Vereinen). Seine Bedeutung wird mit folgendem Schlußwort gekennzeichnet: „Das (polnische) Lied veredelt nicht nur das schwer abgearbeitete schlesische Volk, sondern erweckt auch den polnischen Geist unter denen, die ihn während der preußischen Knechtschaft verloren. Wenn die Volksschule in Schlesien die junge Generation für Polen erzieht, so nationalisiert das polnische Lied die schon erwachsene Generation“ (S. 285).

5. „Der schlesische Verband der Polnischen Jugend“ (Śląski Związek Młodzieży Polskiej; S. 284—289). Verfasser bemerkt hierzu: „In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, als in Schlesien noch keinerlei Kultur- und Bildungs-, noch auch Berufsvereine existierten, . . . begannen einige Geistliche, die schon damals polnisch fühlten, die polnisch-katholische Jugend zu organisieren.“ Zu ihnen habe auch der Pfarrer Bonczyk gehört, welcher im Jahre 1871 den ersten Aloysius-Verein in Rosenberg bei Beuthen gründete. Aus der Entwicklung dieser Aloysius-Vereine sei kurz zusammengestellt: Trotz entgegenstehenden Verboten des Fürstbischofs von Breslau entwickelten die Vereine sich günstig, ihr Verband zählte im Jahre 1920 insgesamt 35 Vereine mit 3300 Mitgliedern. Bei der Abtretung verblieben 10 Vereine auf deutscher Seite (der Vorsitzende des Beuthener Vereins, Josef Szruba, habe 6 Jahre Gefängnis erhalten für „angebliche Spionage zu Gunsten Polens“). Dafür schlossen sich die Vereine Ost-Oberschlesiens mit denen im Teschener Schlesien zusammen. Der Mitgliederbestand des Verbandes betrug 1926: 9 503 Mitglieder (davon 5 222 Jugendliche unter 18 Jahren). Als Ziel wird angegeben: „Erziehung der Jugend in religiösem und nationalem Geist“ (S. 288).

6. Der Haller-Verband (Fahne Schlesien): (Związek Hallerczyków. Chorągiew Śląska“, (S. 289—291). Hier berichtet der Verfasser: „Noch während des Weltkrieges, als General Haller in Frankreich die polnische Wehrmacht organisierte, gingen ungefähr 5000 Oberschlesier, ehemalige deutsche Soldaten, die sich in alliierter Gefangenschaft befanden, freiwillig zum Dienst unter den Fahnen des Weißen Adlers über. Das waren die ersten Haller-Truppen“ (S. 289). Eine weitere Gruppe unter den schlesischen Haller-Truppen bildeten diejenigen,

die nach dem Mißlingen des ersten Aufstandes als Freiwillige in das polnische Heer eintraten und dort unter dem General Haller im „Beutener Regiment“ (Pułk Bytomski) an der bolschewistischen Front kämpften.

1920 kehrten alle Angehörigen der Haller-Armee nach Oberschlesien zurück, „denn sie sollten hervorragenden Anteil⁸⁸⁾ an der Abstimmungsaktion nehmen, um der polnischen Sache zum Siege zu verhelfen“. Sie schlossen sich zunächst in dem „Selbsthilfe-Verein ehemaliger kriegsgefangener Oberschlesier“ (Zowarzysztwo Samopomocy Górnoslązaków, byłych jeńców wojennych) zusammen, der 1922 den obigen Namen annahm. 1924 zählte dieser Verband 24 „Posten“ mit 2000 Mitgliedern; Hauptaufgabe dieses Verbandes ist neben der Pflege der Haller-Tradition Vorbereitung der Jugend zum Militärdienst.

7. Der polnische Pfadfinder. Fahne Schlesien (Harcerz Polski Chorągiew Śląska). Die Anfänge dieser Organisation reichen nur bis zum Jahre 1920 zurück: „Die Geburt des polnischen Pfadfinders in Schlesien geschah während des Donners des geistigen Kampfes zweier Rassen, der slavischen und der germanischen. Zwei Völker: das polnische und das deutsche Volk führten ihren letzten entscheidenden Kampf. In dieser Arbeit, diesem schweren Kampfe leistete der junge Pfadfinder Polen nicht geringe Dienste . . .“ (S. 293), nämlich durch Hilfeleistung bei der Propaganda, später durch Teilnahme einer Pfadfinderabteilung am dritten Aufstand!

Nach dem Jahre 1922 entwickelte sich die Organisation, unterstützt von verschiedenen Amtspersonlichkeiten (u. a. von dem damaligen Wojewoden Koncki und dem Leiter der Wojewodschaftsgesundheitsabteilung, Dr. Rostek) recht günstig, wovon die von Tausenden besichtigten alljährlichen „Treffen“ Zeugnis ablegten. 1927 zählte die Fahne Schlesien 7000 Mitglieder (davon 4116 männliche) in 177 Gruppen, die wiederum in 25 „Fähnlein“ zusammengefaßt waren. Davon waren 489 Pfadfinder im Alter von 8—12, 2158 im Alter von 12—16, 1476 im Alter von über 16 Jahren; es wurde also gerade die Jugend in ihren empfänglichsten Jahrgängen erfasst. Diesen wird dann eingeprägt als Aufgabe des Pfadfinders in Schlesien: „ . . . Zentrum der nationalen Bewegung zu sein, eine der Stützen der Bewegung, einer der Faktoren zu sein, die den uralten polnischen Charakter des schlesischen Bodens, der von dem Blut dreier Aufstände reichlich durchtränkt ist, für dauernd kräftigen“ (S. 294). Die Fortschritte der Arbeit zeigt eine Gegenüberstellung der Jahre 1924—1926 (S. 297):

Sommerlager: darin Pfadfinder: Pfadfindertage:			
1924	6	160	2 880
1926	14	543	11 403

8. Der Verband der Schlesischen Aufständischen [Związek Powstańców Śląskich (S. 298—305)]. Der Verfasser beginnt mit der polnischen Wiedergeburt in Schlesien, die er in drei Phasen teilt. In der ersten, in der Leute wie die Pfarrer Damroth, Bonczyk, der Volksschullehrer Lompa u. a. tätig waren, habe der polnische Geist einem unschuldigen Kinde geglichen, das bei niemandem Argwohn erregt; „nur der große preussische Herodes in Berlin — Bismarck — fürchtete mit dem nur großen Männern eigenen Instinkt geradezu intuitiv die unschuldigen Verse von Lompa und Damroth. Hätte er gekonnt, dann hätte er sie im Entstehen erstickt“ (S. 293). Es folgt die zweite Phase: die Zeit von Stellmach und Miarka, da der polnische Geist — gewissermaßen als Autodidakt — bei wachsendem Mißtrauen deutscherseits, Wissen und Kräfte gesammelt habe.

Die dritte Phase — bezeichnet durch die Namen von Napierałski und Korfański — „gleich einem Mann, der seine eigene Kraft erkannt hat und schon offen um seine Rechte unter der Sonne kämpft. Er kämpft nach Menschenart: einmal als geschickter Diplomat, der mit dem Verstand erlangt, wozu die physischen Kräfte zu schwach waren; ein andermal, da er sich stärker als sein Gegner fühlt, schlägt er mit der Faust auf ihn

⁸⁸⁾ Dieser „hervorragende Anteil“ bestand darin, daß sie beim 3. Aufstand der Aufstandsarmee Offiziers- und Unteroffizierskadres lieferten (S. 290).

ein, fordert offenen Kampf in der parlamentarischen, in der internationalen Arena . . . Zwei Generationen genügten, daß der polnische Geist in Schlesien seiner selbst bewußt wurde . . . Das Kind von Lompa und Damroth war zum Vater einer zahlreichen Heldengeneration — der schlesischen Aufständischen — geworden“ (S. 299—300).

Über die Aufstände heißt es dann noch: Gleich wie der Bauer zum Stock greift, wenn er im Wortstreit nichts mehr vorbringen kann, so habe auch der Aufständische schließlich zum „Bauernargument“ gegriffen. Im übrigen vergleicht der Verfasser die Aufstände mit den Grenzkämpfen im 17. Jahrhundert zur Zeit des Königs Johann Kasimir, „nur daß sie um 10 Generationen später und statt an der Ost- an der südwestlichen Grenze Polens stattfanden. Ein künftiger Sienkiewicz wird für eine neue nationale Epopöe keinen schlechteren historischen Augenblick als sein Vorgänger haben“ (S. 303).

Wie aus den erwähnten Aufgaben des Verbandes hervorgeht, ist dieser noch während der Abstimmungszeit entstanden (genauere Angaben fehlen, wie auch über die Entwicklung der Mitgliederzahl usw.). Das Programm des Verbandes wird wie folgt wiedergegeben: „Die Hauptziele . . . waren und sind . . . : 1. Militärische Vorbereitung in der Übergangszeit, solange die Entscheidung des Botschafterrats nicht ergangen ist und die deutschen Organisationen Leben und Sicherheit der Polen in Oberschlesien bedrohen; 2. Schutz der Interessen von geschädigten Aufständischen, Witwen, Waisen und Invaliden; 3. Beteiligung am Bau der Verfassung Oberschlesiens in der Richtung einer möglichst engen Vereinigung mit Polen; 4. Sammlung aller Polen, die nicht mit Worten, sondern mit opferwilligen Taten ihr Polentum erwiesen haben; 5. Ausgestaltung der Tätigkeit und Unterstützung jeglicher Bestrebungen zur Durchführung der Arbeit an der Umformung der oberschlesischen Seele in nationalem Sinn; 6. Gedenken der Brüder jenseits der Grenze und Aufrechterhaltung der Idee der Wiedererlangung des übrigen schlesischen Gebietes⁵⁹⁾; 7. Verhinderung der Umgestaltung des deutschen Lagers in eine feste, im Herzen der polnischen Industrie wurzelnde deutsche Bastion zur Wiedererlangung des verlorenen Gebietes“ (S. 303/304).

Der Verfasser erwähnt die Kundgebung des Verbandes auf dem Kattowitzer Markt im Februar 1923 (Teilnehmer 40 000?), wo als wichtigste Forderung die Aufhebung des Privilegs der Militärfreiheit — mit Erfolg — gestellt wurde und rühmt nach kurzen Angaben über die Entwicklung des Verbandes dessen „große Energie . . . zur Rückpolonisierung Schlesiens“. Der Verband, der unzweifelhaft die stärkste Organisation in Schlesien sei, übe einen „nicht geringen Einfluß auf die Herausbildung der nationalen und staatlichen Verhältnisse in der Wojewodschaft“ aus. Es sei zu wünschen, daß die daneben entstandene ähnliche Organisation (Korfanty's!), die allein zu schwach sei, sich baldigst mit dem Verband vereinigen möchte.

9. Der polnische Westmarkenverein (Związek Obrony Kresów Zachodnich), (S. 305—307). Über diesen Verband, der „zu den zahlreichsten und einflußreichsten Organisationen in Schlesien“ gehört, äußert sich der Verfasser recht kurz. Er sei notwendig gewesen, denn „die Erhaltung Schlesiens bei seinem Mutterlande erforderte und erfordert größere Anstrengungen von seiten der Bevölkerung als ähnliche Arbeit in anderen Landesteilen. Dazu trägt bei: der Grenzmarkencharakter Schlesiens, die Lockungen seiner unermeßlichen Reichtümer und der Umstand, daß diese Reichtümer sich fast ganz in nichtpolnischer Hand befanden und sich gewissermaßen noch befinden. Dazu reagierte ein Teil der Bevölkerung, der in nationaler Hinsicht ungenügend aufgeklärt war, zu schwach auf die deutsche Agitation . . .“ (S. 306). Nach der Meinung des Verfassers kommt die Tatsache, daß der Verband, der bereits 1922 entstand, einem wirklichen Bedürfnis entspreche auch in seinem unerhörten schnellen Aufschwung zum Ausdruck.

Sehr bemerkenswert sind die Ausführungen des Verfassers über die Tätigkeit des Verbandes in der Schulfrage: „Ein gerade-

⁵⁹⁾ Von uns gesperrt. (Red.)

zu unermessliches Verdienst hat sich der Z.O.K.Z. bei der Entwicklung der polnischen Schulen in Schlesien erworben. Überall, wohin deutsche Verrätergelder zum Auskauf von Kindern aus polnischen Schulen drangen, hat eine Gruppe der Z.O.K.Z. mit geradezu unermüdlicher Energie sich entgegengestellt. . . .“ Und diese Tätigkeit habe gewirkt, „wie Einspritzungen gegen eine Infektionskrankheit“.

Jedenfalls stellt der Verfasser, der noch anerkennend auf die Bestrebungen des Verbandes, jede irgendwie einflussreiche Stellung mit guten Polen zu besetzen, hinweist, abschließend fest: „Dank dieser vielseitigen Tätigkeit bei Verstärkung des Polentums hat sich der Z.O.K.Z. die allgemeine Anerkennung sämtlicher Polen der Wojewodschaft Schlesien erworben.“

10. Übrige polnische Organisationen (S. 308—311). Hier erwähnt der Verfasser kurz die „Luftverteidigungsliga“ (L.O.P.P.), den Verband der Legionäre, des Schützenverbandes, die Berufsverbände u. a., um zusammenzufassen: „Das dauernde, mächtige Anwachsen der Organisationen ist das beste Maß für das steigende Nationalbewußtsein in Schlesien . . . gleichzeitig die stärkste Waffe im Kampf gegen die noch immer Schlesien angreifenden Deutschen . . . Wenn erst auf dem von der heutigen Generation so vorbereiteten Boden unsere, in der polnischen Schule erzogenen Kinder stehen werden, werden sie eine so einheitliche polnische Macht darstellen, daß auf diesem Grunde sie niemand mehr angreifen wird . . .“ (S. 311).

XII. Die Entwicklung des „polnischen Gedankens“ in Ost-Oberschlesien. (S. 312—323.)

Der Verfasser verbreitet sich zunächst über die Frage: Nationalstaat oder Nationalitätenstaat. Seine Stellungnahme geht aus folgenden Bemerkungen hervor: „... jeder Staat, der ... nationale Minderheiten besitzt, muß zunächst ihre wirtschaftliche, staatliche und seelische Assimilierung erstreben, die Sprachenfrage ist in zweiter Linie zu berühren. Die Methode währt recht lange, ruft aber während des ganzen Prozesses keine stärkeren Reibungen im Inland hervor, erleichtert die Bildung einer guten Meinung von diesem Staat im Auslande“ (S. 316). Seine Ansichten über Polens spezielle Aufgaben lauten folgendermaßen (S. 316 ff.):

Man müsse in Polen drei Gruppen nationaler Minderheiten unterscheiden: 1. die national schwach bewußten Gruppen im Osten, 2. die sich ihrer nationalen bzw. rassistischen Sonderstellung bewußten Deutschen und Juden, 3. „die sogenannten Renegaten, d. h. Polen der Abkunft nach, die in der Knechtschaft von den Eroberern, — nicht so sehr sprachlich als seelisch — assimiliert wurden. Diese Unglücklichen wohnen längs der ganzen polnischen Westgrenze. Die meisten von ihnen besitzt Schlesien und Pommern.“ Für diese letztere Gruppe erörtert der Verfasser die Frage der Assimilierung eingehend, für die Gruppen 1. und 2. begnügt er sich damit zu sagen, sie „vollzieht sich, gewöhnlich länger dauernd, im Allgemeinen ohne größere Erschütterung.“

Hinsichtlich der dritten Gruppe meint der Verfasser: „Die Rückassimilierung eines Renegaten gleicht der Heilung eines Menschen von einer chronischen Krankheit. Um wieviel leichter ist es, die präventive Methode anzuwenden als eine alte Krankheit, die sich in einem Menschen, der sich schon an sie gewöhnt hat . . ., festgesetzt hat, zu heilen . . . Ähnlich steht es mit der Rückassimilierung unserer entnationalisierten Landsleute. Diejenigen, die entnationalisiert wurden, besaßen damals kein größeres Nationalbewußtsein. Sie erwarben eine fremde seelische Krankheit, besser eine fremde Nationalgewöhnung. In dieser verbrachten sie eine, manchmal sogar zwei Generationen. Sie gingen also in ein fremdes nationales Lager über. Wenn sie also jetzt in die alten Wege des polnischen Geistes zurückkehren sollen, bereitet ihnen das unzweifelhaft einen größeren Schmerz als denen, die zum ersten Mal in den Bereich der polnischen Kultur eingehen sollen Aus diesem Grund ruft die Rückassimilierung unserer entnationalisierten Landsleute soviel Lärm, nicht nur innerhalb Polens, sondern auch außerhalb seiner Grenzen hervor.“ Die praktische Anwendung auf Ost-Oberschlesien ist dann:

„Von allen Wojewodschaften . . . besitzt Schlesien die meisten, durch die Preußen entnationalisierten Polen. Die Bevölkerung mit rein deutschen Namen in Schlesien ist sehr gering, vielleicht 10 %. Und selbst ein großer Teil von diesen . . . beherrscht auch die polnische Sprache. Die Assimilierung der sog. „nationalen Minderheiten⁶⁰⁾“ in Schlesien betrifft also fast ausschließlich die Heilung seelischer Krüppel⁶¹⁾ — die Wiedereinrenkung verrenkter seelischer Gelenke unserer Landsleute — die Reassimilierung derjenigen, die aus eigenen Kräften die Wege des polnischen Geistes nicht wieder finden können. — — — So erklärt sich das Geschrei über die angebliche Bedrückung der angeblichen „deutschen Minderheit⁶⁰⁾“ in Schlesien. Aber nach jeder solchen Operation fühlt sich der Patient wohl⁶¹⁾.“

Diese „Operation“ soll, wie der Verfasser erhofft, „vielleicht schon in einer Generation“ durchgeführt werden; „die Kinder unserer angedeuteten Landsleute werden sicherlich polnisch fühlen und denken“. Unter diesem Gesichtspunkt machen ihm auch die Wahlergebnisse, die er jetzt darstellt (S. 319—322) und die den Deutschen bedeutend mehr Stimmen lieferten, als es ihrem Prozentsatz (den er bekanntlich auf 8 % berechnete) entsprechen dürfte, nicht allzuviel Sorgen. Denn diese Schwankungen, die durch die wechselnden Wirtschaftskonjunkturen herbeigeführt worden seien, würden mit der gegenwärtigen Generation aufhören. „Sobald die ersten Jahrgänge, die von der polnischen Schule erzogen wurden, ihre Volljährigkeit erreichen und zur Wahlurne schreiten, wird die Entwicklungslinie des polnischen Gedankens endgültig aufhören zu schwanken und schon eine dauernd steigende Tendenz aufweisen. Das wird ungefähr 1933 geschehen . . .“ (S. 322).

XIII. Schlußbemerkungen (S. 324—327).

Hier will der Verfasser wenigstens in aller Kürze noch alle diejenigen erwähnen, die sich um das Polentum in Schlesien verdient gemacht haben. Er erklärt, Karl Marka und Paul Stellmach müßten durch besondere Darstellungen gewürdigt werden; Sonderbiographien erforderten auch: der Volksschullehrer Lompa, der erste polnische Abgeordnete im Preußischen Landtag, Pfarrer Szastranek, ferner Pfarrer Damroth und Pfarrer Bonczyk. Erwähnt müßten noch werden: Pfarrer Pohle aus Tarnowitz, der 1791 die polnische Bevölkerung mit der Feder gegen die Preußen verteidigt habe, ebenso der germanisierte Herr v. Kosicki, der die Tarnowitzer Bevölkerung sein Leben lang verteidigt habe, schließlich noch der Breslauer Suffraganbischof Bernhard Bogedain; dieser als Beweis dafür, daß sich von Zeit zu Zeit auch auf hohen Kirchenposten polnischer Geist gezeigt habe. Darauf folgen noch Namen verschiedener Persönlichkeiten, die zum Teil noch vor kurzem in der polnischen Bewegung hervorragten.

Zum Schluß bietet der Verfasser (außer einer Übersicht der von ihm benutzten Werke (S. 352—354) ein „Verzeichnis der Werke, Drucke und Veröffentlichungen über Schlesien“ (S. 328—351), in dem nahezu ausschließlich polnische Werke in sachlicher Ordnung angegeben werden.

[Śląsk na łonie Macierzy“ (Schlesien im Schoße des Mutterlandes), Kattowitz 1929, 355 S.] **(86)**

⁶⁰⁾ Von uns gesperrt. (Red.)

⁶¹⁾ Man beachte den Ironismus des Verfassers.

Ringman, A. Polnisch-deutsche Wirtschaftsbeziehungen auf Grund des Zollkrieges.

Fraktur — Bericht.

Antiqua — wörtliche Uebersetzung des polnischen Textes.

Es ist sehr bezeichnend, daß der größte Teil der Darstellungen polnischer Verhältnisse, gerade auch der Wirtschaftsfragen, sowohl in Zeitschriften als auch Bucherscheinungen, von Personen stammen, die mehr oder minder „von Amts wegen“ schreiben. So stammt auch das vorliegende mit Tabellen reichhaltig versehene Werk von einem Beamten des polnischen Industrie- und Handelsministeriums. Bezeichnend ist schon das Vorwort, in dem es nach kurzen, sachlichen Hinweisen auf die Zerrüttung der Weltwirtschaft durch den Krieg und auf die durch ihn herbeigeführte Kapitalzerstörung heißt: bei den Versuchen, die internationale Arbeitsteilung wiederherzustellen, habe die polnische Regierung sich nicht von anderen Nationen übertreffen lassen wollen und habe große Opfer auf sich genommen, obwohl die polnische Volkswirtschaft, früher von den Teilgebetsmächten systematisch vernachlässigt und ausgebeutet, durch den Krieg schwerer als andere gelitten habe. Schon diese Behauptung, als habe Polen einer internationalen Wirtschaftsverständigung freundlich oder gar fördernd gegenübergestanden, dürfte starke Zweifel erwecken. Mehr noch aber heißt es, die Wahrheit entstellen, wenn der Verfasser fortfährt, „bei der Verwirklichung dieser Pläne traf jedoch Polen auf ein sehr starkes Hindernis, da sich die deutsche Regierung hartnäckig weigerte, zu normalen Handelsbeziehungen . . . zu gelangen.“ Was dabei unter „normal“ verstanden wird, erklärt der Verfasser nicht, und fährt fort, seine Arbeit sei den „Bemühungen der polnischen Regierung . . .“, die polnisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen in Ordnung zu bringen, sie von der Auswirkung politischer Antipathien zu befreien und auf einen normalen Handelsvertrag zu stützen . . .“ (S. 7) gewidmet.

Die Darstellung der Vorkriegsverhältnisse (S. 9—15) soll zeigen, daß „die polnisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen seit Jahrhunderten unter dem mächtigen Einfluß der deutschen Politik, die in ihrem geschichtlichen Drang nach Osten bemüht war, die polnischen Gebiete nicht zur wirtschaftlichen Entfaltung gelangen zu lassen und in dieser Hinsicht von Deutschland abhängig zu machen, gestanden haben“ (S. 9). Klassisches Beispiel dafür sei die Zollpolitik Friedrichs des Großen, der sich die faktische Kontrolle des polnischen Warenverkehrs auf der Weichsel angeeignet hatte; und die späteren Teilungen hätten diesem Zustand Dauer verliehen. Die deutsche Politik der Jahre 1815—1920, die darauf gerichtet gewesen sei, sich in den polnischen Gebieten ein „Hinterland für den Absatz industrieller Produkte“ zu schaffen, habe Erfolg nicht nur in Posen und Westpreußen gehabt, sondern auch, trotz den russischen Schutzzöllen, in Kongreßpolen. Die Gebiete des heutigen Polen hätten im deutschen Wirtschaftsleben — als Absatzgebiet für industrielle Produkte und auch als Bezugsquelle für Landwirtschaftsprodukte und industrielle Rohstoffe — den ersten Platz eingenommen. Und zwar kommt der Verfasser zu dieser Feststellung, indem er dem russischen Ex- und Import, der zum größten Teile von Kongreßpolen aufgenommen worden sein soll, außer Galizien (das von minderer Bedeutung war) die Zahlen für die ehemaligen deutschen Landesteile hinzurechnet. Die damalige Ostmark habe für 1,5 Milliarden Mark mehr Waren an das übrige Deutschland abgegeben als sie aufnahm.

Ungeachtet dieser überragenden Bedeutung des heutigen Polen für die deutsche Volkswirtschaft habe Deutschland sich bemüht, unter Ausnutzung seines politischen und wirtschaftlichen Schwergewichts Rußland und Osterreich gegenüber, die Entwicklung der Industrie „besonders in den polnischen Provinzen dieser Staaten“ zu verhindern, um sich seine Monopolstellung zu erhalten. Das sei um so leichter gewesen, als man in diesen Staaten der polnischen Bevölkerung mißtraut habe. (Beispiel: u. a. die angebliche Verhinderung des Aufschwungs der Kaliproduktion in Galizien durch das deutsche Kali-Syndikat.) Wenn die deutsche Politik in den russischen Schutzzöllen zeitweilig ein Hindernis angetroffen habe, so seien diese in erster Linie für den Schutz der russischen, nicht der kongreßpolnischen Industrie bestimmt gewesen. Und schließlich sei der russische Widerstand von deutscher Seite schnell durch Ausnutzung der politischen Schwäche Rußlands seit 1904

beseitigt worden, so daß die kongresspolnische Industrie erneut der übermächtigen deutschen Konkurrenz ausgesetzt gewesen sei.

Abschnitt III (S. 16—19) behandelt „Kriegs- und Nachkriegszeit bis zum Beginn der Vertragsverhandlungen“. Die Ausführungen sind kurz, aber durchaus reich an falschen Behauptungen. So heißt es, die hemmenden Einflüsse hätten sich erst so recht während des Krieges gezeigt, wo deutscherseits polnische Fabriken beschossen und vernichtet worden seien, auch in Fällen, wo keine militärische Notwendigkeit vorgelegen habe. Die verbliebenen Reste seien später nach Deutschland gebracht worden, um der Rohstoffknappheit zu steuern: „Die Schäden wurden allein in der Industrie auf 10 Milliarden (!) Goldfranken geschätzt“ (S. 16). In der Nachkriegszeit habe sich nur die Form der deutschen Politik geändert; so habe Deutschland die Rücklieferungsverpflichtungen nicht oder nur teilweise erfüllt, ferner im Gegensatz zu der im Versailler Vertrag auch für Polen vorgesehenen Meistbegünstigung Polen gegenüber in den Jahren 1919 bis 1922 den Wirtschaftsboykott angewandt. Dazu hätten u. a. die „Auslandszuschläge“ gedient¹⁾.

Die deutsche Politik habe aber nur den Erfolg gehabt, daß einerseits andere Nationen an Deutschlands Stelle getreten seien, andererseits in Polen neue Fabrikationsstätten entstanden seien, und „das hatte nicht nur hohe wirtschaftliche, sondern auch militärische Bedeutung?“ (S. 17). Um sich weiter von dem deutschen Einflusse zu befreien, habe Polen in den Jahren 1922—1925 über 20 Handelsverträge mit den verschiedensten Staaten abgeschlossen. Darunter hätten der Vertrag mit Frankreich und der in der ersten Hälfte des Jahres 1925 mit der Tschechoslowakei abgeschlossene Vertrag wegen der vielen darin enthaltenen Zollermäßigungen besondere Bedeutung für Deutschland gehabt. Dieses habe daher bereits im Herbst 1924 diplomatische Verhandlungen über einen künftigen Handelsvertrag begonnen, denn (nach Meinung des Verfassers!) „hatte und hat noch heute die Regelung dieser Fragen für Deutschland größere Bedeutung als für Polen“ (S. 18).

Schon früh hätten sich in Deutschland Stimmen erhoben, die auf die schwerwiegenden wirtschaftlichen und politischen Folgen einer Vernachlässigung Polens hingewiesen hätten. Der Verfasser versucht schließlich, die Schuld an dem Andauern des vertragslosen Zustandes allein Deutschland zuzuschreiben, „das von Anfang an seine Forderungen fast wie ein Ultimatum gestellt habe“, denn „die polnische Regierung habe . . ., mehr als die deutsche, . . . versucht, zu einer Regelung der Handelsbeziehungen zu Deutschland zu gelangen . . ., aus der Erwägung heraus, daß ein solcher Vertrag auf Grund vernünftiger gegenseitiger Konzessionen am besten zur Beseitigung politischer Reibungen und Mißverständnisse, an denen Polen nicht die Schuld trägt, beitragen könne“ (S. 19).

Über die Vertragsverhandlungen äußert sich Abschnitt III (S. 20—32). Hier stellt der Verfasser zunächst fest, daß die Lage Polens nach dem Provisorium vom 13. Januar 1925 (Fortsetzung des Warenverkehrs bei autonomen Zollsätzen) sich nicht verschlechtert habe, da auch ein Fortgewähren der Meistbegünstigungsklausel bei dem Fehlen deutscher Handelsverträge mit anderen Staaten praktisch bedeutungslos gewesen sei. Umgekehrt sei die Lage Deutschlands gewesen, daß, falls es die Meistbegünstigung von Polen eingeräumt erhalten hätte, Nutzen besonders aus den an Frankreich und die Tschechoslowakei eingeräumten Zollermäßigungen hätte ziehen können. Zum Beweis werden

¹⁾ Der Verfasser übersieht (oder verschweigt?), daß diese Auslandszuschläge vornehmlich einen Ausverkauf Deutschlands verhüten sollten und daher gegenüber dem gesamten Auslande angewandt wurden, während es nach seiner Darstellung den Anschein hat, als seien diese Auslandszuschläge nur gegenüber Polen verwandt worden.

²⁾ Diesen Hinweis auf die „militärische Bedeutung“ finden wir später an so vielen Stellen wiederholt, daß man fast der Meinung werden könne, das Werk sei von einem der neuerdings in großer Zahl den Ministerien beigegebenen Offiziere geschrieben.

einige Tabellen angeführt, aus denen hervorgehen soll, daß (im 1. Halbjahr 1925) bei verschiedenen Warengruppen, für welche Zollermäßigungen an diese Staaten gewährt worden waren, der deutsche Import durchaus überwog. Aber selbst als die polnische Delegation am 5. März 1925 Deutschland ohne Gegenleistung „als Zeichen des guten Willens Polens“ das Meistbegünstigungsrecht eingeräumt habe, „bewirkte diese Konzession sowie eine Reihe anderer bedeutender Konzessionen jedoch keineswegs eine versöhnliche Haltung Deutschlands, das im Vertrauen auf seine wirtschaftliche Macht um jeden Preis die Kraftprobe in Gestalt des offenen Zollkrieges wollte und als geeigneten Zeitpunkt für seinen Ausbruch den 15. Juni 1925 ausersah“ (S. 23)³⁾.

Wie schon der Wirtschaftsboykott der Jahre 1919—1922 vornehmlich politische Ziele gehabt habe, so sei es Deutschland auch hier nur um politische Interessen gegangen, und zwar, „wie verschiedene unparteiische Pressestimmen feststellen, . . . um „Revindikationsabsichten““, nämlich, „durch die Nichtannahme polnischer Kohle große wirtschaftliche und soziale Schwierigkeiten in der Wojewodschaft Schlesien, damit unter der noch nicht genügend nationalbewußten und von den deutschen Industriellen wirtschaftlich abhängigen Bevölkerung Gärungen zu schaffen“ (S. 24).

Als eine der „unparteiischen deutschen Pressestimmen“ wird dann (ohne nähere Angaben!) ein Artikel aus der Wochenschrift „Sozialistische Politik und Wirtschaft“ angeführt. Den seitenlangen Ausführungen fügt der Verfasser dann noch die Bemerkung hinzu, daß der deutsche Delegierte seiner Zeit bei den Genfer Verhandlungen ein Kontingent von 1,1 Millionen t Kohle jährlich verlangt habe, bei den Vertragsverhandlungen seien jedoch anfänglich nur 60 000 t, später 100 000 t zugestanden worden. Demgegenüber sei bei der englischen Kohle nie eine solche rückwärtslose Verbotspolitik befolgt worden, vielmehr werde hier der Absatz allein durch die Mittel der Preispolitik reguliert. Dafür zitiert Ringman ferner einen Aufsatz der „Zeitschrift des Oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Vereins“ in Kattowitz, wonach das Verbot der polnischen Kohle „eine ausgesprochene politische Unfreundlichkeit Polen gegenüber“ sei.

Im Anschluß daran versucht der Verfasser zu zeigen, — die angerührten politischen Fragen übergeht er dabei vollständig —, welche Bedeutung die polnisch-oberschlesische Kohle für Ostdeutschland haben könnte. Obwohl zwar Deutschland mit dem deutsch gebliebenen Teil Oberschlesiens besser verbunden sei als die Wojewodschaft Schlesien mit Polen, so seien doch die deutschen Ostgebiete (Grenzmark, Ostpreußen) durch das polnische Eisenbahnetz besser mit Kattowitz verbunden als durch das deutsche Netz mit Gleiwitz. Wenn z. B. der Entfernungswert für Schneidemühl 200 km betrage, so falle der Kostenunterschied wegen der geringeren polnischen Tarife noch größer aus. Die polnische Kohle könnte in bedeutenden Mengen in Berlin, Breslau, Frankfurt a. O. und anderen Industriezentren des deutschen Ostens Absatz finden; „aus diesem Grunde würde die deutsche Wirtschaft . . . keinerlei Schaden leiden“⁴⁾ (S. 31).

Im Weiteren will Ringman die Folgen des Zollkrieges zeigen, und zwar in Abschnitt IV betr. die „Ausfuhr landwirtschaftlicher Produkte von Polen nach Deutschland“ (S. 33—44). Wie kaum anders zu erwarten, bemüht sich der Verfasser zu zeigen, daß die Folgen des Zollkrieges hierbei zumindest keine große Bedeutung für Polen hätten. Aus einer Gegenüberstellung der Exportziffern für Roggen, Weizen, Gerste und Hafer in den ersten Halbjahren 1925, 1926 und 1927 ergäbe sich ein prozentual nicht bedeutender Rückgang. Diese Behauptung versucht der Verfasser zu stützen durch die Bemerkung, daß Polen an sich wenig Getreide zum Export frei habe und die deutschen Kampfzölle sich eher abschlägig auf die Getreidepreise und die

³⁾ Es war dies das Datum des Erlöschens zollfreier Einfuhrkontingente aus dem polnisch gewordenen Oberschlesien.

⁴⁾ Es berührt doppelt eigenartig, den Verfasser, der später immer wieder von „militärischen“ Gesichtspunkten ausgeht, hier „wirtschaftliche“ Erwägungen anstellen zu sehen.

Überschüsse des polnischen Landwirts und Kaufmanns ausgewirkt hätten. Aber die Tatsache, daß der polnische Kartoffelexport auf ungefähr $\frac{1}{3}$ zurückgegangen ist, geht er überhaupt schnell hinweg und wendet sich dafür allgemeinen Ausführungen über die Ausnahmefähigkeit des deutschen Marktes für Getreide zu, denn „bei der Schätzung der möglichen Entfaltung der künftigen polnisch-deutschen Handelsbeziehungen dürfen wir uns nicht bloß auf ihren Stand vor dem Zollkrieg . . . stützen, sondern auch auf die immer mehr sich offenbarenden Wandlungen der Nachkriegsaufnahmefähigkeit des deutschen Marktes und der polnischen Exportkapazität“ (S. 35). An sich sei die Versorgungsmöglichkeit Deutschlands in bezug auf Getreide durch den Verlust der heute westpolnischen Gebiete bedeutend geschwächt worden, ferner durch den Rückstrom von Auslandsdeutschen, das Fehlen des russischen Getreides, sowie Verringerung der Hektarerträge in Deutschland. Der zeitweilige Ausgleich durch eine Verringerung des deutschen Verbrauchs sei seit 1923 schon wieder überholt, so daß die Fehlbeträge an Getreide gegenüber der Vorkriegszeit ein Steigen aufwiesen. Wenn nun auch die Ertragsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft, insbesondere nach Verschwinden der „Preisschere“, noch bedeutend gesteigert werden könne, so werde sie doch mit dem wachsenden Bedarf nicht Schritt halten können. Aber von dem großen Bedarf Deutschlands sei nur ein sehr geringer Teil (in der Nachkriegszeit!) von Polen gedeckt worden, eher sogar sei ein deutscher Importüberschuß nach Polen zu verzeichnen. Eine Ausnahme bilde nur der Kartoffelexport nach Deutschland, das der günstigste Markt bleiben werde. Auch in Zukunft werde Übersee an erster Stelle als Getreidelieferant für Deutschland stehen, da Polen höchstens — in guten Erntejahren — Gerste und Roggen nach Deutschland würde ausführen können. Die Gewährung von Zollermäßigungen auf Getreide von deutscher Seite stelle gar kein Opfer dar. Als wirkliche Konzessionen Deutschlands für die polnische Landwirtschaft kämen nur Kontingente für Vieh und Fleisch in Frage. Aber die Bedeutung dieses Exports verbreitet sich der folgende Abschnitt.

V. Der Absatz polnischer Viehzuchtprodukte in Deutschland (S. 45—57). Auch im folgenden erweist sich der Verfasser als Vertreter derjenigen Richtung, die heute in Polen die Interessen der Landwirtschaft gegenüber den Schutzollforderungen der polnischen Industrie zurücksetzt. Denn wenn er auch sagt, daß die polnischen Hauptforderungen nicht mehr die Kohlenkontingente, sondern „Garantien, die den Export (von Viehzuchtprodukten) gegenüber dem Mißbrauch von Veterinärvorschriften zu wirtschaftlichen Zwecken, d. h. der tatsächlichen Verhinderung der Einfuhr von Vieh und Fleisch von Polen nach Deutschland, schützen würden“ (S. 45) seien, so versucht er auch hier, die Bedeutung des deutschen Marktes nach Möglichkeit herabzusetzen. Er gibt zu, daß Polen an die Entwicklung der Viehzucht große Hoffnungen knüpft, daß sich der Export nach Deutschland bis 1925 sehr günstig entwickelte, bis dann der Zollkrieg ein starkes Nachlassen des polnischen Exports zur Folge hatte. Aber er versucht, den Eindruck abzuschwächen, indem er auf alle diejenigen Anzeichen hinweist, die ungünstig für den polnischen Export sein könnten. An Hand einer Tabelle über den deutschen Import von Vieh und Fleisch in den Jahren 1913/14 und 1925—1927 versucht er zu beweisen, daß bei der Vieheinfuhr — mit Ausnahme von Hornvieh — ein Sinken zu verzeichnen sei, daß insbesondere bezüglich der Schweinezucht Deutschland Selbstversorgung anstrebe.

Völlig unnachgiebig sei Deutschland bei der Einfuhr von Hornvieh, obwohl der deutsche Import gerade hierbei gegenüber der Vorkriegszeit gestiegen sei. Die gleiche Unnachgiebigkeit sei auch betr. die Freigabe der Rindfleischzufuhr zu verzeichnen. Hiermit könne die polnische Landwirtschaft um so weniger rechnen, als neben den an Leistungsfähigkeit gewinnenden überseeischen Lieferanten die verschiedensten europäischen Ländern den deutschen Markt versorgten. Der Verfasser schließt — ohne eingehende Begründung — diesen Abschnitt mit folgenden Worten: „Bei einer solchen Sachlage wird unser Fleischexport nicht bloß davon abhängen, wie die deutschen Veterinärvorschriften für leben-

des Vieh und Fleisch angewandt werden, sondern auch von dem Wachstum der Schweinezahl in Deutschland, vom Preise und dem Wachstum der Rinderzahl, sowie von dem Import billigen argentinischen Gefrierfleisches, und von . . . den Weisungen der Regierung und der mächtigen deutschen Organisationen an diese deutsche Gesellschaft, die doch gerade in Deutschland der Regierung gegenüber, besonders bei der Ausführung ihrer Weisungen inbezug auf Polen, sehr diszipliniert und gehorsam ist“ (S. 49).

Im folgenden Abschnitt weist der Verfasser noch darauf hin, daß der Fleischverbrauch in Deutschland gefallen sei, fügt dann aber hinzu, „das solle nicht heißen, daß die Bedeutung des deutschen Marktes für Viehzuchtprodukte . . . nicht anerkannt wird. . . Ein vorgefaßter, auf reale Ziffern nicht gestützter Optimismus bei der Schätzung dieses Marktes würde dazu führen, daß durch ungebührlich große Kompensationen durch Zollermäßigungen . . . die Interessen unserer Industrie mißachtet würden. . . Die Landwirtschaft würde nicht nur nichts dabei verdienen, sondern würde auch die einzigen sicheren und bei richtigem Zollschutz dauernden, schnell an Zahl wachsenden Konsumenten in dem Industrieproletariat verlieren“ (S. 50).

Nach diesen Bemerkungen geht der Verfasser schnell dazu über, den englischen Markt möglichst hervorzuheben. Zwar muß er zugeben, daß dieser, zwar wesentlich ausnahmefähiger als der deutsche, von den verschiedensten Ländern — in schärfter Konkurrenz! — versorgt wird, aber er meint, „dieser Umstand sollte die polnischen Exporteure nicht davon abhalten, um den englischen Markt zu konkurrieren, denn falls sie ihn erobern würden⁵⁾, dann könnten auch zweitrangige Märkte leichter polnisches Rindvieh, Schweine und Fleisch als Standard-Ware aufnehmen“ (S. 51/52).

Das heißt also, daß der polnischen Landwirtschaft vom Verfasser empfohlen wird, anstatt einen bekannten, nahen und relativ auch sicheren Markt zu versorgen, in einen höchst unsicheren Konkurrenzkampf um einen weiser entfernten, unbekannteren Markt einzutreten. Dieser Plan tritt auch ganz kraß zu Tage, wenn anschließend über den polnischen Export von Butter und Eiern gesagt wird, daß wenn z. B. im Jahre 1927 Deutschland 90 % der polnischen Exportbutter abgenommen habe, so sei dieser Zustand „weder ein gesundes noch auch bei dem Charakter unserer Beziehungen zu Deutschland ein sicheres Symptom“. Der Verfasser⁶⁾ erläutert diese eigenartige Behauptung folgendermaßen: Ungesund, sei diese Erscheinung, weil Polen dadurch andere größere Märkte (d. i. England!) vernachlässige; gefährlich sei es deswegen, weil bei dem Ansteigen der Butterproduktion in anderen Ländern Deutschland jederzeit mühelos seinen Bedarf in anderen Ländern decken und die polnische Landwirtschaft schwer schädigen könnte.

Den gleichen Ratsschlag gibt der Verfasser auch für die Gestaltung des polnischen Eierexports, da „wegen des Charakters der polnisch-deutschen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen“ der deutsche Markt, obwohl durchaus aufnahmefähig, für Polen keineswegs gesichert sei⁶⁾.

Der Verfasser kommt dann zum Schluß dieses Abschnittes noch einmal auf die Bedeutung des deutschen Marktes für den polnischen Export zurück (unter Beifügung von Tabellen für den polnischen Lebensmittelexport und -import im Jahre 1927) und fragt, „ob der Aktivsaldo⁷⁾ sich, falls der Zollkrieg beendet und ein Vertrag unterzeichnet würde, nicht verringern oder sogar zu Ungunsten Polens verändern könne“ (S. 56). Schon im ersten Halbjahr 1925 war der Zustand für Polen ungünstiger, als Deutsch-

⁵⁾ Gemeint ist hier gegen die Konkurrenz Dänemarks und Hollands.

⁶⁾ Um seine These von der „Gefährlichkeit der Einseitigkeit des polnischen Exports“ zu stärken, führt er noch einen Artikel des früheren Landwirtschaftsministers J. Goscicki an, der ähnlich die Forderung aufstellt, unmittelbare Beziehungen zu westeuropäischen Ländern anzuknüpfen.

⁷⁾ Dieser ist gegenwärtig hier für Polen vorhanden.

land noch nicht die 500 Zollermäßigungen durch die Meistbegünstigungsklausel auf Grund des französischen und tschechischen Handelsvertrages erlangt hatte. Würde also Polen ihm noch die 740 weiteren Zollermäßigungen gewähren, die es im Laufe der Verhandlungen gefordert hat, so könnte sich der damalige Stand nur noch für Polen verschlimmern; daran müsse man in Polen stets denken.

Weiter erörtert Abschnitt VI (S. 58—65) noch den Holzexport Polens nach Deutschland. Eine vom Verfasser gegebene Zahlenübersicht für die Jahre 1925—1927 zeigt, daß trotz des Zollkrieges ein dauerndes Steigen der polnischen Holzausfuhr stattgefunden hat. Über die Tatsache, daß Polen den deutschen Bedarf an Rundholz zur Hälfte, Papierholz zu 44 %, an Grubenholz zu 85 % deckt, fällt der Verfasser das Urteil, „diese Ausfuhr ist auf lange Sicht sehr schädlich, denn sie übersteigt die Produktionsfähigkeit, und spätere Generationen Polens werden es der heutigen Generation sehr verübeln, daß sie sie eines so wertvollen Rohstoffes, wie es das Holz ist, beraubte“ (S. 59). Zur Begründung zitiert er ein Werk von W. Barański über „die Holzfrage in Polen“, wonach schon in nächster Zeit die polnische Bedarfsdeckung durch eine solche Ausfuhr gefährdet sei. Andererseits bilde heute Holz den wichtigsten Ausfuhrartikel, dessen Menge stetig im Steigen begriffen sei. Leider, bemerkt der Verfasser, handele es sich hier, gerade bei der Ausfuhr nach Deutschland, mehr und mehr um unbearbeitetes Holz.

Dem stellt er die Zahlen für den polnischen Papierimport, der gleichfalls steigende Zahlen aufweist, gegenüber und zitiert die Schrift von Barański, der erklärt hat: „Wir verwüsten unsere Fichtenwälder zu mehr als 100 % über Etat, um mit unserem Rohstoff die Existenz der Zellulose-Industrie Deutschlands, die nur zu 40 % mit einheimischem Holz arbeitet, den Rest aus dem Auslande einführt, aufrechtzuerhalten“ (S. 61). Das ganze Verfahren — an Deutschland Papierholz zu liefern und annähernd für gleiche Beträge Papier zu beziehen — nennt er „eine selbstmörderische Handelspolitik“. Es sei dies wiederum nur ein Beweis dafür, wie Deutschland trotz dem Zollkrieges bestrebt sei, aus Polen ein Hinterland für industrielle Fertigfabrikate und einen Speicher für Rohstoffe zu machen. Leider aber habe auch das Provisorium vom 30. November 1927 hier keine Wendung gebracht, denn die Bestimmung, gegen ein Kontingent von 1¼ Millionen Festmeter Schnittholz die Ausfuhr von unbearbeitetem Holz freizugeben, bedeute in Praxis eine völlige Freigabe des Verkehrs zwischen Polen und Deutschland. Zwar werde das Schnittholzkontingent wohl zu 90 % ausgenutzt, aber die Ausfuhr von unbearbeitetem Holz sei nach wie vor „übermäßig hoch“.

Der Verfasser betont daher die Notwendigkeit, so bald wie möglich die Ausfuhr von unbearbeitetem Holz zu beschränken, und warnt davor, den deutschen Markt, obwohl dieser der geographischen Lage wegen der günstigste sei, zu überschätzen, denn man müsse stets bedenken, daß „das Holzabkommen mit Deutschland provisorischen Charakter hat, daß überhaupt auf unsere Beziehungen zu Deutschland noch lange politische Momente von Einfluß sein werden, die Deutschland veranlassen, selbst gegen die eigenen Wirtschaftsinteressen Schwierigkeiten zu machen, wenn auch seine Verluste — wie es auch im Allgemeinen während des Zollkrieges stattfand — größer als die unseren sein sollten“ (S. 63/64).

Schließlich verbreitet sich der Verfasser noch über die Möglichkeiten, die eine Einigung mit Litauen auf die polnische Holzausfuhr haben könnte, wenn sie die Nemem-Flößerei wieder aufleben lassen würde. Aber er lehnt eine Möglichkeit der Wiederherstellung der Vorkriegsverhältnisse — Beschäftigung der ostpreussischen Sägewerke — durchaus ab und meint, es wäre zweckmäßiger, die Sägewerke in den nordöstlichen Wojewodschaften zu beschäftigen und nur Schnittholz auf dem Nordweg zu exportieren. Litauen würde nichts verlieren, dagegen der Memeler Hafen belebt werden. Wenn heute dieser Zustand noch nicht vorliegt, so liege das daran, daß „der gegenwärtige Widerstand Litauens in hohem Maße von Berlin geleitet wird, diesem liegt an einer Fortdauer des polnisch-litauischen Konflikts nicht bloß aus politischen, sondern vielleicht mehr noch aus wirtschaftlichen

Gründen“ (S. 65). Es ginge Deutschland vor allem darum, zu verhindern, daß durch einen Export über Memel der Königsberger Hafen übergangen werde, da die ostpreussischen Sägewerke „ihre Existenz und günstige Entwicklung fast ausschließlich auf polnisches Rohholz stützen“. Andererseits würde, wenn der Njemen-Weg geöffnet wäre, in Memel bald der Vorkriegsstand erreicht, ja wahrscheinlich schnell überschritten sein, wenn man die Entwicklung des Danziger Hafens in der Nachkriegszeit als Vergleichserscheinung heranziehe.

Im folgenden Abschnitt VII (S. 66—75) zeigt der Verfasser den „Einfluß des Zollkrieges auf den Export von Kohle, Naphtha-Produkten, Eisen und Stahl. Hier bemüht er sich nachzuweisen, daß schon vor dem Ausbruch des englischen Kohlenstreiks der Verlust des deutschen Marktes für die polnische Kohle teilweise durch Erschließung anderer Märkte, teilweise durch den erhöhten inländischen Verbrauch wettgemacht worden sei. Die Produktion sei im Jahre 1925, trotz dem Wegfall des deutschen Absatzes mit monatlich 485 000 to, nur um 150 000 to monatlich zurückgegangen, und später sei, auch nach Beendigung des englischen Streiks, ein Steigen über die früheren Zahlen hinaus zu verzeichnen⁸⁾. Aber die großen Verluste der Naphtha-Industrie geht der Verfasser mit dem Hinweis hinweg, daß bald der einheimische Verbrauch größer als die Produktion sein werde.

Auch die Verluste der obererschlesischen Hüttenindustrie sollen nach der Behauptung Ringmans geringer sein als es den Anschein habe. In recht gewundenen Darstellungen versucht der Verfasser nachzuweisen, daß mindestens eine teilweise Verminderung des Absatzes auch im Falle der Unterzeichnung eines Handelsvertrages erfolgt wäre, da der deutsche Bedarf in steigendem Maße von den deutschen Hütten gedeckt werde. An diese Ausführungen schließen sich Bemerkungen an über die größere Konkurrenzfähigkeit der westfälischen Hüttenindustrie.

Schon vor dem Außerkräfttreten der Genfer Bestimmungen über die obererschlesischen Kontingente sei ein Rückgang zu verzeichnen gewesen⁹⁾. Unermüdlich wiederholt der Verfasser, daß zu der Verminderung des Exports andere Gründe beigetragen hätten, daß insbesondere die polnische verarbeitende Industrie auch bei dem Abschluß eines Handelsvertrages nur „einen minimalen Absatz“ in Deutschland haben werde. Er zeigt dann andererseits, wie trotz dem Zollkriege der polnische Export im Steigen sei. Ferner weist er darauf hin, daß gerade im Jahre 1927 die Produktion der polnisch-oberschlesischen Hüttenindustrie gestiegen sei, und erhofft einen weiteren Fortschritt durch die Belebung der Bau Tätigkeit in Polen, sowie durch eine Steigerung des Bedarfs der polnischen Eisenbahnen. Eine Steigerung der polnischen Produktion liege durchaus im Rahmen des Möglichen. Andererseits sei eine Steigerung der Ausfuhr von Rohstoffen und Halbfabrikaten, für die Deutschland vor allem in Frage komme, durchaus nicht erwünscht, da wegen des schnellen Bevölkerungszuwachses und der ertönderten Auswanderung Polen sich schnell industrialisieren müsse. An diesen Rohstoffen würde Polen, wenn es den westeuropäischen Verbrauch erreiche, durchaus keinen Überschuß mehr haben.

Den Einfluß des Zollkrieges auf die deutsche Einfuhr nach Polen zeigt Abschnitt VIII (S. 76—100). Hier weist der Verfasser (an Hand seiner Vergleichstabelle: 1. Halbjahr 1925—1926—1927) darauf hin, daß, wenn die deutsche Einfuhr bedeutend zurückgegangen sei, es sich vor allem dabei um eine Verminderung des Genussgüterimports handele (wofür eine Sonderstabelle beigefügt ist). Diese „Befreiung Polens von der deutschen Vermittlung bei der Einfuhr dieser Artikel ist einer der am meisten positiven Erfolge des Zollkrieges, und dieser Er-

⁸⁾ Es wird aber nichts erwähnt von den Subventionen der Eisenbahnen und den erhöhten Kosten der polnischen Inlandskohle, die 1928 der polnischen Volkswirtschaft einen Verlust von 140 Millionen Zloty eingetragen haben!

⁹⁾ Diese Behauptung will Verfasser mit Tabelle über den Stand von 1924 beweisen.

folg soll ein dauernder sein, denn er ist unabhängig von dem eventuellen Abschluß eines Handelsvertrages“ (S. 77). Nöwendig sei ein Andauern dieses Zustandes vor allem auch deswegen, um „die Achillesferse unserer Häfen“ — das Mißverhältnis zwischen Ex- und Import — zu beseitigen; ferner, um den polnischen Handel mit den Überseeländern zu fördern. Der Verfasser stellt mit Befriedigung fest, daß die deutsche Vermittlung im Export von Speisefetten und Heringen ganz bedeutend zurückgegangen sei; leider aber sei der anormale Zustand, daß von Deutschland mehr Getreide und Mehl eingeführt wurde, als Polen dorthin ausführte, noch nicht überwunden.

An zweiter Stelle unter der deutschen Einfuhr von Verbrauchsgütern stehen dann nach Angabe des Verfassers Textilfabrikate, Papier u. ä. Von der Überflüssigkeit des Papierexports wurde schon früher gesprochen, hier weist der Verfasser auf die Möglichkeit der Selbstversorgung Polens durch die heimische Textilindustrie hin. Diese könne nur geringe Hoffnungen auf einen möglichen Export nach Rußland setzen; gewisse Exportmöglichkeiten lägen wohl nach Asien vor, aber der sicherste und größte Markt bleibe Polen selbst. Doch würde dieser Markt aufs schwerste bedroht sein, wenn Deutschland auch nur einen Teil seiner Zollwünsche durchsetzen würde, nachdem schon die bloße Meistbegünstigung ihm eine Reihe von Ermäßigungen (für die Tschchoslowakei und Frankreich bestimmt) gewähren würde. Wenn im Jahre 1927 der deutsche Import 116,5 Millionen Goldfranken betragen habe, wovon allerdings 85 Millionen für Baumwolle und Wolle anzusehen seien, so fürchtet der Verfasser nach dem Abschluß eines Vertrages — auch bei nur teilweiser Erfüllung der deutschen Forderungen — mindestens eine Verdoppelung dieses Satzes. Es würde sich also das Verhältnis von Rohstoffen und Halbfabrikaten zu Fertigwaren bei dem deutschen Import vollkommen verschieben, wobei noch zu beachten sei, daß an sich schon der Bezug von Rohstoffen über Deutschland eine unerwünschte Tatsache sei¹⁰⁾.

Ähnlich unerwünscht erscheint dem Verfasser auch die Steigerung des deutschen Imports von Erzen und Metallen. Wenn es sich auch um eine Einfuhr zu Produktionszwecken handele, so übe doch Deutschland auch hier nur Vermittlerfähigkeit aus. Ganz besonders unangenehm ist dem Verfasser das Ansteigen des Imports chemischer Artikel, dem er besonders lange Ausführungen widmet. Zwar läßt er den steigenden Kali-Import trotz der wachsenden Inlandsproduktion gelten, da er zu produktiven Zwecken geschehe. Anders aber denkt er über den Import anderer chemischer Produkte, von Medikamenten und Farben, der „am wenigsten erwünscht, ja geradezu gefährlich“ sei. Und zwar sind es nicht bloß wirtschaftliche Erwägungen, sondern die Rücksicht auf die „Selbstversorgung im Kriegsfall“. Man müsse sich hierbei an die Worte des General Gröner im deutschen Reichstage erinnern, „daß nicht bloß friedliche Mittel Deutschland bei der Verwirklichung seiner Bestrebungen auf Revision der Grenzen dienen werden“ (S. 82).

Das Wachstum des deutschen Chemikalien-Imports gebe viel zu denken. Um seinen Lesern die militärische Gefahr recht vor Augen zu führen, gibt der Verfasser eine Reihe von Zahlen. Vor dem Kriege habe Deutschland 75 % der chemischen Weltproduktion geliefert; nach dem Kriege habe es die Zahl der Arbeiter der chemischen Industrie, die schon vor dem Kriege rund 277 000 betragen habe, noch verdoppelt und die Fabrikation gewaltig konzentriert. Man könne annehmen, daß die Produktionsfähigkeit gegenüber der Vorkriegszeit auf das Dreifache gesteigert worden sei. Beweis für die Energie und die gewaltigen Mittel, die Deutschland darauf verwende, sei der Wiederaufbau der Badischen Anilinfabrik in Ludwigshafen a. Rh., das Leunawerk usw. Da nun das Ausland größtenteils seine Märkte durch hohe Zölle gegen die deutsche Industrie absperre, sei die Existenzfähigkeit der chemischen Industrie ganz besonders bedroht. Aber es handele sich bei ihr gar nicht einmal um rein wirtschaftliche Ziele. Wenn dem so wäre, so hätte Deutschland sich vor allem um den Abschluß des Handelsvertrages mit Polen bemüht. Sondern, „statt dessen

¹⁰⁾ Von uns gesperrt. (Red.)

sehen wir, — und der jüngste Vorfall mit dem giftigen Phosgen-Gas in Hamburg ist ein neuer, sprechender Beweis dafür — daß in den gewaltigen deutschen Fabriken eifrigst gearbeitet wird, und daß das Ziel dieser Arbeit nicht immer, sondern eher sehr selten friedlich ist. Tausende von gelehrten deutschen Chemikern und Ingenieuren bemühen sich im Stillen um neue Erfindungen, um die Verbilligung der Produktion, besonders um die verschiedenartige Produktion von Stickstoff, der Deutschland eine ideale Waffe für den Kriegsfall liefert — eine doppelte Waffe, denn Stickstoff, in der Landwirtschaft verwandt, ermöglicht es, in hohem Maße die Produktion zu steigern und die Folgen einer erneuten Blockade zu verringern, und eine wirkliche Waffe, denn Stickstoff ist die Grundlage neuer Explosivmittel“ (S. 86).

Für Polen würde es eine besondere Gefahr bedeuten, wenn Deutschland außer den Zollvergünstigungen auf Grund der Meistbegünstigungsklausel noch die 91 besonderen Ermäßigungen erhalten würde, denn schon im Jahre 1924 habe Deutschland nach Polen 91 % aller synthetischen Farben, 93 % der Explosivmittel, 54 % der Medikamente geliefert. Eine Erfüllung der deutschen Wünsche würde Deutschland hierfür ein Monopol schaffen und die Entwicklung einer selbständigen chemischen Industrie Polens vollkommen verhindern, sie „würde in Polen nicht bloß die Existenz einer großen und den Bedarf deckenden chemischen Industrie in Frage stellen, sondern auch die unabhängige Existenz des Staates¹¹⁾, der unter unseren politischen und strategischen Bedingungen nicht ohne eine solche Industrie auf die Dauer existieren kann“ (S. 87).

Ähnlich beurteilt der Verfasser auch die hohe Einfuhr deutscher Maschinen nach Polen. Zwar scheine sie auf den ersten Blick nicht unerwünscht, da sie doch zur Förderung der Produktion diene, sie könne aber „für Polen gefährliche Folgen haben, falls Deutschland von den Worten zur Tat, zur Verwirklichung der oben angeführten Worte des Generals Gröner und der allgemein bekannten Drohungen des Führers der deutschen Nationalisten, des Grafen Westarp, übergehen sollte“ (S. 87). Die Maschinenindustrie sei neben der chemischen Industrie die Grundlage der Rüstungsindustrie; das habe gerade Rußland zu seinem Leidwesen während des Krieges erfahren müssen. Die deutschen Zollwünsche (284 auf insgesamt 700 Positionen) würden, wenn sie erfüllt würden, die gegenwärtigen Zölle auf ein Zehntel ihrer früheren Höhe herabdrücken. Außerdem müsse man sich vor Augen führen, „daß die deutsche Maschinenindustrie, die auf der Erde nur der amerikanischen nachsteht, die gewaltigste in Europa und am besten den deutschen Kriegsbedürfnissen angepaßt ist, wobei der Export dieser Maschinen so eingerichtet ist, daß es den ausländischen Abnehmern schwer gemacht wird, im Falle eines bewaffneten Konfliktes mit Deutschland die deutschen Maschinen durch Lieferungen aus andern Ländern zu ersetzen.“ . . . „Wenn man sich dies alles vor Augen führt, zugleich auch die politischen Beziehungen der Deutschen zu Polen, so ist es nicht schwer zu erkennen, daß die Forderung nach diesen 284 Zollherabsetzungen¹²⁾ ein offener Anschlag unmittelbar gegen die Existenz der polnischen Maschinenindustrie und demzufolge ein Streben nach vollständiger militärischer Wehrlosmachung Polens ist¹²⁾, um dann „auf friedliche Weise“ die deutschen Grenzen von 1914 wieder herzustellen“ (S. 88/89).

Bei bloß teilweiser Erfüllung der deutschen Wünsche würde die Anwendung von Kampfspreisen, des Kredit-Dumpings genügen, um die Maschinenindustrie „im Laufe eines Jahres“ zu vernichten. Neben der wirtschaftlichen und militärischen Bedeutung sei noch zu beachten, daß in solchem Falle 35000 Arbeiter (mit Familien 100000 Köpfe) brotlos würden. Jedenfalls schließt der Verfasser seine abschreckende Schilderung mit den Worten: „An diesem Beispiel — das sich übrigens auf die gesamte verarbeitende Industrie bezieht — sehen wir, wie kurzfristig es wäre, Deutschland Zoll-

¹¹⁾ Von uns gesperrt. (Red.)

¹²⁾ Von uns gesperrt. (Red.)

ermäßigungen auf Fertigfabrikate zu gewähren für das Kohlenkontingent, das es uns schon auf Grund der bloßen Meistbegünstigungsklausel geben sollte“ (S. 89).

Zwar sollen diese Worte nicht den Import von Maschinen aus dem Auslande, wenigstens für die Zeit, da die polnische Industrie sie noch nicht liefern könne, ausschließen; trotzdem aber weist der Verfasser nochmals auf die Gefährlichkeit der deutschen Wünsche hin. Denn eine Gefahr der Lieferungseinstellung läge ja nicht bloß im Falle eines Krieges mit Deutschland, sondern auch schon bei einem Kriege mit anderen Staaten vor, das habe das Beispiel des Russisch-polnischen Krieges 1919—1921 gelehrt.

Die gleiche Warnung spricht der Verfasser auch aus für den deutschen Import elektrotechnischer Artikel; mit gewisser Minderung auch für den keramischer Erzeugnisse und von Glas. In allen diesen Fällen würde eine Erfüllung der deutschen Wünsche — auch trotz der Zollvalorisierung vom März 1928 — mindestens eine Verdoppelung der deutschen Einfuhr bewirken. Ganz allgemein würde sich aber nach dem Abschluß des Handelsvertrages gerade auch der Import der Genussgüter stark vermehren und den Passivsaldo der deutschen Handelsbilanz gegenüber Deutschland (nach der deutschen Statistik für 1927 rund 83 Millionen Goldfranken) bedeutend erhöhen. Denn eine Erhöhung des polnischen Exports, der als Ausgleich dienen könnte, stünde nicht in gleichem Maße zu erwarten. Gegenwärtig besitze der polnische Import durchaus steigende Tendenz, aber er bewahre seinen produktiven Charakter. Ermäßigungen auf Verbrauchsgüterzölle, wie sie Deutschland fordere, seien kategorisch abzulehnen.

Bei einer kurzen Untersuchung der einzelnen Positionen des deutschen Imports kommt der Verfasser nochmals auf die Einfuhr von Maschinen, elektrotechnischen Artikeln und Verkehrsmitteln zurück und wiederholt seine Warnung: „Die ausschließliche Bedarfsdeckung . . . in einem Lande, das unsere Westgrenzen nicht anerkennt¹³⁾, das über zweimal so viel . . . für sein Heer verausgabt, das außerdem unvergleichlich höher entwickelte Industrien, die zur Bewaffnung dieses Heeres dienen, besitzt, heißt, freiwillig dem Feinde die Waffen übergeben¹⁴⁾“ (S. 96).

Bei Erwähnung der Tatsache, daß Polen einen relativ hohen Import von Autoreifen usw. hat, kann der Verfasser sich nicht enthalten, auf die Produktion synthetischen Kautschuks in Deutschland hinzuweisen, was ihm Gelegenheit zu folgenden Ausführungen gibt: „Es sei erwähnt, daß betr. die Selbstversorgung in bezug auf Technik und Rohstoffe für den Kriegsfall, in Deutschland schon fast die gesamte Industrie ausgerichtet ist¹⁵⁾. Um wieviel brennender ist bei uns die Frage der Vorbereitung der Verteidigung gegen den uns gerade von Deutschland angekündigten Angriff auf unsere Westgrenzen, unseren Zugang zum Meere. Daher sollte, nicht nur um die Handelsbilanz zu verteidigen, sondern mehr noch in Hinsicht auf die planmäßige Vorbereitung zur Verteidigung gegen einen kriegerischen Angriff Deutschlands, mit allen Kräften ein solcher Schutz unserer Gummiindustrie angestrebt werden, der ihr nicht bloß den heimischen Markt, sondern auch die Ausfuhr nach den südeuropäischen und asiatischen Märkten sichern würde, denn die Selbstversorgung des Friedensverbrauchs wird für den Kriegsfall nicht genügend sein“ (S. 98).

Nach wiederholten Hinweisen auf die Gefahren des deutschen Imports von Farben, Maschinen, Verkehrsmitteln wird schließlich nochmals zusammengefaßt: „In jedem Fall ist es unerwünscht und sogar in hohem Grade beunruhigend, daß während des Zollkrieges mit Deutschland und in einer Zeit, da dieser Staat Polen gegenüber einen ausgesprochen feindlichen Standpunkt einnimmt, wir von ihm immer mehr, und zwar vorwiegend solche Waren einführen, die von einer Industrie erzeugt wer-

¹³⁾ Von uns gesperrt. (Red.)

¹⁴⁾ Von uns gesperrt. (Red.)

¹⁵⁾ Hier erwähnt der Verfasser die Stickstoffabrikation, Herstellung synthetischer Treibmittel u. a. m.

den, die so entscheidende Bedeutung für die nationale Verteidigung besitzt“ (S. 99). Und wenn auch der polnische Import derjenigen Güter gewachsen sei, bei denen Deutschland nur den Zwischenhändler darstelle, so meint Ringman doch: „Diese Vermittlung ist ebenso äußerst unerwünscht, da außer dem großen Gewinn, den Deutschland daraus zieht, es auf unsere Kosten seine eigenen wirtschaftlichen und politischen Einflüsse in den überseeischen Ländern stärkt und diese Einflüsse später gegen Polen ausnützt“ (S. 100).

Aber die allgemeinen Folgen des Zollkrieges handelt Abschnitt IX (S. 101—116). Hier wendet sich der Verfasser zunächst gegen die auch in Polen verbreitete Meinung, der Zollkrieg sei mit eine der wichtigsten Ursachen für den Währungssturz in der zweiten Hälfte des Jahres 1925 gewesen. Vielmehr hat nach Meinung Ringmans der Grund zu dieser Katastrophe in der passiven Handelsbilanz, dem Haushaltsdefizit und den geschwieften Anleiheplänen gelegen. Die Währungskatastrophe sei nur durch Zufall mit dem Ausbruche des Zollkrieges gleichzeitig gewesen. Den Versuchen, die Handelsbilanz aktiv zu gestalten, sei der Handelskrieg geradezu gelegen gekommen, da er die Möglichkeit geboten habe, den gesteigerten Import abzdrosseln. In den Jahren 1925 und 1926 sei dieses Ziel erreicht worden. Allerdings zeige sich seit 1927 ein immer stärkeres Steigen des Passivsaldo, der durch den vermehrten Import von Produktionsmitteln herbeigeführt werde.

Der Verfasser verhehlt nicht, daß ein Andauern dieses Zustandes sein Land in eine erneute wirtschaftliche Krise stürzen könnte, wenigstens der wirtschaftliche Organismus Polens heute stärker sei als 1925. Und das Schlimmste dabei würde sein, daß diese wirtschaftlichen Schwierigkeiten heute „von schlimmeren außenpolitischen Umständen begleitet“ sein würden als 1925, da — was heute nicht mehr zutrefte — Deutschland damals noch nicht Mitglied des Völkerbundes, politisch isoliert und wirtschaftlich schwächer gewesen sei. Vor allem aber bestünden keine Ausichten, gegebenenfalls nach dem Muster Deutschlands das Defizit der Handelsbilanz durch Auslandsanleihen auszugleichen; man müsse nach anderen Mitteln suchen, um dem Unheil zu begegnen.

Und nunmehr erklärt Ringman: „Hier muß festgestellt werden, daß dieses Mittel nicht der Abschluß eines Handelsvertrags mit Deutschland¹⁰⁾, unter den Bedingungen, die es uns schon seit fast vier Jahren diktieren will, sein kann“ (S. 104). Dieser Meinung soll nach Behauptung Ringmans selbst die Landwirtschaft sein. So habe im Mai 1928 der Verwaltungsrat des „Verbandes landwirtschaftlicher Organisationen“ beschlossen: Die polnische Landwirtschaft sei zwar an dem Vertragsabschluß mit Deutschland interessiert, aber nur, falls dieser Vertrag folgende Bedingungen erfülle: 1. solle er die Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern „auf längere Zeit“ festlegen, 2. der Vertrag müsse wirkliche Erleichterungen für den Export polnischer Landwirtschaftsprodukte durch entsprechende Zollermäßigungen und den Abschluß von Veterinärabkommen zur Verhinderung einer Begrenzung des polnischen Viehexports schaffen, 3. der Vertrag müsse Transitfreiheit für polnische Viehzucht- und Pflanzenprodukte durch Deutschland sicherstellen.

Dagegen habe Deutschland diese Forderungen nicht einmal zum Teil erfüllen wollen, seinerseits aber über 700 bedeutende Zollermäßigungen gefordert, neben verschiedenen weitgehenden wirtschaftlichen und politischen Wünschen. Jedenfalls betont Ringman nach diesen wenig erschöpfenden Ausführungen noch einmal: „Der Abschluß des Vertrages unter diesen deutschen Bedingungen würde unsere wirtschaftliche Lage nur bedeutend verschlechtern, und zwar besonders unsere Handelsbilanz und würde in Kurzem diejenigen positiven Erfolge des Zollkrieges, die er neben weniger zahlreichen und weniger

10) Von uns gesperrt. (Red.)

bedeutenden negativen Folgen gehabt hat, beseitigen“ (S. 105)¹⁷⁾.

Im nächsten Abschnitt behandelt der Verfasser „den vorläufig wirtschaftlichen Angriff Deutschlands auf unsere ökonomische Unabhängigkeit“, der im Jahre 1925 stattgefunden habe. Dieser Angriff habe das Ziel gehabt, „unsern Teil Oberschlesiens wirtschaftlich zu vernichten und Westeuropa zu zeigen, daß dieser Teil ohne Ausfuhr nach Deutschland sich normal nicht entwickeln kann.“ (S. 105). Demgegenüber glaubt Ringman feststellen zu können, daß „Westeuropa, überhaupt die ganze Welt, sich überzeugen konnten, daß gerade der Zollkrieg, der uns von Deutschland aufgezwungen wurde, am meisten dazu beitrug, um die schlesische Industrie vom deutschen Markt unabhängig zu machen“ (S. 105)¹⁸⁾.

Die dann folgenden knappen Bemerkungen über Danzig, Gdingen usw. bieten dem Verfasser Gelegenheit zu der Feststellung: „Der Zollkrieg trug vorzüglich zu dem wirtschaftlichen Aufschwung Danzigs bei, aber auch umgekehrt half der Besitz des Zugangs zum Meere kräftig bei der siegreichen Abwehr des deutschen Wirtschaftsangriffes, den die Deutschen selbst unzweideutig genug als Vorbereitung für den kriegerischen Angriff“ betrachten“ (S. 107). Um zu zeigen, daß der Zollkrieg „sein Ziel verfehlt“ habe, verbreitet sich der Verfasser dann noch über die Schaffung neuer Wege für den polnischen Handel und zwar hierbei bezeichnenderweise über die Anbahnung von Handelsbeziehungen zu asiatischen Ländern²⁰⁾.

Schließlich behandelt der Verfasser noch die Frage der Kreditperre, die mit durch den Zollkrieg herbeigeführt worden sein soll. Die Meinung, daß diese nach dem Abschluß eines Handelsvertrages endigen, daß auch gerade Deutschland selbst als Kreditgeber auftreten würde, bezeichnet er als „der realen Grundlagen entbehrend“.

Der Hinweis auf den polnischen Nationalökonom Supiński, der Anfang des 19. Jahrhunderts den Zustrom fremden Kapitals nach Polen gepriesen hat, gibt dem Verfasser willkommene Gelegenheit zu einem Ausflug in die Geschichte. Wenn damals deutsches Kapital nach Polen gekommen sei, „so war es vor allem deswegen nicht politisch, weil es damals noch kein Deutschland im heutigen Sinne gab“ (S. 111). Vor allem aber habe Preußen damals noch nicht die Hegemonie gehabt, sondern diese sei ihm von den übrigen deutschen Staaten, besonders von Sachsen bestritten worden. Und nun kommt der Verfasser mit einer eigenartigen Logik darauf zu sprechen, daß von den zu Anfang und um die Mitte des 19. Jahrhunderts nach Polen einwandernden Industriellen die bedeutendsten nicht aus Preußen gebürtig gewesen seien. Deren Nachkommen — gemeint sind die Industriellen in Lodz und Sosnowice — hätten sich zum Teil deswegen so leicht polonisiert, „weil in ihren Familien keine den Polen feindlichen noch aus der Kreuzritterzeit stammenden preußischen Traditionen vorhanden waren“.

¹⁷⁾ Über diese „weniger zahlreichen und weniger bedeutenden negativen Folgen“, die sich heute immer stärker — geradezu als schleichende Wirtschaftskrise — abzeichnen, geht der Verfasser begrifflicherweise hinweg.

¹⁸⁾ Die kurzen Ausführungen hierzu decken sich inhaltlich mit dem Aufsatz des Verfassers, über den in „Ostland-Berichte“, Jahrgang 2, Nr. 5, S. 98, berichtet wurde.

¹⁹⁾ Von uns gesperrt. (Red.)

²⁰⁾ Was der Verfasser hierbei — unter Betonung der Tatsache, daß Polen als einziger der europäischen Staaten aus seiner Tradition heraus in Ägypten, Mittel- und Ostasien keine „wichtigen politischen Interessen“ habe und haben könne — über die Möglichkeiten des Handels sagt, bestätigt nur die an der polnischen Handelspolitik geübte Kritik, daß nämlich Polen mit allen möglichen Staaten, und zwar den entferntesten, Verträge schloffe, dagegen aber seinen nächsten Nachbarn, dessen Bedeutung klar auf der Hand liegt, mit Nichtachtung glaubt behandeln zu können. Aber alles das wird ja nur gewertet als Mittel, um sich von Deutschland „unabhängig“ zu machen.

Aber auch die damaligen Preußen seien „nicht von einer Regierung preußischer Nationalisten unter der Losung: Revanche an Polen und Raub ihrer Gebiete mit einer zu 80 und 90 % polnischen Mehrheit organisiert“ gewesen. „Die Hinweise auf den Zustrom deutscher Kapitalien und der Deutschen in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts sind deshalb unangebracht, weil heute solche edeln Gefühle, wie die Eigenliebe der Deutschen, die in Polen wohnen, zusammenfallen mit der Organisation des deutschen Angriffs auf Polen²¹⁾, und daher kann man heute die schädlichen Einflüsse der Deutschen, die möglicherweise zugleich mit den deutschen Kapitalien nach der Unterzeichnung eines deutsch-polnischen Handelsvertrages nach Polen strömen würden, nicht geringschätzen“ (S. 112/113). Daß dieses Kapital nicht zu rein wirtschaftlichen Zwecken nach Polen strömen würde, daß beweise schon das noch vorhandene deutsche Kapital in dem früheren preußischen Teilgebiet.

Im folgenden Abschnitt zitiert der Verfasser die bekannte Schrift von Stoliński: „Les Allemands en Pologne“ um zu beweisen, daß der deutsche Landbesitz in Polen, besonders in Posen und Pommerellen, „unverhältnismäßig groß im Vergleich zu dem Prozentsatz der deutschen Bevölkerung“ sei, vor allem, da „die Nachkriegsjahre leider in dem landwirtschaftlichen Besitzstande der Deutschen keine großen Änderungen geschaffen haben, und zwar wegen der sehr schwachen Anwendung durch die Polen des ihnen auf Grund des Versailler Vertrages zustehenden Rechts, gewisse Kategorien des deutschen Eigentums zu liquidieren“ (S. 113). Zwar habe der „freiwillige“ Verkauf von Grundstücken von seiten der Deutschen größere Resultate erzielt, aber auch diese seien nicht zu hoch einzuschätzen, um so mehr als „seit einigen Jahren die deutschen Behörden mit allen ihnen zugänglichen Mitteln den Verkauf deutschen Eigentums in Polen verhindern“ (S. 114). Und zwar erwähnt hier der Verfasser neben der angeblichen Erschwerung des Ankaufs von Grundbesitz in Deutschland durch Personen, die nicht im Besitze des „Verdrängungsscheines“ sind, die „Erteilung von Krediten aus dem sog. Sofortprogramm²²⁾“ (S. 114). Dank diesen verschiedenen Mitteln sei sogar „das umgekehrte und sehr gefährliche Bild“ — des Ankaufs polnischen Besitzes durch Deutsche — zu verzeichnen.

Nicht minder hoch schätzt der Verfasser den Einfluß der Deutschen in der Industrie. Außer dem „Berg- und Hüttenmännischen Verein“ der „bis zum heutigen Tage einen so mächtigen Einfluß, der in gar keinem Verhältnis zu der dreiprozentigen deutschen Bevölkerung in Polen steht, ausübt,“ seien noch eine ganze Reihe der verschiedensten deutschen Institutionen vorhanden. Nachdem der Verfasser noch das „Sofortprogramm“, das von Jahr zu Jahr erhöht werde, „obwohl die deutsche Bevölkerung von der Steuerlast erdrückt wird“, erwähnt²³⁾ hat, schließt er: „Im Lichte dieser Tatsachen und Ziffern, im Lichte des ganzen Nachkriegsverhältnisses der Deutschen zu Polen, nicht im Lichte der Rolle deutscher Kapitalien in Polen zu Anfang des vorigen Jahrhunderts müsse man ihre künftige Rolle betrachten . . .“ (S. 115.) Und auch nach dem Abschluß des Vertrages wird Deutschland sicherlich nicht dem Gebrauch (dieser Kapitalien) für produktive Zwecke, zur Entwicklung der polnischen Staatsmacht, zustimmen. Und auch kein Handelsvertrag wird Deutschland hindern, weiterhin alle seine Einflüsse geltend zu machen, um die Anlage ausländischen Kapitals, dessen Eigentümer Polen gleichgültig oder sogar

²¹⁾ Von uns gesperrt. (Red.)

²²⁾ Der Verfasser dürfte wissen, daß die Mittel des „Sofortprogramms“ nur im Gebiete des Deutschen Reiches zur Verteilung kommen.

²³⁾ Es fehlt auch nicht der Hinweis auf die „900 Millionen Goldfranken für ausdrückliche Militärzwecke, ungerechnet diejenigen, die in anderen Positionen, zu denen man die in das Sofortprogramm eingestellten Beträge hinzurechnen muß, verborgen sind . . .“ (S. 115.)

freundlich gegenüberstehen, . . . zu verhindern . . ." (S. 115.) Andererseits, wenn es auch zweifelhaft sei, ob nach dem Abschluß eines Vertrages deutsches Kapital nach Polen einströmen würde, so erscheint es aber dem Verfasser als unzweifelhaft, daß Deutschland dann den „für die polnische Industrie unerhört gefährlichen“ Warenkredit — gerade für Verbrauchsgüter — anwenden werde. Da er zahlenmäßig nicht erfassbar sei, also auch keine Zollmaßnahmen dagegen ergriffen werden könnten, sieht der Verfasser hier eine neue Methode, „Polen von Deutschland wirtschaftlich abhängig zu machen.“ (S. 116.)

Die Schlufsausführungen behandeln die politischen Forderungen Deutschlands und die Aussichten des Vertragsabschlusses. (S. 117—123.) Hier beschränkt sich der Verfasser hauptsächlich auf einige durchaus im üblichen Stil gehaltene Bemerkungen zur Frage des Niederlassungsrechts, das von deutscher Seite gefordert wurde. Zwar würde gewöhnlich in den Handelsverträgen dieses Recht gegenseitig zugesichert, aber hier „muß beachtet werden, daß bisher das politische Verhältnis Deutschlands zu Polen ein besonderes war; und es ist vollkommen verständlich, daß wir uns vor dem Zustrom der Deutschen schützen müssen, solange selbst die deutschen Minister und andere hohe Würdenträger unsere Westgrenzen nicht anerkennen wollen und mit allen Mitteln die deutsche Irredenta in Polen stärken.“ (S. 117.) Die Gefahr sei wegen der großen Arbeitslosigkeit, der verhinderten Auswanderung und der bekannten Politik Deutschlands gegenüber den Deutschen in Polen groß. Und trotzdem habe die polnische Delegation eine Kompromißlösung gefunden. Diese sollte allerdings das Recht Polens, diejenigen Deutschen, „die sich nicht loyal verhielten“, als „lästige Ausländer“ auszuweisen, nicht ausschließen. Ein solcher Fall hätte in der Ausweisung der vier deutschen Oberschlesier, die der deutschen Delegation im Februar 1927 bei erneutem Abbruch der Verhandlungen als „Grund für diesen aggressiven Schritt“ gedient habe, vorgelegen. Damit seine Leser „das moralische Recht Deutschlands zu solchem Vorgehen zu beurteilen“ im Stande seien, bringt der Verfasser noch einige Bemerkungen über die Behandlung der Deutschen in Polen und der Polen in Deutschland, wobei er gegenüberstellt: 900 000 Deutsche in Polen und rund 1 000 000 Polen in Deutschland. Es folgen dann die bekannten Angaben über die „Freiheiten“ der Deutschen in Polen, über das deutsche Schulwesen. Ferner wird der Ausweisung der vier Deutschen aus Oberschlesien, die ja nur nach Ablauf ihrer Aufenthaltsgenehmigung Polen hätten verlassen müssen, die massenweise Ausweisung polnischer Landarbeiter aus Deutschland gegenübergestellt. Unter diesen hätten sich befunden „Leute, die seit Jahrzehnten in Deutschland ansässig und im Augenblick der Ausweisung krank waren, aus den Betten gerissen und mit kleinen Kindern zur Grenze gebracht wurden. Dabei wurde ihnen nicht einmal erlaubt, die notwendigsten Dinge mitzunehmen und liegendes Besitztum zu angebrachten Preisen zu verkaufen. So sieht im Licht der nackten Tatsachen, die „brutale“ Ausweisung der Deutschen aus Polen und die „milde“ Entfernung der Polen aus Deutschland aus.“ (S. 119.) Die Ausweisung der vier Deutschen sei für Deutschland ein bloßer Vorwand gewesen, um die Verhandlungen abbrechen zu können, der wirkliche Grund dazu habe aber in der ganzen politischen Einstellung Deutschlands gegenüber Polen gelegen.

Zum Schlusse kommt der Verfasser noch einmal allgemein auf die deutsche Ostpolitik zu sprechen und behauptet, daß in Deutschland sich bloß die Formen unterschieden, wie die Revindikationswünsche geäußert würden, das Ziel sei immer das gleiche. Unter diesen Voraussetzungen habe Deutschland die Verträge mit Rußland geschlossen; zur Erreichung dieses Zieles werde jede Gelegenheit ausgenützt, denn Eile tue Not. Erst nach dem Weltkrieg beginne die Welt, die Nationalitätenverhältnisse in Polen, „die sie durch die Brille der deutschen Unrichtigkeiten nicht erkennen konnte“, richtig zu sehen. Immer mehr werde erkannt, daß die Stadt Posen 95 % polnische Einwohner habe, daß ähnliche Verhältnisse in Pommerellen und der Wojewodschaft Schlesien

herrschten. „Selbst die ehrlichere deutsche Presse gibt das heute schon zu²⁴⁾“. Und diese Stimmen würden sich bei Fortdauer der Verhältnisse immer vermehren. „Die Zeit bringt am besten den Völkern die geographischen, ethnographischen und historischen Tatsachen, die 150 Jahre lang im Westen Polens die deutsche, im Osten die russische Geschichtswissenschaft und Ethnographie verdreht hat, zu Bewußtsein“ (S. 121). Davon fürchte sich Deutschland und versuche daher die Beziehungen zu Polen gespannt zu erhalten, „daher werden dauernd übermäßige, unmöglich zu erfüllende Forderungen gestellt“ (S. 121). Würden diese erfüllt, so kämen sicherlich neue . . . ; Forderungen wie sie Deutschland gestellt habe, habe man früher in den türkischen und persischen Kapitulationen finden können. Demgegenüber fordert der Verfasser „entschiedene Abweisung derjenigen deutschen Forderungen, die ausdrücklich gegen unsere wirtschaftliche Unabhängigkeit gerichtet sind“; er erklärt weiter, daß es nötig sei, durch Bekanntgabe der von ihm erwähnten Tatsachen, die noch durch solche kultureller, sozialer Natur zu ergänzen seien, „Frankreich, England, Italien und andere Völker besser als bisher über die wirkliche Natur der politisch-wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen zu informieren“ (S. 120).

Im Schlußabschnitt erklärt der Verfasser, er habe sein Buch zu einer Zeit begonnen, als noch die deutschen „Nationalisten“ am Ruder gewesen seien. Die neue Regierung repräsentiere die 50 Millionen des deutschen Fabrik- und Landarbeiterproletariats: „Das Proletariat ist nicht interessiert an der antipolnischen Politik der deutschen Nationalisten, . . . das Proletariat hat auch keinen Vorteil von den Einkünften der Großgrundbesitzer, welche die östlichen und nördlichen Provinzen Preußens hauptsächlich bewohnen.“ Die Vertreter dieses Proletariats hätten immer für zollfreie Einfuhr von Getreide und Fleisch gekämpft. Es sei die Frage, ob die Sozialisten jetzt gewillt seien, sich zu ihrem früheren Programm zu bekennen; sie hätten inzwischen schon reichlich viel Zeit verstreichen lassen, ohne aktiv hervorzutreten, während Polen vielfach seinen guten Willen gezeigt habe. Der Verfasser schließt sein Buch mit folgenden Bemerkungen: „Polen versteht vollkommen die Notwendigkeit der Zusammenarbeit der europäischen Völker zum wirtschaftlichen Wiederaufbau . . . aber Polen kann sich nicht dazu verstehen . . . zu Gunsten Deutschlands auf seine wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit zu verzichten, denn als solche Resignation müßte man die Annahme der Bedingungen, welche die deutsche Delegation . . . bisher stellte, bezeichnen“ (S. 123).

[„Polsko-niemieckie stosunki gospodarcze na tle wojny celnej“, 123 S. Warszawa 1929.]

(89)

In eigener Sache.

Herrn Dr. J. K o s t r z e w s k i, Professor für Vorgeschichte an der Universität Posen und Mitglied des Westslawischen Instituts ebendort ist das „Ostland-Institut“ in Danzig augenscheinlich ein Dorn im Auge. Vor allem seit dieses in der Publikationsreihe der „Ostlandschriften“ als Heft 2 die Arbeit von Herrn Dr. Freiherrn v. R i c h t h o f e n „Gehört Ostdeutschland zur Urheimat der

²⁴⁾ Daß das Deutschtum in den früher preußischen Gebieten sehr stark zurückgegangen ist, wird von niemandem bestritten.

Polen?" herausgegeben hat, in welcher auf die von nationalistischen Motiven geleitete wissenschaftliche Arbeit des Herrn Professors Kostrzewski und seiner Schule hingewiesen wurde. Schon in der Nummer 115 des „Kurjer Poznański“ vom 9. März 1929 hat er die erste Erwiderung gegen die Richthofen'sche Schrift erscheinen lassen, in welcher er das „Ostland-Institut“ als ein „Danziger Übersetzungsbüro von polnischer wissenschaftlicher Literatur“ bezeichnet, das sich „stolz Ostland-Institut nennt“.

Anfang Dezember 1929 nun hat Herr Kostrzewski mit der Jahreszahl 1930 in Posen in deutscher Sprache eine Streitschrift gegen Herrn v. Richthofen erscheinen lassen, welche den Titel trägt: „Vorgeschichtsforschung und Politik“. Wir können hier auf das Meritum des Streites nicht näher eingehen und überlassen Herrn Dr. v. Richthofen die Antwort auf diese Schrift, wie sich ja auch Herr v. Richthofen die volle Verantwortung für seine in den „Ostland-Schriften“ erschienene oben zitierte Abhandlung übernommen hat. Auch in dieser in deutscher Sprache verfaßten Schrift hat Herr Professor Kostrzewski sich wieder mit dem „Ostland-Institut“ beschäftigt. Auf Seite 2 bemerkt er zur Schrift von Herrn v. Richthofen, daß sie „von dem berüchtigten Ostland-Verlage in Danzig herausgegeben“ worden sei. In der Anmerkung 4 zu Seite 7 nennt er die „Ostland-Berichte“ eine „lichtscheue Publikation“, weil Bestellungen auf sie seitens der Posener Universitätsbibliothek und des Westslawischen Instituts unbeantwortet geblieben seien. Auch hinter der Tatsache, daß die „Deutsche Bücherei“ in Posen die „Ostland-Berichte“ ihm nicht ausgeliehen hat, wittert er eine böswillige Absicht und meint „Die Ostland-Berichte wollen also offensichtlich im Verborgenen blühen“.

Hierzu sei bemerkt:

Das „Ostland-Institut“ ist kein „Übersetzungsbureau“, sondern ein Institut, zu dessen wissenschaftlichen Aufgaben auch die Herausgabe kritischer Berichte über polnische wissenschaftliche Publikationen gehört. Daß diese Tätigkeit des „Ostland-Instituts“ nicht den Beifall des Herrn Professors Kostrzewski findet, ist durchaus verständlich. Denn durch die „Ostland-Berichte“ werden auch seine augenscheinlich nur für das polnische Publikum bestimmten nationalistisch gefärbten Artikel¹⁾ der wissenschaftlichen Welt Deutschlands und des Auslandes zugänglich gemacht. Und so wird diesen Kreisen eine Herrn Kostrzewski unerwünschte Vorstellung von dem Geiste vermittelt, in welchem die vorgeschichtliche Wissenschaft an der Universität Posen betrieben wird. Die in der herabsetzenden Charakteristik des Ostland-Instituts deutlich zu Tage tretende Verärgerung soll uns nicht abhalten, auf dem beschrifteten Wege weiter zu gehen. Wir werden den Arbeiten des Herrn Professor Kostrzewski auch in Zukunft eine ganz besondere Aufmerksamkeit widmen.

Warum der „Ostland-Verlag in Danzig“ — gemeint ist das „Ostland-Institut“ — „berüchtigt“ sein soll, ist uns unbekannt. Daß unsere Berichte bei Herrn Professor Kostrzewski und vielleicht auch bei Herrn Professor Rudnicki in keinem guten Rufe stehen, zeigt uns, daß wir auf dem rechten Wege sind. Zu der Frage, ob die „Ostland-Berichte“ eine „lichtscheue Publikation“ sind und es vorziehen, „im Verborgenen zu blühen“, möchten wir bemerken, daß sie an eine große Anzahl deutscher öffentlicher Bibliotheken, ferner an alle deutschen Universitätsbibliotheken, akademischen Lesehallen, zahlreiche wissenschaftliche Seminare usw. regelmäßig verschickt werden, wo sie offen ausliegen. Auch im Auslande finden sie starke Verbreitung.

Bestellungen der Posener Universitätsbibliothek und des „Westslawischen Instituts“ sind deshalb erfolglos geblieben, weil die „Ostland-Berichte“ im Buchhandel nicht zu haben sind. Auf einen wissenschaftlichen Austauschverkehr mit dem „Westslawischen Institut an der Universität Posen“, dessen Arbeitsrichtung und dessen Einstellung gegenüber Deutschland und der deutschen Forschung unsern Lesern aus den Arbeiten seines Direktors, des Herrn Professor Dr. Rudnicki, zur Genüge bekannt sind, legt das „Ostland-Institut in Danzig“ keinen Wert.

Dr. W. Recke.

¹⁾ Vergl. 3. B. „Ostland-Berichte“, Jhg. II (1928), S. 57—59.